FORSCHUNGSBERICHTE DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Herausgegeben

vom Minister für Wissenschaft und Forschung

Nr. 3006

Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Prof. Dr. Heribert Schatz
Studienref. Klaus Adamczewski
Dipl.-Soz. wiss. Klaus Lange
Studienref. Ferdinand Nüssen

Fachbereich 1
Universität – Gesamthochschule – Duisburg

Fernsehen und Demokratie

Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977



WESTDEUTSCHER VERLAG

FORSCHUNGSBERICHT DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

Nr. 3006 / Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

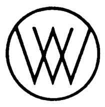
Herausgegeben vom Minister für Wissenschaft und Forschung

Prof. Dr. Heribert Schatz
Studienref. Klaus Adamczewski
Dipl. -Soz. wiss. Klaus Lange
Studienref. Ferdinand Nüssen

Fachbereich 1
Universität - Gesamthochschule - Duisburg

Fernsehen und Demokratie

Eine Inhaltsanalyse der Fernsehnachrichtensendungen von ARD und ZDF vom Frühjahr 1977



Westdeutscher Verlag 1981

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Fernsehen und Demokratie : e. Inhaltsanalyse d. Fernsehnachrichtensendungen von ARD u. ZDF vom Frühjahr 1977 / Heribert Schatz ... - Opladen : Westdeutscher Verlag, 1981.

(Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen ; Nr. 3006 : Fachgruppe Wirtschafts- u. Sozialwiss.)

ISBN 978-3-531-03006-7 ISBN 978-3-322-87734-5 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-322-87734-5

NE: Schatz, Heribert [Mitverf.]

Gesamtherstellung: Westdeutscher Verlag

INHALT

Tabellenverzeichnis

Verzeichnis der Schaubilder

I. VORBEMERKUNGEN ZUR VORLIEGENDEN UNTERSUCHUNG

1. Zielsetzung

Der Prozeß der Massenkommunikation wird traditionell durch drei Forschungsschwerpunkte abgedeckt: Kommunikator-/Organisationsforschung, Inhaltsanalyse und Publikums-/Wirkungsforschung. (1) Wenig überraschend, wenn man sich die Erkenntnisinteressen der forschungsfördernden Institutionen klarmacht (2), wird nach wie vor der größte Aufwand an Forschungskapazität und Forschungsmitteln im Bereich der Wirkungsforschung betrieben (3) - und die neuen Kommunikationstechnologien (vor allem das Kabelfernsehen) werden auch in Zukunft Anlaß genug bieten, diesen Zweig der Massenkommunikationsforschung weiter auszubauen. Trotzdem ist der Stand der Theoriebildung hier nach wie vor keineswegs befriedigend, neuere theoretische Ansätze wie die (mikroskopische) Nutzentheorie (4) haben ihre Bewährungsprobe noch vor sich und sind bislang nicht für einzelne Grundkategorien sozialen Handelns (darunter vor allem politisches Verhalten) spezifiziert.

Auf der "anderen Seite" des Massenkommunikationsprozesses, im Input-Bereich, zeichnen sich eher noch größere Defizite ab. Zwar wird der wichtige Zusammenhang zwischen Massenkommunikation und sozio-kultureller Entwicklung in den letzten Jahren verstärkt durch Forschungen vor allem im Rahmen von Entwicklungsländerstudien abgedeckt (5) und auch über den Zusammenhang von Ökonomie und Massenkommunikationssystem sind wesentliche Aussagen gemacht worden, (6) nach wie vor lückenhaft sind jedoch Theoriebildung und empirische Befunde zum Teilkomplex Politik/Massenkommunikation.

Auch bei den Inhaltsanalysen sind genuin politikwissenschaftliche Untersuchungen eher die Ausnahme als die Regel und gehen selten über konventionelle quantitative Analysen hinaus. (7) Dieser Tatbestand ist umso erstaunlicher, als man in der BRD seit Jahren im Bereich von Rundfunk und Fernsehen Trends einer "Parteipolitisierung" beobachten kann, die deutlich belegen, daß hier Prozesse im Gange sind, die das Verhältnis von politischem und Massenkommunikationssystem schon heute nachhaltig verändert haben und auch künftig noch verändern werden. Die damit angesprochenen Grundprobleme der Wirksamkeit und Legitimität von Herrschaft einerseits und der Autonomie bzw. der Instrumentalisierung von Massenmedien zum Zwecke der politischen Systemsteuerung andererseits bedürfen dringend der weiteren Bearbeitung, (8) will man die praktische Entwicklung nicht gänzlich den bereits etablierten "gesellschaftlich relevanten Kräften" überlassen. Das legt einen makroskopischen Theorieansatz nahe, ohne den die perspektivischen Verkürzungen der herkömmlichen Gate-Keeper-Forschung (9) nicht zu überwinden sind. Die Berichterstattung der Massenmedien würde in einem solchen Ansatz zur abhängigen Variablen, die Strukturen des Massenkommunikationssystems und seine Umweltbeziehungen dagegen zu unabhängigen Variablen.

Die vorliegende Untersuchung will zu dieser Zielsetzung dadurch beitragen, daß zunächst einmal (in Kapitel II) die Tauglichkeit der für die Theoretisierung des Verhältnisses von Politik und Massenkommunikation immer noch überwiegend verwendeten (struktur-)funktionalistischen Ansätze in Frage gestellt und statt dessen in Umrissen ein steuerungstheoretischer Ansatz skizziert wird. Dieser Ansatz ist gewissermaßen "kontrolleurzentriert", (10) d.h. er geht nicht von einem weitgehend autonomen, nur von professionellen Kriterien geleiteten Kommunikator aus, sondern sieht diesen als Teil der Großorganisation Rundfunk, die ihrerseits in vielfältiger Weise mit dem (kontrollierenden) politisch-administrativen System (11) verflochten ist und

nicht zuletzt dadurch Rationalitätskriterien entwickelt, die die politische Berichterstattung funktional für die machtstabilisierenden und anforderungssteuernden Zielsetzungen des politisch-administrativen Systems machen.

Dieses zunächst noch sehr grobe Erklärungsmodell bildet den Bezugsrahmen für die Ableitung von Untersuchungsfragen und die Interpretation der Ergebnisse der vorliegenden empirischen Untersuchung, deren eigentlicher Gegenstand die Fernsehnachrichten als der sowohl vom Programmteil als auch von der Nutzung her wichtigste Teil der politischen Berichterstattung sind. (12) Schon an dieser Stelle ist darauf zu verweisen, daß die empirischen Befunde, vor allem aber die Ergebnisinterpretation angesichts des derzeitigen Forschungsstandes nur vorläufigen Charakter haben können - es geht mehr um die Entwicklung als um die Überprüfung von Hypothesen und um neue Anregungen für die weitere Forschung.

2. Gegenstand und Durchführung der empirischen Untersuchung

Gegenstand der empirischen Untersuchungen im Rahmen der vorliegenden Studie sind die Nachrichtensendungen von ARD und ZDF, wie sie sich vor der Einführung des "heute-journal" und der "Tagesthemen" darstellten. Untersucht wurden insgesamt ca. 300 Ausgaben von "Tagesschau" und "heute" (jeweils Hauptausgabe um 20.oo bzw. 19.oo Uhr und die darauf folgende 2. Abendausgabe - meist 22.3o bzw. 21.oo Uhr) im Zeitraum vom 15.02. bis 02.05.1977. Der gewählte Untersuchungszeitraum schränkt die Aussagefähigkeit der Resultate für die heute bestehende Form der 2. Abendausgaben beider Nachrichtensendungen ein, ermöglicht aber auf der anderen Seite Bezüge zu einer mit einem ganz ähnlichen Kategorienschema im Jahre 1967/68 von Schatz-Bergfeld durchgeführten Inhaltsanalyse derselben Fernsehnachrichtensendungen. (13) Die neuen Sendungsformen bleiben weiteren Untersuchungen vorbehalten, die - sofern das finanziell möglich ist - verstärkt auch die Zustandswerte der unabhängigen Variablen (Interaktionen zwischen politischem und Massenkommunikationssystem und Binnenstruktur des letzteren) zum Gegenstand empirischer Untersuchungen zu machen hätten.

Die Gründe, warum der aufwendige Weg einer Vollerhebung über 11 Wochen begangen wurde, sind - zusammen mit weiteren Details zur Methodik - noch gesondert darzulegen (vgl. Kapitel III). Die Arbeiten bestanden im einzelnen in der Aufzeichnung der Sendungen auf Video-Cassetten, der Erstellung von (rd. 5000 Seiten) Bild-/Tonprotokollen, wobei der Nachrichtentext maschinenschriftlich fixiert, durch "Bildbeschreibungen" ergänzt und in formatierte Erhebungsbögen übertragen wurde, der Vercodung dieses Urmaterials mit Hilfe eines umfangreichen Codeplans und der EDV-Auswertung.

Die quantitative Inhaltsanalyse erstreckte sich auf rd. 4500 Untersuchungseinheiten ("Beiträge") und eine Zusatzauswertung von ca. 180 Nachrichtenfilmen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung finden sich in Kapitel IV.1 und 2. Sie werden ergänzt durch eine semantische Textanalyse (Kapitel IV.3), bei der versucht wurde, mit einem strukturalistischen Analyseansatz weitere Merkmale und Eigenheiten der untersuchten Nachrichtensendungen herauszufinden.

Zum Abschluß dieser Vorbemerkungen bleibt allen, die zum Gelingen der vorliegenden Untersuchung beigetragen haben, herzlich zu danken. Zu nennen sind hier zunächst als Mitverfasser von Kapitel III.2, 3.1 und 3.2 sowie Kapitel IV.2 Klaus Lange, von Kapitel III.1, 3.3 und Kapitel IV.3 Klaus Ademczewski und Ferdinand Nüssen. Klaus Lange war darüber hinaus immer ein kritischer Diskussionspartner bei den konzeptionellen Überlegungen und hat

sich besonders um die Organisation des Projektablaufs und die EDV-Auswertung verdient gemacht. Den übrigen studentischen Mitarbeitern und wissenschaftlichen Hilfskräften, vor allem Ricarda Hottes, Rita Kleibrink, Werner Schurawitzki und Marion Vorreiter ist dafür zu danken, daß sie mit großer Ausdauer und Zuverlässigkeit die Vercodung vorgenommen bzw. bei der Auswertung geholfen haben.

Ferner gilt mein Dank den Damen Margret Verwey, Renate Voigt und Marika Zander für die sorgfältige Umsetzung unleserlicher Manuskripte in eine formal einwandfreie Reinschrift. Und nicht zuletzt bin ich dem Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen zu Dank verpflichtet, der diese Untersuchung mit Förderungsmitteln in Höhe von DM 63.000,- unterstützt und große Geduld bis zur Ablieferung des Schlußberichts gezeigt hat, die sich durch organisatorische und technische Probleme über Gebühr lange verzögert hat.

II. ZUR DEMOKRATIETHEORETISCHEN KONZEPTUALISIERUNG DES FERNSEHENS

1. Kritik strukturell-funktionalistischer Massenkommunikationsmodelle

In den letzten Jahren hat die Frage, welche gesellschaftlichen und politischen Funktionen die Massenmedien in einem demokratischen System erfüllen bzw. zu erfüllen haben in der öffentlichen Diskussion wieder stark an Aufmerksamkeit gewonnen. Von den für die politische Kommunikation (1) besonders wichtigen Massenmedien Presse, Hörfunk und Fernsehen war und ist insbesondere das letztgenannte Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Bei einer Fülle von Anlässen, zuletzt bei den Auseinandersetzungen über den Fortbestand des NDR und dem von der Bayerischen Landesregierung angedrohten Austritt des Bayerischen Rundfunks aus der ARD entzündete sich der Streit immer wieder an der Frage, ob Programmauftrag und tatsächliches Programm der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten im Einklang miteinander stehen oder nicht.

Regelmäßig wird bei solchen Auseinandersetzungen von Kontrahenten mit ganz unterschiedlichen politischen Positionen Rekurs auf ein normatives Modell des Massenkommunikationsprozesses genommen, das aus der gruppenpluralistischen Version der Demokratietheorie abgeleitet wurde und das sich - nicht zuletzt dank der Verwendung durch das Bundesverfassungsgericht in verschiedenen rundfunkpolitischen Urteilen - eines hohen Legitimationsglaubens erfreut. Im folgenden ist zunächst zu prüfen, ob dieses funktionalistische Modell als theoretisch-normativer Bezugsrahmen für die Analyse von Fernsehnachrichten geeignet ist oder ob es zur Steigerung der Realitätsnähe und damit des Erklärungswertes durch ein anderes zu ersetzen ist.

Ausgangspunkt der genannten demokratietheoretischen Position ist die Frage, wie bei gegebenem Interessenpluralismus moderner Massengesellschaften das Modell der repräsentativen Demokratie, das als bestmögliche Institutionalisierungsform des politischen Systems vorausgesetzt wird, verwirklicht, d.h. bestands-, leistungs- und entwicklungsfähig gemacht werden kann.(2) Das tragende Prinzip dieser Staatsform ist bekanntlich das Prinzip der Konkurrenz gegenläufiger gesellschaftlicher Interessen: wo diese (unterstützt durch das auf die Staatsorganisation bezogene, verwandte Prinzip der Gewaltenteilung) funktioniert, resultiert der politische Willensbildungsprozeß in einer größtmöglichen Annäherung an das Gemeinwohl, das a priori weder zu bestimmen ist, noch bestimmt zu werden braucht. (3)

Diese ursprünglich auf die Konkurrenz pluraler gesellschaftlicher Gruppen bezogene Idee der naiven Pluralismustheorie wurde in den bis heute gültigen Ansätzen der "revidierten" Pluralismustheorie auf die Konkurrenz von Führungseliten übertragen. (4) Der Staat hat in dieser Konzeption im wesentlichen eine Schiedsrichterfunktion: er hat die für den Interessenausgleich notwendigen Organisationsmittel und Verkehrsformen (Rechtssystem, Wirtschafts- und Währungssystem, Bildungssystem usw.) bereitzustellen und zu garantieren, daß die auf die artikulierten Interessen bezogene "Verteilungspolitik" im Rahmen legaler Bestimmungen verläuft. Die Legitimität politischer Herrschaft ergibt sich dann aus der Legalität des Verfahrens. (5)

Aus dieser hier nicht näher darzustellenden stark angelsächsisch geprägten demokratietheoretischen Perspektive hat sich in einer Mischung von funktionalistischer Deduktion und idealistischer Überhöhung beobachteter Wirklichkeit (6) als herrschende Auffassung ein Aufgabenkatalog für die Massenmedien westlicher Systeme entwickelt, der meist folgende Funktionen enthält:

1. eine Informationsfunktion
2. eine Artikulationsfunktion
3. eine Kritik- und Kontrollfunktion
4. eine Erziehungs- oder Sozialisationsfunktion. (7)

Zur Erfüllung dieser Funktionen wird von den Massenmedien verlangt, daß ihre Berichterstattung den Kriterien der Vollständigkeit, Ausgewogenheit, Objektivität und Sachlichkeit und schließlich der Verständlichkeit zu entsprechen habe. (8) Diese Effizienzkriterien demokratieadäquater Massenkommunikation haben zunächst den Charakter von Leerformeln; zur Beurteilung eventueller Abweichungen der Programmgestaltung von Rundfunk- und Fernsehanstalten vom demokratischen Soll bedürfen sie einer weiteren Operationalisierung. Gerade darin aber liegt das Problem. Diese Operationalisierung müßte in einem demokratisch legalen Verfahren erfolgen, und zwar so, daß eine diesen Kriterien entsprechende Definition funktional wäre für das Systemziel, das die pluralistische Demokratietheorie zu verfolgen vorgibt: die chancengleiche Berücksichtigung aller gesellschaftlichen Interessen beim Prozeß der Allokation der gesellschaftlichen Güter und Werte. Gäbe es Tendenzen einer disparitätischen Interessenberücksichtigung im politischen Willensbildungsprozeß, dann müßte die Berichterstattung in den Massenmedien gezielt auf kompensatorische Wirkungen angelegt werden. Sie müßte jeder interessenbehafteten Interpretation der oben genannten Effizienzkriterien eine gemeinwohlorientierte Interpretation entgegensetzen; statt "Ausgewogenheit" in der Definition der etablierten gesellschaftlichen Machtgruppen wäre kompensatorische Unausgewogenheit zu fordern, statt "Objektivität" advokatorische Parteinahme, statt "Verständlichkeit" - ohnehin ein affirmativer Begriff, der immer "Verständnis haben/zustimmen" assoziiert - Durchschaubarkeit usw. (9)

Daß es in der Bundesrepublik tatsächlich Tendenzen einer disparitätischen Interessenberücksichtigung im politischen Entscheidungsprozeß gibt und damit die Forderung nach einem kompensatorischen Modus der Funktionserfüllung der Massenmedien nur konsequent ist, kann nach vorliegenden theoretischen Überlegungen sowie einer Vielzahl empirischer Forschungsergebnisse kaum bezweifelt werden, wenn auch die Privilegierungen in unserem Gesellschaftssystem im Durchschnitt weniger krass ausfallen als in anderen westlichen oder auch in sozialistischen Ländern.

Wichtigster Bezugspunkt dieser ideologiekritischen Untersuchungen ist eine der tragenden Prämissen der pluralistischen Demokratietheorie, nämlich die Annahme, alle gesellschaftlichen Interessen seien letztlich im gleichen Maße organisations- und konfliktfähig, sei es aus eigener Kraft, sei es in Form einer advokatorischen Interessenvertretung durch Funktionseliten der verschiedenen Gesellschaftsbereiche. (10)

Diese Prämisse kann als Ergebnis der demokratietheoretischen Diskussion der letzten Jahrzehnte als im wesentlichen unzutreffend charakterisiert werden. (11) Statt dessen ist davon auszugehen, daß die in Form zahlreicher Organisationen und Verbände etablierten gesellschaftlichen Machtgruppen ein Privilegierungssystem darstellen, das seinen Mitgliedern überproportionale Zugriffchancen auf die Ergebnisse des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses bietet und das bei allen Differenzen im Detail von dem gemeinsamen Interesse zusammengehalten wird, den gesellschaftlich-politischen Status quo, der diese ungleiche Chancenverteilung garantiert, gegen "systemüberwindende" Änderungsversuche zu verteidigen.

Wenn somit nach demokratischen Normen ein auf Machtausgleich angelegter, kompensatorischer Massenkommunikationsprozeß angemessen wäre, müßten dafür

entsprechende Bedingungen gegeben sein: entweder müßten diese Anforderungen von außen als sanktionsfähige Verhaltenserwartungen an die Institutionen des Massenkommunikationssystems der BRD herangetragen werden oder die Anforderungen müßten als Verhaltensimperativ bereits vom Massenkommunikationssystem "internalisiert" sein bei gleichzeitiger Autonomie gegenüber eventuellen gegenläufigen Umwelterwartungen. Beide Bedingungen sind derzeit für die hier interessierenden Rundfunk- und Fernsehanstalten der BRD nicht, zumindest nicht hinreichend gegeben, was im folgenden kurz zu belegen ist.

Als Träger für sanktionsfähige Außenerwartungen kämen vornehmlich in Frage:

1. gesellschaftliche Gruppen
2. das Massenpublikum
3. der Staat.

Die gesellschaftlichen Gruppen fallen nach dem oben Gesagten als Träger einer letztlich auf ihre eigene Deprivilegierung hinauslaufende Verhaltensanforderung an die Rundfunk- und Fernsehanstalten naheliegenderweise aus. Eher ist anzunehmen, daß unter Beibehaltung legitimationsfördernder Leerformeln wie der genannten Kriterien "Ausgewogenheit", "Objektivität" usw. auch bezogen auf den Massenkommunikationsprozeß handfeste Interessenpolitik getrieben wird.

Nicht viel besser sind die Aussichten, daß Bestrebungen für eine von den bestehenden Interessen- und Machtstrukturen unabhängige Aufgabenerfüllung durch die Massenmedien im allgemeinen und das Fernsehen im besonderen durch die Masse des (Leser-, Hörer-, Zuschauer-)Publikums gestützt werden. Der Hauptgrund liegt in der empirisch hinreichend belegten Tatsache, daß die für das politische Verhalten der Mitglieder einer Gesellschaft ausschlaggebenden Normen und Werte, zusammenfassend als "politische Kultur" bezeichnet (12), immer dann zu einer mehrheitlichen Akzeptanz des gesellschaftlich-politischen Status quo mit allen seinen horizontalen und vertikalen Disparitäten führt, wenn ein Gesellschaftssystem einerseits gewisse Mindesterwartungen breiter Bevölkerungskreise bezüglich materieller und immaterieller Leistungen erfüllt, andererseits die Erfolgsschwelle für aussichtsreiche revolutionäre Systemveränderungen so hoch ist, daß erhebliche Energien aufgewendet und Risiken eingegangen werden müßten, um sie zu überwinden. (13)

Für die Bundesrepublik sind gegenwärtig nach dem Abklingen der Unruhephase gegen Ende der 60er Jahre offenbar beide Bedingungen gegeben: es besteht ein mehrheitlicher (wenn auch in weiten Teilen der Bevölkerung eher passiver und inauthentischer) Konsens zur gesellschaftlich-politischen Verfaßtheit unserer Gesellschaft. (14) Damit stimmen aber auch die Richtigkeitsvorstellungen bezüglich der Art und Weise, wie die Massenmedien ihre Aufgaben zu erfüllen haben, zwischen den gesellschaftlichen Machtgruppen einerseits und der Masse der Gesellschaftsmitglieder andererseits tendenziell überein. Ist diese Annahme richtig, dann kann aus dem durch "Massenloyalität" gekennzeichneten sozio-kulturellen System kein kritischer Impuls für die Reinterpretation der Effizienzkriterien des Massenkommunikationsprozesses erwartet werden. Im Gegenteil: es ist anzunehmen, das angesichts der systemnormativ hohen Einschätzung der "Volksmeinung" ein solcher Rückgriff eher Argumente für die Beibehaltung des Status quo liefern würde als für tiefgreifende Veränderungen. Die eventuelle Zustimmung fortschrittlicher Minderheitsgruppen kann diese innovationshemmenden Impulse sicherlich nicht kompensieren.

Der Vollständigkeit halber sei die Frage aufgeworfen, ob vielleicht von seiten des Staates / des politisch-administrativen Systems, konkret: von seiten der politischen Parteien und Parlamente, der Regierungen und Ministerialbürokratien von Bund und Ländern ein dauerhaftes Interesse an einem kompensatorischen Massenkommunikationsprozeß bestehen könnte. Wie in späteren Abschnitten noch ausführlicher darzustellen, machen es die aktuellen Bedingungen, unter denen das politisch-administrative System seine Funktion, gesamtgesellschaftlich verbindliche Allokationsentscheidungen zu treffen, zu erfüllen hat, unwahrscheinlich, daß politisch-administrative Rationalitätskriterien mit den Effizienzkriterien eines auf Systemveränderung angelegten Massenkommunikationsprozesses übereinstimmen. Seiner situativen Handlungslogik nach müßte das politisch-administrative System vielmehr eine Interessenposition einnehmen, die der der gesellschaftlichen Machtgruppen sehr nahe verwandt ist. Für fundamentale Gesellschaftsreformen ist derzeit kein Spielraum gegeben, die Überwindung des Status quo läßt sich allenfalls in einer Politik der kleinen Schritte bewerkstelligen. Selbst reformfreudigen Gruppierungen im politisch-administrativen Bereich muß deshalb daran gelegen sein, eine Verselbständigung des Massenkommunikationssystems, die zu neuen Umverteilungskonflikten und zu einem weiteren Ansteigen der Leistungsanforderungen an den Staat führen könnte, zu vermeiden.

Nach diesen Überlegungen bleibt die Frage, ob ersatzweise die eingangs genannte zweite Bedingung gegeben ist. Dazu müßte sich nachweisen lassen,

1. daß innerhalb des Massenkommunikationssystems - sei es durch das organisationsinterne "Wertklima", sei es über journalistische Berufsnormen - eine Verhaltensorientierung verbindlich ist, die die genannten Effizienzkriterien systemkritisch und nicht im Sinne der etablierten Machtgruppen definiert und

2. daß das Massenkommunikationssystem über die für die Durchsetzung einer solchermaßen abweichenden Verhaltensorientierung notwendige Autonomie gegenüber den genannten Umweltsystemen verfügt.

Für beide Voraussetzungen bestehen in der Bundesrepublik derzeit jedoch nur begrenzte Wahrscheinlichkeiten. Für diese Einschätzung sprechen Erkenntnisse der Sozialisationsforschung, wonach die Normen und Werte einer Gruppe auf die Dauer um so weniger "apart" bleiben, je intensiver die Austauschbeziehungen mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen sind. (15) Es wäre deshalb recht erstaunlich, wenn es beim Massenkommunikationssystem als dem ex definitione kommunikationsintensivsten gesellschaftlichen Teilsystem solche fundamentalen Divergenzen in der Verhaltensorientierung gäbe. Eher muß man annehmen, daß die Sozialisationsprozesse bei der beruflichen Ausbildung und im Verlaufe der Tätigkeit in den Rundfunk- und Fernsehanstalten, die uns hier in erster Linie interessieren, verbunden mit entsprechenden Selektionsprozessen/Karrieremustern eventuell ursprünglich vorhandene, auf tiefgreifende Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo abzielende Verhaltensorientierungen abgeschliffen werden. Denkbar ist allerdings eine organisationsinterne Polarisierung von Wertpositionen als mehr oder weniger genaues Abbild einer entsprechenden Polarisierung in der gesellschaftlich-politischen Umwelt. Dazuhin könnten sich systemkritische Werthaltungen als Mittel der individuellen Dissonanzreduktion oder als kollektive Selbstrechtfertigungsideologie erhalten.

Vorliegende empirische Untersuchungen zur professionellen Orientierung von Journalisten (16) sprechen überwiegend für die Richtigkeit dieser Annahmen.

Insbesondere die Norm, daß man sich an den Interessen des breiten Publikums zu orientieren habe sowie die ebenfalls weitverbreitete Norm, der Journalist habe als neutraler Vermittler zu wirken, begünstigen ein Anpassungsverhalten an die Erwartungen der Umwelt. Für die Rundfunk- und Fernsehanstalten der Bundesrepublik kommen die durch die verschiedenen Rundfunkgesetze, staatsvertraglichen Regelungen sowie anstaltsinterne Satzungen und Programmrichtlinien konstituierten Kontrollmechanismen hinzu: sowohl bei pluralistischer als auch bei staatlich-politischer Organisationsform der Kontrollgremien (17) besteht eine Vielzahl wirkungsvoll zu sanktionierender Verhaltensnormen, "sie begünstigen... infolge ihrer Interpretationsbedürftigkeit die Intervention der gesellschaftlichen Machtgruppen (einschließlich und vor allem der politischen Parteien) in den internen Produktionsprozeß und damit das Entstehen einer einseitigen Orientierung der professionellen Kommunikatoren an den Kommunikationszielen dieser Gruppen" (18). Insofern schränken sie die Autonomie der Massenkommunikationsinstitutionen ein und verengen damit den Spielraum für ein systemkritisches Selbstverständnis der in diesen Anstalten Tätigen ganz erheblich.

Schließlich sind die Wirkungen zu sehen, die von der Tatsache ausgehen, daß sich die Rundfunk- und Fernsehanstalten inzwischen zu Großorganisationen mit einer weit ausgefächerten Arbeitsteiligkeit und einem hohen Grad der Technologisierung entwickelt haben. Um diesen kostspieligen Apparat finanzieren zu können, sind die Anstalten in beträchtlichem Umfange auf Werbeeinnahmen angewiesen (19). Dies wiederum steigert die Bedeutung der Einschaltquoten für die entsprechenden Programme und ihr werbewirksames Umfeld, was eine verstärkte Orientierung am Massenpublikum fördert, eine Orientierung also, von der systemkritische Impulse nach dem oben Gesagten nicht zu erwarten sind.

In dieselbe Richtung wirken technologische "Sachzwänge": um den Koordinationsaufwand für den Produktionsprozeß in den Großorganisationen von Hörfunk und Fernsehen gering zu halten und den kostspieligen technischen Apparat effizient nutzen zu können, liegt es für die Anstalten nahe zu versuchen, die Unberechenbarkeit auf der Inputseite des Produktionsprozesses unter Kontrolle zu bekommen. Gemeint ist hier die für die politische Berichterstattung typische Ereignisabhängigkeit der betreffenden Programmteile, die durch journalistische Prinzipien wie Aktualität und Authentizität besonders bei den Nachrichtensendungen zum Tragen kommen. Diese Prinzipien geraten immer häufiger in Konflikt mit den Erfordernissen eines rationellen Einsatzes knapper personeller und technologischer Ressourcen. Um solche Konfliktsituationen zu vermindern, ist es sinnvoll, die Ereignisse so weit wie möglich zu planen.

Tatsächlich bestehen hierfür gute Aussichten, da auch auf seiten der meisten "Ereigniserzeuger", vor allem der schon genannten "gesellschaftlich relevanten Gruppen" und des politisch-administrativen Systems, der Bedarf besteht, ihre Publizität zu organisieren, das heißt durch Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe terminierbarer Anlässe wie Pressekonferenzen, Kongresse/Tagungen usw. zu strukturieren. Von dieser Interessenkonvergenz sind zusätzliche Restriktionen für eine systemkritische Rolleninterpretation der in den Rundfunk- und Fernsehanstalten tätigen Journalisten und Redakteure zu erwarten, da der Zugang zu den begehrten Informationsquellen sehr häufig von der Einhaltung bestimmter Wohlverhaltensregeln abhängig gemacht wird.

Was ist nun das Fazit der bisherigen Oberlegungen? Wir glauben, die dargelegten Zusammenhänge sind ausreichend gewichtig, um massive Zweifel am Erklärungswert des aus der gruppen-pluralistischen Demokratietheorie abgeleiteten Modells des Massenkommunikationsprozesses zu begründen. Dieses Modell läßt sich nach dem Gesagten rollen- oder bezugsgruppentheoretisch nicht umsetzen, seinen normativen Imperativen fehlt nach Lage der Dinge ein für eine empirisch gehaltvolle Theorie hinreichend großes soziales Aggregat als Träger entsprechender Verhaltenserwartungen. Aber nicht nur als Basis für eine empirische Untersuchung des Programm-Outputs von Rundfunk- und Fernsehanstalten bringt dieses Modell wenig, es ist auch als normativer Maßstab zur Bewertung empirischer Befunde kaum geeignet: wie gezeigt werden konnte, sind die Effizienzkriterien dieses Modells faktisch auf den Status quo asymmetrischer Machtstrukturen geeicht und damit untauglich für die Anzeige von Abweichungen vom anzustrebenden demokratischen Ideal paritätischer Interessenberücksichtigung.

In dieser Situation läge es nahe, auf einen alternativen theoretisch-normativen Absatz zurückzugreifen. Das ist jedoch leichter gesagt als getan. Zwar liegen eine ganze Reihe von Ansätzen einer kritischen Massenkommunikationstheorie vor (20), diese erscheinen aber mehr darauf angelegt, utopische Zukunftsbilder einer herrschaftsfreien Kommunikation zu entwerfen als operationalisierte Kategorien für eine Realanalyse bestehender Massenkommunikationsinstitutionen und ihrer Funktionen zu liefern. Das gilt nicht zuletzt für diejenigen Ansätze, die ihr Leitbild einer "alternativen Öffentlichkeit" aus Oberlegungen über die (nicht länger durch ein "falsches Bewußtsein" verzerrten) Gebrauchswertvorstellungen des Massenpublikums ableiten. (21)

Im folgenden soll deshalb versucht werden, ein auf die Situation der Rundfunk-und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik Deutschland zugeschnittenes, alternatives Erklärungsmodell zu entwickeln, das zu konkreten Untersuchungsfragen für unseren Gegenstand, die Fernsehnachrichten von ARD und ZDF, führt. Zu diesem Zweck sind zunächst die zentralen Grundannahmen des Modells zu formulieren und zu begründen. Dann ist das Beweisprogramm darzulegen, das einerseits die Untersuchungsmerkmale (Variablen) enthält, andererseits die aus den Modellprämissen abgeleiteten Untersuchungshypothesen über die Zustandswerte dieser Variablen.

2. Ein steuerungstheoretisches Alternativmodell

2.1 Grundannahmen

Das im folgenden zu entwickelnde alternative Erklärungsmodell unterscheidet sich von dem zuvor behandelten demokratietheoretischen Modell vor allem bezüglich folgender Prämissen:

1. die Autonomie des Massenkommunikationssystems gegenüber seiner gesellschaftlichen Umwelt wird als relativ gering veranschlagt;
2. die Struktur dieser Umwelt wird nicht als plural, sondern als oligarchisch eingeschätzt, d.h. statt von vielen kleinen Interessengruppen gehen wir von wenigen "Hegemonialgruppen" aus; dominanter Teil dieser Hegemonialstruktur sind die politischen Parteien;
3. der "Staat" ist kein monolithisches Gebilde und auch kein neutraler Vermittler zwischen konkurrierenden gesellschaftlichen Interessen; er ist

vielmehr als komplexes System funktionell spezialisierter, mehr oder weniger umweltabhängiger Agenturen und Instanzen zu verstehen, die bestimmte gemeinsame Interessen gegenüber dem Massenkommunikationssystem haben, aber sehr wohl auch konkurrierende Partikularinteressen verfolgen (Interessen einzelner Parteien, Ressorts, Gruppen/Flügel usw.).

Modellgemäß sind demnach die Medieninhalte die abhängigen Variablen. Ihre Varianzen werden weniger auf Varianzen des Nachrichtenanfalls bzw. autonom gesetzter Selektionsregeln des Massenkommunikationssystems zurückgeführt (Massenmedien als "vierte Gewalt") als auf die Interessen gesellschaftlicher Gruppen (insbesondere die des politisch-administrativen Systems) und ihre unterschiedliche Durchsetzungskraft im politischen Prozeß. Es wird aber angenommen, daß die Durchsetzung dieser Interessen weniger in direkter Einwirkung auf die Programmgestaltung als durch Einwirkung auf die strukturellen Bedingungen des Fernsehens erfolgt (22) oder sich sogar unbewußt - hinter dem Rücken der Journalisten - in Form scheinbar objektiver Sachzwänge vollzieht. Insofern ist es präziser, statt des stark handlungstheoretisch gefärbten Begriffs "Interessendurchsetzung" bzw. "-wahrnehmung" den Begriff der Interessenentsprechung oder "Funktionalität" der Medieninhalte in bezug auf die Umweltinteressen zu verwenden.

Die empirische Erhebung dieser Umweltinteressen bringt natürlich Schwierigkeiten mit sich, die denen sehr ähnlich sind, die sich beim Nutzenansatz stellen (23). Eine direkte Befragung als alleinige Methode scheidet aus, schon weil das Bewußtsein der eigenen Interessen nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden kann und - selbst wenn dieses Problem nicht bestünde - eine offene Darlegung dieser Interessen kaum zu erwarten ist. Demgegenüber kann eine teilnehmende Beobachtung der Produktion von Nachrichtensendungen zu irreführenden Ergebnissen verleiten, weil sie den Einfluß struktureller/organisatorischer Rahmenbedingungen erfahrungsgemäß tendenziell unterbelichtet und dafür die besser sichtbaren personenbezogenen Bestimmungsfaktoren unangemessen wichtig nimmt. Deshalb wird im folgenden ein dritter Weg versucht, eine Systemanalyse, die jedoch über die zitierten Befunde der Kommunikatorforschung hinaus dringend einer Ergänzung durch andere Methoden bedarf. Hier geht es lediglich um einen ersten Plausibilitätstest.

Im Rahmen dieser Systemanalyse ist insbesondere die oben genannte dritte Prämisse näher zu begründen - die Realitätsnähe der ersten beiden dürfte nach den Ausführungen des ersten Abschnitts bereits hinreichend deutlich sein. Ausgangspunkt sind neuere Analysen der Funktionen und Funktionsbedingungen staatlichen Handelns in hochentwickelten kapitalistischen Systemen. Kernaussage dieser Analysen, die sowohl von Vertretern neomarxistischer Ansätze der Politökonomie, als auch von Vertretern des "handlungstheoretischen" Paradigmas formuliert wird, ist, daß sich der gesellschaftliche Problemlösungs-(Steuerungs-)bedarf und die Steuerungskapazität des Staates (politisch-administratives System) immer weniger zum Ausgleich bringen lassen. (24) Charakteristisch für diese Gesellschaftssysteme ist mit anderen Worten:

- ein wachsender Problemdruck auf das politisch-administrative System, resultierend aus einem weiter ansteigenden Erwartungsniveau bzw. Interventionsbedarf der sozioökonomischen Umwelt bei gleichzeitig sinkender Selbstregulierungskapazität;
- der (relativ zu den öffentlichen Aufgaben) abnehmende Zufluß an materiellen und immateriellen Ressourcen bzw. deren mit wachsender Ausschöpfung zunehmende Tendenz zur Selbstblockierung (fiskalische

Krise, Legitimationskrise) (25);
- eine bei gegebener Interessen- und Machtstruktur praktisch ausgeschöpfte Rationalisierungsreserve in den Großbürokratien des politisch-administrativen Systems. (26)

Diese Funktionsbedingungen lassen bei unterstelltem Bestandsinteresse des politisch-administrativen Systems eine Reihe von Verhaltensmaximen rational ("systemlogisch") erscheinen, die man grob wie folgt umreißen kann:

- dem politisch-administrativen System muß generell daran gelegen sein, das Aufkommen neuer Probleme soweit wie möglich unter Kontrolle zu bekommen; das bedeutet (angesichts bestehender Interventionstabus bezüglich der anhaltend problemerzeugenden Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung) die wachsende Notwendigkeit gesellschafts- und sozialpolitischer Kompensationsmaßnahmen, um strukturell angelegte (Verteilungs-) Konflikte latent zu halten; (27)
- politische Apathie (Quietismus) breiter Bevölkerungskreise ist unter diesen Umständen durchaus funktional und eine Steigerung des allgemeinen Informationsniveaus bezüglich der Hintergründe politisch-administrativer Entscheidungsprozesse aus der Sicht der Entscheidungsbeteiligten keineswegs erstrebenswert;
- bezogen auf den Ressourcenzufluß muß eine Umschichtung von den kaum noch zu steigernden finanziellen Ressourcen auf immaterielle Ressourcen erfolgen; das bedeutet vor allem eine Abkopplung der Erzeugung von "Massenloyalität" von kostenträchtigen wohlfahrtsstaatlichen Programmen wie sie nach 1969 von der sozialliberalen Koalition betrieben wurde; statt dessen muß diese Ressource immer mehr durch Strategien beschafft werden, die ganz bewußt von politischen Inhalten abgekoppelt werden, die unverbindliche "Public Relations" pflegen, etwa durch Personalisierung, Ritualisierung und Symbolisierung des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses. (28)

Wir gehen nun davon aus, daß das solchermaßen konkretisierte "Gesamtinteresse" des politisch-administrativen Systems, bedingt durch die weitgehende Blockierung anderer Möglichkeiten mehr und mehr auf die funktionellen Anforderungen des politisch-administrativen Systems gegenüber dem Massenkommunikationssystem durchschlägt. In der Praxis durch eine Reihe von (sicherlich noch nicht ausreichend erforschten) Faktoren gefiltert (29), müßten diese Anforderungen folglich den idealistischen Funktionskatalog des demokratisch-normativen Modells zu einem Katalog von Verhaltenserwartungen an das Massenkommunikationssystem transformieren, der nicht nur für die Bundesrepublik, sondern auch für andere westliche Demokratien zutreffend sein dürfte. Die Massenmedien, insbesondere die politisch-administrativen Steuerungsinteressen am ehesten zugänglichen Funkmedien, hätten demnach vornehmlich folgende Funktionen:

1. die Funktion der Bedürfnisdisziplinierung/Anforderungsreduzierung im Rahmen einer kurzfristig wirkenden Demobilisierungs- und einer längerfristig wirkenden Sozialisationsfunktion
2. die Funktion, symbolischen gegenüber kostenwirksamen Strategien zur Sicherung der notwendigen Massenloyalität zum Durchbruch zu verhelfen.

Was mit diesen beiden Funktionen konkret gemeint ist, hat in anschaulicher Weise M. Edelman aufgrund seiner langjährigen Beobachtungen über die "symbolic uses of politics" (30) beschrieben. Edelman geht davon aus, daß die Sphäre der Politik wie kaum eine andere dadurch gekennzeichnet ist, daß

die Wirkungen politischer Entscheidungen für das einzelne Gesellschaftsmitglied nicht konkret überprüfbar sind, daß es deshalb zur Legitimierung politischer Herrschaft entscheidend darauf ankommt, welche Wahrnehmungen und Überzeugungen über Verlauf und Ergebnis des politischen Prozesses dem Einzelnen sozial vermittelt werden.

In diesem Vermittlungsprozeß kommt den "Akten der Regierung... eine herausragende Funktion zu. Bei vielen der umstrittensten Fragen ist die Einwirkung auf die öffentliche Meinung die wesentliche, ja die einzige Konsequenz der Politik der Regierung." (31) Von den vom politisch-administrativen System erzeugten (und über Massenmedien vermittelten) Situationsdeutungen sind unter dem Aspekt von Anforderungsreduzierung und Loyalitätssicherung (bei Edelman in den Begriffen "Konformität" und "politischer Konsens" enthalten) besonders die folgenden von Bedeutung: (32)

1. die Erzeugung der Auffassung, daß die politische Führung im öffentlichen Interesse handelt und mit allen Problemen fertig werden kann und auch fertig werden wird, die die Öffentlichkeit beschäftigen und beunruhigen;
2. die Erzeugung der Vorstellung, daß das Volk die Richtlinien des politischen Handelns mitbestimmt und beeinflußt;
3. die Erzeugung des Eindrucks, daß bestimmte Gruppen (Staaten) wohlmeinende Verbündete, andere feindlich und gefährlich sind.

Nach Edelman bedienen sich die politischen Akteure zur Erzeugung dieser Wirklichkeitsbilder einer ganzen Reihe unterschiedlicher Verfahren wie z.B. der Personalisierung von Konflikten, der Betonung ihres eigenen Elite-Status bzw. desjenigen ihrer Kontrahenten, der Verwendung einer appellativen (bzw. Fach-)Sprache, der Inszenierung von Selbstbewußtsein und Zuversicht, der Inszenierung öffentlichkeitswirksamer Beratungen, der Durchführung stark ritualisierter Aktivitäten wie Wahlen, Gerichtsprozesse, Konferenzen usw. (33)

Auch wenn diese Konkretisierungen des politisch-administrativen "Gesamtinteresses" eher als beispielhaft denn als systematisch-flächendeckend anzusehen sind und auch ihre Übertragbarkeit vom amerikanischen auf das deutsche Regierungssystem erst noch genauer überprüft werden müßte, so geben sie doch schon wichtige Anhaltspunkte dafür, anhand welcher konkreten Untersuchungsfragen Fernsehnachrichten analysiert werden müßten, wenn man herausfinden will, wie funktional sie für die Steuerungsinteressen des politisch-administrativen Systems sind.

Da sich Edelman aber vergleichsweise wenig mit der Frage befaßt, welche spezifische Rolle die Massenmedien bei den von ihm untersuchten Strategien des politisch-administrativen Systems, politischen Quietismus und Massenloyalität zu erzeugen, spielen, müssen wir zur Herleitung und theoretischen Verortung unserer Untersuchungsfragen ergänzend andere Theorieansätze heranziehen. Hierfür kommen in einem ersten Schritt - vor allem wegen der Kompatibilität mit unserem Modell - systemtheoretische Ansätze infrage, die die zu behandelnden Probleme frei von demokratisch-normativen Wunschbildern theoretisieren. In diesem Zusammenhang ist auf Luhmann zu verweisen, der in seinem vielbeachteten Aufsatz von 1970 eine in späteren Publikationen fortgeführte Rekonstruktion des klassischen Begriffs der "öffentlichen Meinung" unternimmt, (34) die über den Versuch von Habermas ausdrücklich hinausgeht, dieses Konzept durch den Bezug auf eine Mehrzahl organisationsintern hergestellter "Öffentlichkeiten" für hochorganisierte Industriegesellschaften brauchbar zu erhalten.

Luhmann geht hier ein weiteres Mal vom Kardinalproblem moderner Gesellschaften aus, ihrer durch Ausdifferenzierung und Spezialisierung exponentiell gewachsenen Komplexität. Der Strukturbedarf menschlichen Erlebens, die existenszielle Notwendigkeit, Unsicherheit zu absorbieren, zwingt dazu, diese Komplexität durch Selektionsprozesse zu reduzieren. Das gilt besonders dringlich für rechtlich und politisch bindende Entscheidungen. Diese Reduktionsleistung wird nach Luhmann in der politischen Kommunikation durch "Themen" geleistet; die "Anpassung der Themenstruktur des politischen Kommunikationsprozesses an den jeweiligen Entscheidungsbedarf der Gesellschaft und ihres politischen Systems" (35) wird damit zum zentralen Problem störungsfreier gesellschaftlicher Evolution.

Die "Konstruktion politischer Themen" wird nach Luhmann durch bestehende Aufmerksamkeitsregeln im gesellschaftlichen Kommunikationssystem gesteuert (während die Meinungsbildung zu diesen Themen durch Entscheidungsregeln gesteuert wird). Die Aufmerksamkeitsregeln sind "nicht willkürlich gesetzt und beliebig variierbar", vielmehr "schließen (sie) an die Struktur (des politischen Systems) an." "Auf diese Weise reguliert die Struktur des politischen Systems die öffentliche Meinung, ohne sie fest zu determinieren". (36) "Öffentlichkeit" bedeutet demnach "Unterstellbarkeit der Akzeptiertheit von Themen". (37)

Die sich damit stellende Frage, wer unter welchen Bedingungen politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse beeinflussen kann, wird von Luhmann nur kurz gestreift: er sieht ausschlaggebende Positionsvorteile bei "hauptberuflichen Politikern" (38) und darüber hinaus allen gesellschaftlichen Gruppen, die die nötigen Ressourcen zeitlicher, finanzieller und personeller Art haben, um am politischen Kommunikationsprozeß teilzunehmen.
Was bringen Luhmanns Überlegungen für unser Thema? Wir meinen, daß vor allem der Gedanke wichtig ist, daß die gelungene Thematisierung eines Problems schon der halbe Erfolg im politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ist. Wenn diese Annahme zutrifft, dann ist die entsprechend großkalibrig zu definierende Themenstruktur von Nachrichtensendungen ein wichtiges inhaltliches Merkmal. Damit wächst gleichzeitig die Bedeutung der Bedingungen für die Themengenese, darunter nicht zuletzt die der Zugangsmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen zum Kommunikationsprozeß, die ja bekanntlich bei Massenmedien schon infolge organisatorischer, technologischer, ökonomischer und finanzieller Anforderungen einen hohen Schwellenwert aufweisen.

Dieser Gedanke ist weiterzuführen. Luhmann unterscheidet bei seinem Begriff der politischen Kommunikation nicht deutlich zwischen massenmedialen und anderen Formen politischer Kommunikation, er scheint aber überwiegend an erstere zu denken, wenn er von der Thematisierung von Problemen spricht. Das ist nicht zwingend. Man kann sich den Zusammenhang zwischen Thematisierung und politischem Entscheidungsprozeß (wie Luhmann nur knapp unter dem Stichwort "Umgehbarkeit der öffentlichen Meinung" (39) andeutet) auch so vorstellen, daß ein Problem zunächst in den Kommunikationsprozessen einer Organisation/Institution thematisiert wird, dann in einem Verbund von Institutionen, z.B. im Verhältnis zwischen einer Interessengruppe, einem Ministerium und einem Parlamentsausschuß, und erst dann über Massenmedien das Licht der Öffentlichkeit erblickt. Das würde bedeuten, daß in den Medien nicht mehr ein Problem thematisiert wird, sondern bereits eine oder mehrere ausgewählte Problemlösungen. "Öffentlichkeit" bedeutete dann möglicherweise schon "Unterstellbarkeit der Akzeptanz bestimmter Problem-

lösungen". Träfe das zu, dann müßte man auch damit rechnen, daß die politischen Akteure, die diese Problemlösungen präsentieren, eine Berichterstattung präferieren, die die getroffenen Vorentscheidungen nicht durch zuviel Kritik und aufklärerische Hintergrundsinformationen gefährdet. Selbst bei einer "neutralen"Berichterstattung durch die Massenmedien hätten sie dann von vornherein eine überdurchschnittlich hohe Chance, die Systemziele "Anforderungsreduzierung" und "effizientere Erzeugung von Massenloyalität" zu erreichen.

Nach diesen Überlegungen dürfte die Plausibilität auch der dritten der eingangs formulierten Grundannahmen hinreichend verdeutlicht sein, so daß wir jetzt an die Umsetzung dieser Annahmen in konkrete Untersuchungsfragen und Ausgangshypothesen gehen können. Dabei ist weniger auf die genannten Partikularinteressen als auf das angenommene gemeinsame Interesse aller Teile des politisch-administrativen Systems abzuheben.

2.2 Untersuchungsprogramm und Ausgangshypothesen

Um die angenommene Funktionalität der Berichterstattung im Fernsehen für die dargestellten Steuerungsinteressen des politisch-administrativen Systems überprüfen zu können, brauchen wir einen Katalog von Merkmalen, auf deren Vorhandensein und Ausprägung hin wir die Fernsehnachrichten untersuchen können. Die Thesen der referierten Autoren liefern uns wichtige Anhaltspunkte, in welcher Richtung diese Merkmale zu suchen sind. Zunächst einmal läßt sich sagen, daß Fernsehnachrichten in hohem Maße politische Meldungen enthalten müßten, um für das politisch-administrative System überhaupt von Interesse sein zu können. Nachrichten, die sich überwiegend mit Katastrophen und Unglücksfällen, mit Sport, Kultur oder bunten Absonderlichkeiten aus aller Welt befassen, dürften für die Steuerungsinteressen des politisch-administrativen Systems allenfalls auf indirekte Weise (Depolitisierung usw.) von Nutzen sein. Unter Zugrundelegung unserer generellen Instrumentalisierungsprämisse lautet deshalb die erste, noch recht banale Ausgangshypothese:

1. Der Anteil politischer Themen bzw. des Sachgebiets Politik an den Fernsehnachrichten liegt deutlich über dem Anteil anderer Sachgebiete.

Daraus ergibt sich naheliegender Weise:

2. Der Anteil der Akteure, die dem politisch-administrativen Bereich zuzurechnen sind, liegt deutlich über dem Anteil von Akteuren aus anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Wie die Akteursstruktur insgesamt aus der Sicht des politisch-administrativen Systems optimalerweise auszusehen hätte, läßt sich a priori nur schwerlich angeben. Generell wird man aber sagen können, daß eine Berichterstattung, die die gesellschaftlichen Führungseliten in ihrer Leistungsfähigkeit hervorhebt und insgesamt stärker berücksichtigt als die Masse der Herrschaftsunterworfenen im Normalfall für eine wirksame Systemsteuerung funktionaler ist als eine Berichterstattung, in der die Proportionen umgekehrt liegen. Diese Annahme beruht auf Ergebnissen der Fernsehwirkungsforschung, wonach die dem Medium eigene Aura von Authentizität und Glaubwürdigkeit sich auf die Personen überträgt, über die in diesen Medien berichtet wird. (40)

Wir nehmen deshalb an:

3. Unter den Akteuren über die berichtet wird, sind solche mit höherer Position häufiger vertreten als andere;
4. Funktionseliten (des politisch-administrativen Systems oder anderer gesellschaftlicher Bereiche) treten häufiger in aktiven Rollen (als "Beteiligte") auf als in passiven Rollen ("Betroffene").

Was das Spektrum der Akteure aus den nicht zum politisch-administrativen Bereich zählenden gesellschaftlichen Gruppierungen angeht, läßt sich beim gegenwärtigen Forschungsstand nur spekulieren, welche Auswahl hier für das politisch-administrative System am funktionalsten wäre. Im Sinne von Edelman ist sowohl die Erzeugung des Eindrucks pluralistisch-offener Willensbildungsprozesse zweckmäßig als auch die Privilegierung "wohlmeinender Verbündeter". Angesichts der prekären Ressourcenbasis des politisch-administrativen Systems neigen wir zu der Annahme, daß es für das politisch-administrative System günstiger wäre, wenn in der Berichterstattung diejenigen Gruppen dominierten, die von besonderer Bedeutung für die Beschaffung der notwendigen Ressourcenbasis für politische Entscheidungen oder für deren Durchsetzung bzw. Akzeptanz durch die Betroffenen sind. Bezogen auf die Input-Seite des politischen Prozesses müßte deshalb gelten:

5. Unter den pluralen gesellschaftlichen Gruppierungen, die am politischen Willensbildungsprozeß teilhaben, sind die Wirtschaftsverbände (Unternehmer, Gewerkschaften) relativ häufiger Gegenstand der Berichterstattung als andere Gruppen.

Für die Output-Seite gilt entsprechend:

6. Die Berichterstattung über staatliche Maßnahmen umfaßt gleichermaßen Meldungen über die Tätigkeit der Vollzugsinstanzen (nachgeordnete Verwaltung, Polizei) und deren Zielgruppen (Betroffene).

Die Überprüfung dieser Hypothesen müßte uns schon einen ersten Eindruck über die Grundmuster von Fernsehnachrichten geben. Interessanter wird die Sache, wenn wir spezifischeren Fragen nachgehen. So kann man aus dem generellen Interesse der politisch-administrativen Führungseliten, zwecks Stärkung ihrer legitimatorischen Basis stets als "Herr der Lage" in Erscheinung zu treten, ableiten, daß es ihnen nützlich erscheinen müßte, sich von der Unberechenbarkeit der alltäglichen Ereignisse soweit wie möglich abzukoppeln und statt dessen selber Ereignisse zu schaffen, die von vornherein auf das Ziel hin inszeniert werden können, beim Publikum bestimmte Wirklichkeitsbilder einschließlich günstiger persönlicher Images für die Mitglieder der Führungseliten zu erzeugen. Wir nehmen in diesem Zusammenhang in Anlehnung an Edelman an:

7. Inszenierte Ereignisse mit einem hohen Anteil ritualisierter (zeremonieller) Elemente wie z.B. Staatsbesuche, öffentliche Kundgebungen, Ansprachen, Pressekonferenzen und dergleichen sind häufiger Gegenstand von Meldungen als "spontane", bezüglich ihres Eintretens und Verlaufs wenig beeinflußbare Ereignisse. (41)

Ist eine Steuerung der Berichterstattung nicht über ein entsprechendes "Ereignismanagement" möglich, so liegt es im Interesse des politisch-administrativen Systems, wenigstens bei der Ereignisverarbeitung beteiligt zu sein. Wir nehmen deshalb an:

8. Auch bei der Berichterstattung über "spontane" Ereignisse treten Funktionsträger des politisch-administrativen Systems in (aktiven) Rollen auf.

Unter den übrigen Strategien zur Erzeugung bestimmter Wirklichkeitsbilder nimmt die Personalisierung abstrakter Zusammenhänge bei der politischen Berichterstattung seit jeher einen hervorragenden Platz ein. Machtverhältnisse, Interessenlagen, Konfliktsituationen auf der nationalen und internationalen Bühne sind für die normalen Bürger oft schwer verständlich und durchschaubar. In solchen Situationen kann durch "Verkörperung" der abstrakten Zusammenhänge und Prozesse durch konkrete Personen die gewünschte Wirklichkeitsdeutung wesentlich leichter erzielt werden. Wir nehmen deshalb an:

9. Die Fernsehnachrichten weisen ein hohes Maß personalisierter Berichterstattung auf.

Schließlich liegt auch in der Steuerung der Intensität und Dauer der Berichterstattung ein wichtiges Potential für die angenommenen Interessen des politisch-administrativen Systems. Wir wollen deshalb auch folgende Hypothese überprüfen:

10. Für die politisch-administrativen Funktionsträger positive Ereignisse oder solche, bei denen hoher Konsensbedarf besteht, halten sich länger in der Berichterstattung als politisch negative Ereignisse.

Eine weitere wirkungsträchtige Merkmalsdimension von Fernsehnachrichten ist der räumliche Bezug, also die Herkunft der Meldungen bzw. der Ort des Ereignisses. (42) Klare Funktionalitäten der einen oder anderen Merkmalsausprägung lassen sich beim gegenwärtigen Stand der Theoriebildung hier jedoch nur schwer ausmachen. Folgt man Edelman, so müßte dem räumlichen Bezug von Nachrichten eine wichtige Funktion bei der Aufteilung der Welt in "zuverlässige Freunde" und "gefährliche Feinde" zukommen. Berichte aus dem internationalen Bereich könnten zudem politisch wichtige Bezugspunkte für die Relativierung nationaler Problemlagen liefern, indem sie der Bevölkerung ein Bild davon vermitteln, daß es in anderen Ländern ähnliche oder gar noch größere Probleme gibt. Ferner bieten Berichte von der internationalen Szene wichtige Chancen für den publizistischen Nachweis von Weltläufigkeit, Prestige und Kompetenz politisch-administrativer Führungskräfte. In diesem Zusammenhang wollen wir folgende Hypothesen überprüfen:

11. In der Berichterstattung über internationale Ereignisse dominieren die sicherheits- und wirtschaftspolitisch wichtigsten Partnerländer der Bundesrepublik vor Ostblockstaaten ("potentieller Gegner") und diese vor der Dritten Welt.
12. Bei der Auslandsberichterstattung werden in aller Regel explizite Bezüge zu politischen (ökonomischen, sozialen) Problemen der Bundesrepublik Deutschland hergestellt.
13. In der Berichterstattung aus dem supra- und internationalen Bereich dominieren die politisch-administrativen Führungseliten noch stärker als im nationalen Bereich.

Wenn wir annehmen, daß sich die kommunikativen Interessen des politisch-administrativen Systems in der eben formulierten Art und Weise in den inhaltlichen Merkmalen von Fernsehnachrichten niederschlagen, so muß das konsequenterweise auch für die formalen Merkmale gelten. Neuere Ergebnisse der Wahrnehmungsforschung (43) scheinen zwar zu bestätigen, daß die Inhalte

politischer Kommunikation von ausschlaggebender Bedeutung für die Wirkung der Berichterstattung auf das Publikum sind, daß den formalen Merkmalen der Übermittlung aber nichtsdestoweniger eine eigenständige Bedeutung zukommt: die Art und Weise wie eine Nachricht präsentiert wird, kann das durch inhaltliche Merkmale vorgeprägte Wirkungspotential verstärken oder abschwächen - nicht vermittelte Inhalte kann die Form aber logischerweise nicht ersetzen.

Für unsere Fragestellung sind formale Merkmale nicht zuletzt deshalb von Interesse, weil wir vermuten, daß sich hier - bedingt durch die Zugangsschwelle des erforderlichen professionellen "know how" - möglicherweise noch größere Autonomiezonen für die "Konstruktion von Realität" (Schulz) durch die Nachrichtenredaktionen gehalten haben als bei den inhaltlichen Merkmalen.

Bei der Frage, welche formalen Merkmale in dieser Hinsicht besonders aussagefähig sein könnten, sahen wir uns allerdings in der mißlichen Lage, daß es zur Zeit noch keine auch nur halbwegs bewährte Theorie gibt, die die Bestimmung aussagekräftiger Variablen für unseren Fragezusammenhang erlaubt. Das gilt besonders für die Analyse von Filmmaterial, wo man sich noch sehr wenig darüber klar zu sein scheint, welche Gestaltungselemente wie wirken. Angesichts der Komplexität dieser Zusammenhänge mutet es geradezu abenteuerlich an, wenn man - wie dies jüngst Kepplinger unternommen hat - versucht, bestimmte Verhaltensweisen des Massenpublikums (hier: Wahlverhalten) auf Einzelfaktoren wie die Kamerastellung im Verhältnis zu den in der Berichterstattung auftretenden Politikern zurückzuführen. (44) Angesichts dieser Forschungssituation haben wir uns einigermaßen ekklektisch an vorliegende Inhaltsanalysen gehalten, wobei wir teils "traditionelle" Variablen übernommen haben (z.B. Plazierung, Dauer von Beiträgen, Präsentationsform), teils neuere, auf wahrnehmungspsychologischen Ansätzen (wie dem von Wember) beruhende wie z.B. Schnittfrequenz, Wort-Bild-Identität, Kamerabewegung usw. (45) Bezüglich dieser formalen Variablen gehen wir von der generellen Annahme aus:

14. Inhaltliche Privilegierungen, vor allem überdurchschnittliche Häufigkeiten bestimmter Akteurs- und Themengruppen, wiederholen sich bei den formalen Merkmalen.

Schließlich nehmen wir bis zum Beweis des Gegenteils an:

15. Die erwarteten Eigentümlichkeiten der Fernsehnachrichtensendungen sind unterschiedslos bei ARD und ZDF anzutreffen; sie sind ferner unbeeinflußt von der Zusammensetzung des jeweiligen Redakteurteams, d.h. es zeigen sich weder zwischen den untersuchten vier Nachrichtensendungen (heute I und II, Tagesschau I und II), noch bezüglich der Wochentage signifikante Unterschiede in der Häufigkeitsverteilung der einzelnen Merkmale.

III. ZUR METHODIK DER ANALYSE VON AUDIO-VISUELLEN MEDIEN

1. Probleme der Rekonstruktion von Sinnstrukturen und Wertgehalten

In der Kommunikationsforschung konkurrieren zahlreiche inhaltsanalytische Ansätze (1), deren Anwendungsmöglichkeiten hinsichtlich der Analyse von Nachrichtentexten problematisiert werden müssen.

Im folgenden sollen - zurückgehend auf die Anfänge der nun schon dreißigjährigen Diskussion über "quantitative" und "qualitative" Techniken der Inhaltsanalyse - die gewichtigsten Kritikpunkte an der rein quantitativen Analyse (in der Regel Auszählung von isolierten Worten) unter Bezug auf die Axiome der strukturalistischen Sprachwissenschaft erläutert werden.

Kracauer (2), der "früheste" Kritiker der rein quantitativen Inhaltsanalyse, formulierte drei wesentliche Einwände.

A) <u>Die Rekonstruktion des Kontextes</u>

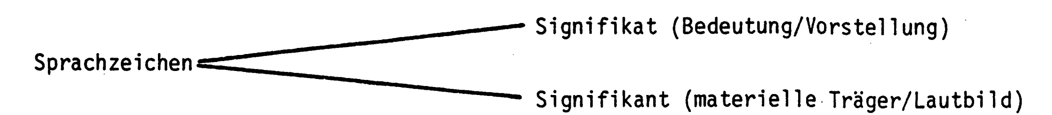
Rein quantitative Textanalysemethoden vernachlässigen die kontextuellen Zusammenhänge eines zu untersuchenden Textes zugunsten einer Quantifizierung; "In der Contentanalyse muß notwendigerweise auch auf so etwas, wie den Sinnzusammenhang des vorliegenden Textes, der bei der Quantifizierung verlorengeht, rekurriert werden." (3).

In der modernen Sprachwissenschaft geht man ebenfalls davon aus, daß ein sprachliches Zeichen keinesfalls isoliert zu betrachten ist, sondern ein Teil seiner Bedeutung erst durch sein kontextuelles Umfeld erfährt, in das es gestellt ist. Die Sprachzeichen "reihen sich eins nach dem anderen in der Kette des Sprechens an, und diese Kombination, deren Grundlage die Ausdehnung ist, können Anreihungen oder Syntagmen genannt werden. ... In eine Anreihung hineingestellt, erhält ein Glied seinen Wert nur, weil es dem vorausgehenden oder dem folgenden oder beiden gegenübersteht." (4). Somit fehlt die Berechtigung, Sprachzeichen aus ihrem kontextuellen syntagmatischen Zusammenhang herauszulösen, ohne auf diesen zu rekurrieren, da Sprache nur als Text vorkommt. "Der Mensch redet und schreibt in Texten oder zumindest intendiert er es; sie sind die primären sprachlichen Zeichen, in denen er sich ausdrückt. Erst der Text als ganzes hat einen abgeschlossenen Sinn." (5). Ein Text in seiner Gesamtheit kann daher "als das größte sprachliche Zeichen" (6), das existiert, definiert werden und muß daher in seiner kontextuellen Komplexität untersucht werden.

B) <u>Die Erfassung latenter Sinnstrukturen</u>

Die wesentlichste Prämisse der quantitativen Inhaltsanalyse, sich nur auf den manifesten Gehalt (d.h. die schwarzen Zeichen auf weißem Papier) (7) zu beschränken, steht im Widerspruch zu den Ergebnissen der modernen Sprachwissenschaft.

Ein Sprachzeichen "vereinigt in sich ... eine Vorstellung und ein Lautbild" (8): das Signifikat bzw. den Signifikanten.



Ein Sprachzeichen ist somit eine Verbindung zwischen einer Bedeutung und einem zugeordneten materiellen Träger. Einzelne Buchstaben sind zumeist allein nicht in der Lage, ein Sprachzeichen zu bilden, da ihnen keinerlei Signifikat zugeordnet ist (9). Somit geht die Ausgangshypothese rein quantitativer Inhaltsanalytiker, wonach sich ein Aussagentext aus künstlichen Zeichen zusammensetzt, die als Buchstaben des Alphabets identifiziert werden, von einem abweichenden, wenn nicht gar falsch verstandenen Zeichenbegriff in Bezug auf Sprachzeichen aus (10).

Ein Sprachzeichen, als Kombination von Signifikat und Signifikant, kann zu anderen Sprachzeichen in zweierlei Beziehung stehen: in einer kontextuellen syntagmatischen, d.h. textimmanenten, sowie in einer kontextuell unabhängigen paradigmatischen, d.h. vom Text losgelösten Beziehung. Es genügt nicht, die Beziehungen zu berücksichtigen, die die verschiedenen Teile eines Textes miteinander verbinden, man muß auch diejenigen Beziehungen berücksichtigen, die sich aufgrund paradigmatischer Beziehungen ergeben (11). Ein Sprachzeichen ist somit in der Lage, kontextunabhängige Beziehungen sowohl von der Signifikanten- als auch von der Signifikatseite her zu manifestieren. Die Beschränkung der sprachlichen Analyse auf den manifesten Gehalt und somit auf syntagmatische Textstrukturen - wie es in der rein quantitativen Inhaltsanalyse geschieht - stellt eine massive Beschränkung bezüglich des Verhältnisses der sprachlichen Zeichen zueinander dar (12).

> "Ein Text besitzt zwei grundsätzlich verschiedene Möglichkeiten, Signifikate zu realisieren: Als Denotate ... oder als Konnotate. Denotate sind alle Signifikate, deren Signifikanten zur Menge der Textzeichen zählen. Konnotate dagegen sind Signifikate, deren Signifikanten nicht zur Menge der Textzeichen, wohl aber zur Menge der Paradigmata von Textzeichen gehören." (13).

Wir gehen davon aus, daß man konnotative Bedeutungsstrukturen eines Nachrichtentextes ebenso wie denotative untersuchen muß. Methodische Schwierigkeiten bei der Aufdeckung von "multiplen Sinnstrukturen" dürfen nicht zu deren Ausschluß aus der Analyse führen (14).

C) Flächendeckende Analyse versus Singularität

Kracauer weist darauf hin, daß oft mit der Interpretation eines einzigen Wortes oder eines einmalig vorkommenden Symbols ein Aussagegehalt besser zu beschreiben ist, als mit der mühevollen und umständlichen Auszählung aller Worte des gesamten Textes (15). So ist es in der Rhetorik durchaus üblich, eine große Anzahl positiver Bewertungen in bezug auf eine Sache oder Person mit nur einem ironischen oder negativen Einwurf zu relativieren bzw. ins Gegenteil zu verkehren. Ebenso kann ein quantitativ nebensächliches oder gar irrelevantes Merkmal eine für den Zusammenhang wichtige Bedeutung erhalten. Aufgrund der oben aufgezeigten Probleme müßte ein inhaltsanalytisches Verfahren entwickelt werden, in welchem die sich aus den kontextuellen Zusammenhängen ergebende Gesamtbedeutung eines Textes im Mittelpunkt steht; die so gewonnenen Ergebnisse müßten durch zusätzliche quantitative Untersuchungen gestützt werden, so daß letztendlich eine Mischform aus qualitativer (16) und quantitativer Analyse zum Tragen kommt.

2. Probleme der Analyse der optischen Komponente von audio-visuellen Medien

Methodische Reflexivität (17) scheint besonders bei der Analyse von audio-visueller Kommunikation notwendig zu sein, da in der Regel die Probleme der Analyse von non-verbalen Kommunikationsbestandteilen zwar anerkannt, aber dann doch verdrängt werden:

"Wenn Inhaltsanalyse auch allgemein jede fixierte Art menschlicher Interaktion zum Gegenstand hat, so wird in diesem Band dennoch der Schwerpunkt auf die Analyse verbaler Kommunikation gelegt. Die Bedeutung non-verbaler Kommunikation soll damit keineswegs gemindert werden - gerade Film, Fernsehen, Plakakte usw. spielen eine ganz erhebliche Rolle für unser tägliches Leben -, jedoch sind Probleme ihrer wissenschaftlichen Analyse doch weitaus komplizierter als die Untersuchung sprachlichen Materials." (18).

Diese Beschränkung hat Tradition. Vergleicht man die vielfältigen Definitionen der Inhaltsanalyse in der englisch- und deutschsprachigen Fachliteratur, so fällt die immer wiederkehrende Beschränkung auf Texte bzw. Printmedien auf; so z.B. bei Markoff/Shapiro/Weitman:

"As for us, we regard content analysis as best defined (today) as any methodical measurement applied to text for social science purpose." (19).

Die inhaltsanalytischen Techniken und Modelle wurden entwickelt - und werden weiter entwickelt - unter fast ausschließlicher Orientierung an der Analyse von Texten; die rasche Entwicklung und der Einsatz von EDV-Programmen zur automatischen Analyse von größeren Textmengen verdeutlicht dies (20).

Aufgrund der engeren Zielsetzung der hier vorgelegten Untersuchung (21) wurde ein spezifisches Instrumentarium entwickelt, mit dem ansatzweise die optische Komponente von audio-visuellen Botschaften erfaßt werden konnte. Im folgenden sollen die spezifischen methodischen Probleme bei der Analyse von audio-visuellen Medien nicht in der Absicht erörtert werden, ein universell verwendbares Analyseinstrumentarium vorzustellen,sie sind eher als pragmatischer Vorschlag zur Analyse spezifischer Inhalte - Fernsehnachrichtensendungen - zu verstehen. In Modifikation eines Merksatzes von O. R. Holsti, daß eine Inhaltsanalyse nicht besser sein kann als ihre Kategorien (21), könnte man hinsichtlich der Analyse von audio-visuellen Medien postulieren: Die Qualität einer Inhaltsanalyse von audio-visuellen Medien hängt ab von dem Grad der Berücksichtigung der optischen Aussagebestandteile!

Legt man diesen Maßstab an die bisherigen Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen an, so bleibt zu konstatieren, daß nur ansatzweise grobe Kategorien zur Erfassung der optischen Komponente - so z.B. in der Berücksichtigung der Präsentationsformen (Wortnachricht, Bildnachricht, Filmnachricht) - herangezogen worden sind (22). Die Vernachlässigung der optischen Komponenten kann durch die spezifischen Zielsetzungen der einzelnen Untersuchungen teilweise erklärt werden. Seit der stark rezipierten Analyse der Filmberichterstattung von B. Wember (23) wird die optische Komponente verstärkt in die Untersuchungsanlagen einbezogen, so u.a. auch von St. P. Ballstaedt in seinen Untersuchungen - orientiert an dem Problem der Verständlichkeit von Fernsehnachrichten - über Inhalte und Grenzen der akutellen Filmberichterstattung im Fernsehen (24). In der US-amerikanischen Massenkommunikationsforschung wird schon seit ca. zwei Jahrzehnten die Filmberichterstattung analytisch ausgewertet; die wesentlichen Arbeiten beschränken sich aber auf die filmische Präsentation von Politikern im Wahlkampf (25). Seit gut einem halben Jahrhundert beschäftigen sich Filmemacher und Filmsemiotiker von Eisenstein bis Metz mit den Problemen der Filmsprache, d.h. mit der Konstruktion und Analyse der Aussagen von Bildern und Bildfolgen (26). Hierzu vermerkt Ballstaedt: "Die vorliegenden semiotischen Bemühungen um eine Bildersprache oder Filmsyntax sind zwar theoretisch geistreich, aber für systematische Untersuchen wenig praktikabel." (27). Diese Einschätzung bedarf einer näheren Erläuterung. Um die Untauglichkeit semiotischer Ansätze zur Analyse von Nachrichtenfilmen zu begründen, sollen kurz die Parallelen und graduellen Unterschiede zwischen Spielfilmen und Nachrichtenfilmen hervorgehoben werden. Der wesentlichste Unterschied zwischen den Spielfilmen und den Nachrichtenfilmen besteht in unterschiedlichen Produktionsumständen. Der Spielfilmmacher hat in der Regel vielfältige Möglich-

keiten, sein Material zu arrangieren, um bestimmte Aussagen bzw. Wertungen damit auszudrücken; er wird in der seltensten Fällen etwas Vorgefundenes versuchen abzubilden. Der Nachrichtenfilmer handelt sicherlich im Impetus, Realität abzubilden und zu vermitteln, er muß aber unter extremem Zeitdruck quasi-dokumentarisches Material zusammenstellen und betexten. Somit hat er - graduell gesehen - weitaus weniger Möglichkeiten, Aussagen zu komponieren bzw. Wertungen in sein Produkt einfließen zu lassen als der Spielfilmmacher. Der Schluß von bestimmten Bildern bzw. Bildfolgen auf Aussagen bzw. Wertungen des Machers kann, bezogen auf den Gegenstand Nachrichtenfilm, nicht mit derselben Stringenz gezogen werden wie bei Spielfilmen. Es soll aber nochmals betont werden, daß dieser Unterschied nur ein gradueller ist: Auch der Nachrichtenfilmer konstruiert mit seinem Produkt eine neue Realität. Die Dispositionsfreiheit des Nachrichtenfilmers ist weitaus eingeschränkter als die des Spielfilmmachers; Besonderheiten, Einzelheiten seines Produkts können nicht wie im Spielfilm grundsätzlich als konstruierte, bewußte Aussagen bzw. Wertungen interpretiert werden, sie können durch die Umstände quasi vorgegeben sein bzw. unreflektiert unter Zeitdruck in den Nachrichtenfilm eingeflossen sein. Ebenso bleibt zu prüfen, inwieweit eine Analyse syntagmatischer Strukturen (28) in Nachrichtenfilmen - analog zu den Interpretationsversuchen bei Spielfilmen - zur Interpretation sinnvoll herangezogen werden kann; in Nachrichtenfilmen konfligiert die "Logik filmischer Montage" mit der "Logik journalistischer Texte" (29).

Außerdem müssen die vereinfachenden Vergleiche zwischen Film und Sprache (so im Terminus "Filmsprache") problematisiert werden. So erscheint es unangemessen, ein Bild/eine Einstellung mit einem Wort bzw. eine Sequenz von Bildern mit einem Satz gleichzusetzen, um mit Hilfe eines Wörterbuchs für Bilder und Sequenzen einen Film quasi linguistisch - eventuell noch mit Hilfe eines Computerprogramms - zu analysieren. Die Unmöglichkeit eines solchen Wörterbuchs für Bilder liegt im Universum möglicher Bilder begründet. Metz kritisiert unter dem Hinweis auf die unendliche Zahl möglicher Einstellungen die verfehlte Analogie von Einstellung zu Wort bzw. Satz (30). Der Versuch, Filmanalyse mit Hilfe eines Bilderwörterbuchs durchzuführen, muß fehlschlagen, weil der Filmemacher eine Einstellung erfindet, der Textproduzent hierzu im Gegensatz aber Wörter aus einem vorgegebenen Lexikon entleihen kann (bis auf wenige wortschöpferische Neuheiten). Die mit einer Einstellung gelieferte "Information" erscheint unbestimmt groß, daraus folgt, daß eine reliable Denotation eines Bildes/einer Einstellung nur unter extremer Informationsreduktion - Vereinfachung auf bestimmte Bildelemente - leistbar ist; eine Fixierung potentieller Konnotate ist nicht durchführbar (31). Daß sich dieses Problem nicht nur in der Filmanalyse stellt, sondern - graduell abgestuft - ebenso für die Textanalyse gilt, stellt einen schwachen Trost dar; "Praktikable Möglichkeiten der Messung von Einstellungsäußerungen in Bild- oder Toninhalten gibt es in der empirischen Sozialforschung jedoch bisher nicht."(32). Trotz dieser gravierenden Probleme kann nicht auf den Versuch verzichtet werden, Bildgehalte zu erfassen, wenn man den Anspruch hat, Filmnachrichten adäquat zu analysieren (33). Nur sollte man in Kenntnis der methodischen Probleme und der Grenzen eines Instrumentariums die gewonnen Ergebnisse restriktiv interpretieren. Als erster Schritt zur Lösung der oben aufgezeigten Probleme müßten "Klassifikationstechniken zur Beschreibung von Produktionsfakten" (34)einbezogen werden. Hierbei werden unter dem Terminus "Filmsprache" primär Modalitäten des Kameraeinsatzes (Einstellungsgröße, Einstellungsperspektive, Kamerabewegung) subsumiert. Mit Hilfe dieser Merkmale wird nicht versucht, Bildgehalte im lexikalischen Sinn zu fixieren, sondern die Eigenschaften der Aufnahmetechnik als Gestaltungsmittel der Filmemacher zur Analyse heranzuziehen. Angesichts der eingeschränkten Interpretationsmöglichkeiten sollte man deshalb eher von "Filmstatistik" als von Filmanalyse sprechen. Die Vorgehensweisen dieser Filmstatistik stellen - neben groben Typisierungen von Bildinhalten - erste Schritte zur Erfassung und Einordnung der optischen Komponente in audio-visuellen Medien dar (35).

3. Das inhaltsanalytische Instrumentarium der vorliegenden Untersuchung

Aus der in den beiden vorhergehenden Abschnitten problematisierten Inadäquanz der gängigen inhaltsanalytischen Vorgehensweisen ist hinsichtlich der Analyse von Fernsehnachrichten nur eine Konsequenz zu ziehen: Es gilt,die aufgezeigten Schwachstellen dadurch zu relativieren, daß man den Untersuchungsgegenstand mit einem Bündel verschiedenartiger, sich ergänzender Methoden in den Griff zu bekommen versucht. Dies soll für die vorliegende Untersuchung durch folgende drei Ansätze praktiziert werden:

- eine "Basisanalyse", die schwerpunktmäßig als Frequenz-/Kontingenzanalyse der Nachrichtentexte angelegt ist, die optische Komponente aber gleichzeitig mit einigen groben Variablen zu erfassen versucht,
- eine "Film-Detailanalyse", die sich ausschließlich und vertiefend mit dem Filmmaterial befaßt und
- eine "semantische Textanalyse", bei der mit Hilfe strukturalistisch-linguistischer Untersuchungsmethoden insbesondere die Sinnstrukturen und Wertgehalte der Nachrichtentexte erfaßt werden.

3.1 Die Basisanalyse

3.1.1 Das "Sample"

Die notwendigen Kompromisse zwischen forschungsleitenden Hypothesen und methodischem Anspruchsniveau auf der einen und den forschungsökonomischen Rahmenbedingungen auf der anderen Seite werden besonders deutlich bei der Festlegung des Untersuchungszeitraums und des -umfangs. Aufgrund der vorgesehenen Analyse von "Themenkarrieren" (36) konnte die Ziehung einer Zufallsstichprobe von Fernsehnachrichtensendungen auf einen längeren Zeitraum nicht in Frage kommen, da somit der Vergleich zwischen den einzelnen Fernsehanstalten unzulässig würde. Deshalb wurde unter Berücksichtigung des frühesten Startpunkts der konkreten Analyse und des ökonomisch Machbaren die 11 Wochen vom 15. 2. 77 bis 2. 5. 77 (einschließlich) als kompakter Zeitraum der Analyse zugrunde gelegt. Desweiteren wurden nur die frequentiertesten Nachrichtensendungen analysiert: die 19.00 Uhr-Ausgabe von "heute" (heute I) und die in der Regel um 21.00 Uhr folgende Ausgabe (heute II), die 20.00 Uhr-Ausgabe der "Tagesschau" (Tagesschau I) und die dieser folgende Ausgabe (Tagesschau II) (37). Insgesamt sollten 308 Sendungen (77 Tage à 4 Sendungen) aufgezeichnet und analysiert werden; der konkreten Analyse lagen aber nur 306 Sendungen zugrunde: 2 Sendungen konnten aufgrund technischer Pannen nicht aufgenommen bzw. auch nicht durch Sendeprotokolle partiell rekonstruiert werden. Insgesamt lagen der Analyse also ca. 80 Stunden Sendungsmaterial (Einleitung, Wetterbericht und Ausleitung wurden nicht mitberechnet) zugrunde.

Mit der Festlegung eines kompakten Analysezeitraums sind hinsichtlich der Ausprägung einzelner Variablen schon wesentliche Vorentscheidungen getroffen worden: so wird die Dominanz einzelner zeitgebundener Themen und der in ihnen agierenden Handlungsträger nur für diesen Zeitraum typisch sein (38). Da die Ergebnisse zeit-

gebundener Studien tendenziell zeitlos rezipiert und somit überinterpretiert werden, soll an dieser Stelle explizit auf die spezifischen Ereignisse des Untersuchungszeitraums hingewiesen werden.

Die innenpolitische Berichterstattung wird im wesentlichen von vier Ereignisblöken geprägt:

- der Auseinandersetzung um die Kernenergie (im wesentlichen die Demonstrationen in Brokdorf, Grohnde und die Verwaltungsgerichtsprozesse)
- der Abhöraffaire um den Atomwissenschaftler Traube
- dem Terroristenprozeß in Stammheim
- dem Mord an Generalbundesanwalt Buback;

darüber hinaus liefen in dieser Zeit die Entscheidungsprozesse über das Kostendämpfungsgesetz im Gesundheitswesen und den Bundeshaushalt 77, des weiteren fanden Regierungsbildungen im Saarland, Berlin und Hessen, der CDU-Parteitag und der Konflikt der Jungsozialisten mit der SPD um ihren Vorsitzenden Benneter statt. In der wirtschaftspolitischen Berichterstattung dominierten die Tarifverhandlungen im Bereich des öffentlichen Dienstes. Die Leipziger Frühjahrsmesse, der Streit um die Straßenbenutzungsgebühren und die Zurückweisung von BRD-Besuchern an der DDR-Grenze bestimmte die "innerdeutsche" Berichterstattung. In der nicht auf die Bundesrepublik zentrierten Berichterstattungen waren neben dem traditionellen Polittourismus die Ereignisse in Uganda (Bischofsmorde), die westliche Unterstützung für Dissidenten aus dem Ostblock, der Nahostkonflikt und die Wahlen in Indien bedeutend. Als Katastrophenmeldungen ragten das Erdbeben in Rumänien, das Flugzeugunglück auf Teneriffa und der Brand der Bohrinsel im Ekofisk-Gebiet heraus.

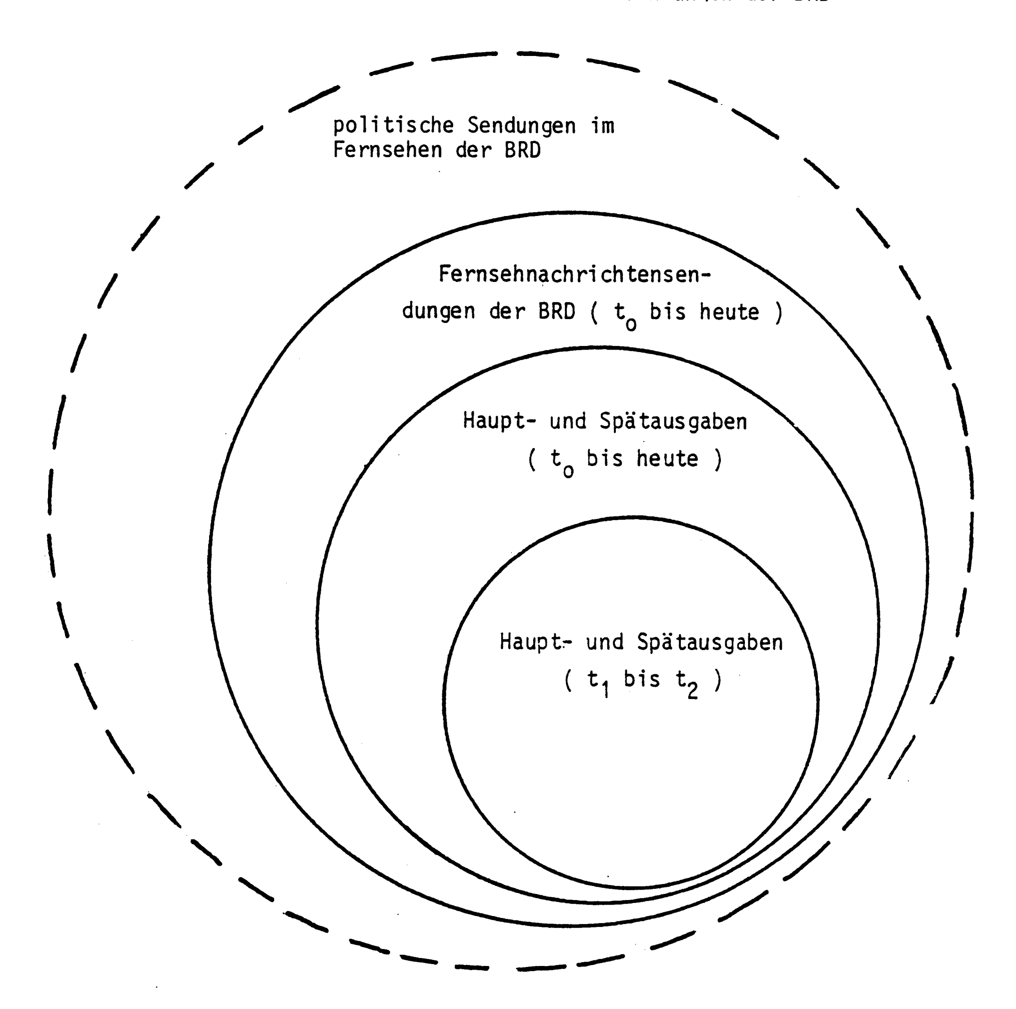
3.1.1.1 Zur Problematik der Auswahlverfahren in der Inhaltsanalyse von Fernsehnachrichtensendungen

Bei der zeitlosen Rezeption zeitgebundener Inhaltsanalysen werden die Probleme verdrängt, welche aus den Auswahlmodi für die den Analysen zugrundeliegenden Materialien resultieren. Gerade durch den spezifischen Ereignishintergrund sind Inhaltsanalysen von Nachrichtenmedien - wie allgemein jeglicher zeitgebundener Medieninhalte - durch eine große Sensibilität gegenüber dem Auswahlverfahren gekennzeichnet (39).

Wir verstehen unsere oben getroffene Auswahl als Totalerhebung aller Hauptausgaben und der ihnen folgenden Ausgaben im Zeitraum vom 15. 2. 1977 - 2. 5. 1977; es wäre verfehlt, die Ergebnisse über diesen Zeitraum hinaus global zu verallgemeinern, da u.a. mit dem veränderten Sendeschema (40) sicherlich auch Modifikationen in Inhalten und Präsentationsformen aufgetreten sind. Diese Auswahlentscheidung basierte nicht auf Ableitungen aus einer Stichprobentheorie, sondern war eine forschungspragmatische Ausgrenzung einer Grundgesamtheit aus einer Super-Grundgesamtheit (41).

Die Alternative zu unserer Bestimmung des Untersuchungsmaterials hätte unter anderen forschungsleitenden Interessen aus einer Zufallsauswahl von Sendungen/Sendungsbestandteilen aus einem größeren Zeitraum bestehen können. In allen uns bekannten Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen wurde das der Analyse zugrunde liegende Sendematerial nicht aufgrund einer reinen Zufallsauswahl bestimmt, sondern günstigenfalls durch ein mehrstufiges Auswahlverfahren mit Formen bewußter Auswahl. Abstrahieren wir einmal von der Entscheidung, nur die Hauptausgaben und die ihnen folgenden Ausgaben in die Analyse miteinzubeziehen, welches schon eine Auswahl nach dem Konzentrationsprinzip (42) darstellt (wenn man das Anspruchs-

Schema: Bestimmung der Grundgesamtheit aus der Super-Grundgesamtheit "Politisch relevante Inhalte in Fernsehsendungen der BRD"



niveau hat, sämtliche Fernsehnachrichtensendungen zu analysieren), so stellt das Verfahren, Sendetage aus einem größeren Zeitraum auszuwählen, keine reine Zufallsauswahl dar: es handelt sich um eine Form der Klumpenauswahl (43).

Die oft anzutreffende Verkennung des Auswahlverfahrens resultiert aus der nicht getroffenen Unterscheidung zwischen Auswahleinheit und Untersuchungseinheit. Die Berechnungen (primär: Prozentuierungen) beziehen sich bei Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen in der Regel auf den Beitrag als Untersuchungseinheit und nicht auf die Sendungen, welche eventuell per Zufallsauswahl ausge-

wählt worden sind. Die Sendung stellt aber schon einen "Klumpen" von Untersuchungseinheiten dar, wobei bei Fernsehnachrichtensendungen noch die Schwierigkeit auftritt, daß die Untersuchungseinheiten in wesentlichen Fällen nicht eindeutig gegeneinander abgegrenzt werden können; streng genommen gibt es keine "quasi-natürliche" Untersuchungseinheit in der Inhaltsanalyse (44). In der Demoskopie sind Auswahl- und Untersuchungseinheiten in der Regel gleichgesetzt, und somit sind statistische Analysen (z.B. Signifikanz-Tests) zulässig, welche voraussetzen, daß eine Zufallsauswahl getroffen worden ist bzw. die Streuung in der Grundgesamtheit abgeschätzt werden kann; bei Inhaltsanalysen sind also in der Regel diese Verfahren nicht zulässig.

Der ökonomische Vorteil (45) der Klumpenauswahl ist evident; würde man bei einer Fernsehnachrichtenanalyse eine reine Zufallsauswahl aus Untersuchungseinheiten treffen wollen, so müßten sämtliche Sendungen aus dem Zeitraum, für die die Ergebnisse der Untersuchung verallgemeinert werden sollen, aufgezeichnet werden, um auf dieser Basis eine Zufallsauswahl durchzuführen. Der Nachteil der Klumpenauswahl liegt im größeren Auswahlfehler, d.h. in der oft anzutreffenden thematischen Konzentration einer Nachrichtensendung auf ein zentrales Ereignis. Zur Berechnung des Auswahlfehlers benötigen wir die Varianz (Streuung) innerhalb der und zwischen den Klumpen (46), Maßzahlen also, die bei Analysen von Fernsehnachrichtensendungen nur unter hohen Kosten bestimmt werden können.

Um die Sensibilität von Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen gegenüber möglichen Auswahlverfahren zu verdeutlichen, führten wir folgendes "Experiment" durch: Wir nahmen unsere aufgezeichneten 306 Sendungen aus dem kompakten Zeitraum als eine Grundgesamtheit an und wählten hieraus aufgrund unterschiedlicher Verfahren Stichproben aus:

- Stichprobe A: als reine Zufallsauswahl von ca. 9% aller Untersuchungseinheiten mit Hilfe der Auswahlprozedur eines statistischen Programmpaketes (SPSS) (47),
- Stichprobe B: als Klumpenauswahl von 7 Tagen (ca. 9% von 77 Tagen) mit Hilfe einer Zufallszahlentafel,
- Stichprobe C: als geschichtete Auswahl + Klumpenauswahl von 7 verschiedenen Wochentagen ("künstliche Woche") (48) mit Hilfe einer Zufallszahlentafel,
- Stichprobe D: als reine Zufallsauswahl von ca. 27% der Untersuchungseinheiten mit Hilfe der Auswahlprozedur eines statistischen Programmpaketes,
- Stichprobe E: als Klumpenauswahl von 21 Tagen (ca. 27% von 77 Tagen) mit Hilfe einer Zufallszahlentafel.

Tabelle 1:

Unterschiede in den Merkmalsverteilungen bei unterschiedlichen Stichproben

Variable	Grundgesamtheit N=4674	SP "A" n=385	SP "B" n=428	SP "C" n=409	SP "D" n=1227	SP "E" n=1226
"dominantes Sachgebiet"						
Politik	72.2	71.3	70.8	67.5	73.0	72.4
Wirtschaft	8.6	9.7	10.4	9.9	8.5	9.2
Katastrophen, Unglücksfälle	5.0	4.7	5.2	4.2	5.1	5.6
Sport	4.4	5.2	1.4	4.5	3.9	4.6
Kriminalität, Verbrechen	2.0	1.3	2.4	1.2	2.0	1.6
Kunst und Kultur	1.9	2.4	1.7	3.0	2.2	1.4
Wissenschaft, Forschung, Technik	1.2	2.4	1.9	2.5	1.7	0.8
Vermischtes, Rest	4.7	2.9	6.2	7.2	3.6	4.4
	100.1%	99.9%	100.0%	100.0%	100.0%	100.0%
"Dauer der Präsentationsform"						
kleiner 15 sec.	10.2	9.9	11.2	13.2	9.0	12.3
zwischen 15 und 30 sec.	27.9	30.1	29.7	27.6	28.1	28.8
zwischen 30 und 60 sec.	29.0	30.6	28.7	25.7	30.0	28.1
zwischen 60 u. 120 sec.	17.8	15.8	18.5	19.8	17.0	18.1
zwischen 120 u. 300 sec.	14.9	13.0	11.9	13.7	15.6	12.6
größer 300 sec.	0.1	0.5	-	-	0.2	0.1
	99.9%	99.9%	100.0%	100.0%	99.9%	100.0%
"Regierungs-Beteiligung"						
Regierung dominant	25.6	23.5	35.2	21.7	27.3	30.0
Regierung beteiligt	34.9	34.7	27.4	28.5	35.8	29.1
Regierung nicht HTR	39.5	41.8	37.4	49.7	36.9	40.9
	100.0%	100.0%	100.0%	99.9%	100.0%	100.0%
"BRD-Bezogenheit"						
BRD-Intern	50.8	47.3	47.4	49.3	51.4	50.0
Ausländer in BRD	8.9	8.8	10.5	8.0	8.2	9.2
BRD-HTR dom. im Ausland	1.3	2.0	2.6	4.6	1.5	1.6
BRD-HTR bet. im Ausland	8.2	8.8	7.7	7.0	9.0	6.7
BRD betroffen	2.5	3.1	3.8	4.8	2.3	2.5
rein Ausland	28.3	29.9	27.9	26.3	27.6	30.0
	100.0%	99.9%	99.9%	100.0%	100.0%	100.0%
"Filmform"						
Rede-Statement-Film	10.0	12.8	7.3	11.9	6.6	11.0
VS. Rede-Statement-Film	8.5	5.0	8.0	4.4	7.7	6.7
Interview-Film	7.3	3.5	6.7	10.7	6.4	8.5
VS. Interview-Film	6.0	3.5	2.0	5.0	8.0	7.0
Reporter-Korrespondent-Film	4.0	5.0	2.7	5.0	5.5	4.3
Nachrichtenfilm (mit Reporter)	18.5	20.6	16.7	14.5	20.0	14.1
Nachrichtenfilm	45.6	49.6	56.7	48.4	45.9	48.4
	99.9%	100.0%	100.1%	99.9%	100.1%	100.0%

Die Beträge der prozentualen Abweichungen der Stichproben-Merkmalausprägungen von denen der angenommenen "Grundgesamtheit" wurden addiert:

Tabelle 2:

Summe der Abweichungen

	Stichprobe				
Variable	A	B	C	D	E
dominantes Sachgebiet	7,2 %	9,1 %	12,7 %	3,4 %	3,2 %
Dauer der Präsentationsform	8,4 %	6,9 %	9,9 %	4,0 %	6,5 %
Regierungsbeteiligung	4,6 %	19,2 %	20,5 %	5,2 %	11,6 %
BRD-Bezogenheit	7,1 %	8,5 %	11,2 %	3,2 %	4,6 %
Filmform	19,7 %	22,0 %	17,2 %	10,4 %	12,5 %
Summe	47,0 %	65,7 %	71,5 %	26,2 %	38,4 %

Die obigen Werte können nur als erste Anhaltspunkte zur Einschätzung der Selektivität von Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen gegenüber Auswahlverfahren betrachtet werden. Auffällig ist jedoch die hohe Abweichung der %-Werte bei Klumpenauswahlen (Stichproben B, C, E) von den Werten der "Grundgesamtheit"; erst bei einer Verdreifachung des Stichprobenumfangs einer Klumpenauswahl gegenüber einer Zufallsauswahl ergibt sich eine vergleichbare "Qualität". Auch unter der Annahme, daß eine mehrfache Stichprobenziehung aus einer größeren Grundgesamtheit die Unterschiede nivellieren würde, wird deutlich, daß die Ergebnisse von Fernsehnachrichtenanalysen nur unter Berücksichtigung der angewandten Auswahlverfahren interpretiert werden dürfen.

Aus den obigen Überlegungen ergeben sich auch einschneidendere Restriktionen hinsichtlich der Verwendung von statistischen Testverfahren zur Demonstration der "Signifikanz" der inhaltsanalytischen Ergebnisse. Signifikanz-Tests sind nur dann angebracht, wenn eine reine Zufallsauswahl vorgenommen worden ist bzw. der Auswahlfehler abgeschätzt werden kann (49); wie oben aufgezeigt, sind diese Bedingungen in der Regel nicht für Analysen von Fernsehnachrichtensendungen gegeben, auch nicht für die vorliegende. Denkbar wäre die Verwendung von adäquaten statistischen Zusammenhangsmaßen (50), um die "Stärke" von Zusammenhängen zwischen unterschiedlichen Variablen bei einer Untersuchung zu vergleichen. Darauf ist in der vorliegenden Untersuchung ebenfalls verzichtet worden, da aufgrund der sich konkret ergebenden Verteilungsformen und Felderbesetzungen bei Kreuztabellen die Maße nur eingeschränkt interpretationsfähig sind.

3.1.2 Protokollierung der Fernsehnachrichtensendungen

Es lassen sich generell zwei Vorgehensweisen bei der Analyse von audio-visuellen Medien unterscheiden: Die Vercodung direkt vom Bildschirm oder aufgrund eines Wort-Bildprotokolls (51).

Die amerikanische Politologin Doris Graber hat zur Überwindung der einfachen Häufigkeitsauszählungen von Bildmaterial ihr Konzept des "Generalized Message Coding" (52) entworfen, mit welchem die Botschaften des audio-visuellen Mediums ohne Aufgliederung in Bild- und Sprachgehalte als Ganzes vercodet werden sollen. Die Realisierung dieses Verfahrens hängt jedoch von einer Reihe von Basisannahmen ab, so u.a. von der Existenz von "modal meanings" (53) von audio-visuellen Stimuli. In dieser Prämisse werden die Ergebnisse der Wahrnehmungspsychologie nicht berücksichtigt, daß insbesonders Bild- und Filmgehalte kontext- und erfahrungsabhängig rezipiert werden (54). Auch erscheint es problematisch, davon auszugehen, daß das meiste des visuellen Materials gegenüber dem gesprochenen Wort redundant ist: die Wembersche Wort-Bild-Schere würde also nicht existieren (55). Eine hierzu im Vergleich unproblematisch umsetzbare methodische Anregung gibt R. S. Frank mit seinem "soft approach", bei dem unter Verwendung des semantischen Differentials versucht werden sollte, Handlungsträger in bestimmten Situationen zu fixieren (56).

In der hier vorliegenden Analyse wurde zunächst ein Wort-Bild-Protokoll der Fernsehnachrichtensendungen erstellt, auf dessen Basis dann die relevanten Variablen vercodet wurden. Diese Verfahrensweise muß problematisiert werden. Da unsere Untersuchung in theoretischer und methodischer Hinsicht explorativ angelegt ist, sollten möglichst alle "relevanten" (zum Startpunkt als relevant eingeschätzten) Merkmale im Detail erfaßt werden; dies bedeutete, daß für einen einminütigen Beitrag in den Fernsehnachrichten ca. 50 Einzelinformationen erfaßt werden sollten und zusätzlich bei einer Einstellung in Filmbeiträgen (im Durchschnitt 2 - 10 Sekunden) weitere 40 Einzelinformationen. Bei ersten Tests stellte sich heraus, daß auch für ein mehrköpfiges Vercoder-Team die Verarbeitung dieser Vielzahl von Informationen auch bei mehrmaligem Abspielen und Anhalten des Video-Bandes nicht reliabel leistbar war. Da zudem eine linguistisch-strukturalistische Analyse des Nachrichtentexts durchgeführt werden sollte und darüber hinaus das aufgezeichnete Material in studentischen Forschungsprojekten und Examensarbeiten unter anderen Fragestellungen analysiert werden sollte, entschlossen wir uns, ein Wort-Bild-Protokoll der Fernsehnachrichten zu erstellen (57). Die Entwicklung des Protokollierungsverfahrens orientierte sich an Wembers "Spezial-Protokoll für statistische Filmanalyse" (58). Modifizierend wurden die optischen und akustischen "Informationen" parallel protokolliert und einige wesentliche Merkmale detaillierter erfaßt (59). Aus forschungsökonomischen Gründen erfolgte die Protokollierung synchron zu einer kontinuierlichen Zeitachse: für 2 sec. Nachrichtensendung war eine Zeile im Protokollbogen vorgesehen; das Format des Protokollbogens wurde so gewählt, daß eine Minute Nachrichtensendung auf einem Protokollbogen festgehalten werden konnte (60). Die verständlichen sprachlichen Informationen aus dem Ton der Fernsehnachrichtensendungen wurden maschinenschriftlich in einem bestimmten Format fixiert und in den Protokollbogen eingeklebt. In weiteren Arbeitsgängen wurden die "optischen Informationen" in die dafür vorgesehen Spalten eingetragen (61).

Diese Protokollierung stellt strenggenommen schon eine Vercodung dar. Insbesondere bei der Fixierung von Bildgehalten werden nur "relevante" Bildelemente

festgehalten, man könnte diesen Vorgang eher als Bildinterpretation verstehen. Die damit verbundenen Reliabilitätsprobleme konnten auf dieser Stufe nicht quantifiziert werden. Denkbar wäre der Versuch gewesen, die Vercoder jeweils im Alleingang ein Protokoll im Re- und Paralleltest erstellen zu lassen. Dieses hätte jedoch der realen Protokollierungssituation in einem arbeitsteiligen Vercoderteam von drei bis vier Personen nicht entsprochen. Durch die Einbeziehung der Protokollanten in die Entwicklung des Protokollbogens, einer mehrmonatigen Schulung in der Umsetzung des entwikkelten Protokollierungsinstrumentariums und durch die gegenseitige Kontrolle in dem arbeitsteiligen Team dürfte eine hinreichende Reliabilität auf dieser "Vercodungsstufe" gewährleistet sein. Bei der eigentlichen Vercodung auf der Basis der erstellten Wort-Bild-Protokolle wurde ein Pre-Test durchgeführt, bei welchem eine Sendung mit 14 Beiträgen als Grundlage diente, wobei die Abgrenzung der Beiträge gegeneinander nicht vorgegeben war (62). Zur Berechnung der Reliabilitäts-Koeffizienten wurde das Spiegelmann-Höchstwertziffer-Verfahren gewählt, bei welchem die Zahl der realen Übereinstimmungen zwischen jeweils zwei Vercodern durch die Zahl der möglichen Übereinstimmungen zwischen allen Vercodern dividiert wird; bei diesem anspruchsvollen Verfahren gelten Koeffizienten ab 0.5 als befriedigend (63).

Tabelle 3:

Reliabilitäts-Koeffizienten

Variable	Koeffizient
dominantes Sachgebiet	0.78
Untergliederung Politik	0.95
Themenbereich	0.89
Handlungsrahmen	0.56
Handlungsort	0.68
BRD-Bezogenheit	0.85
Regierungsbeteiligung	0.85
Personalisierung	0.75
Handlungsträger	0.68
Präsentationsform	0.88
Filmform	0.70
Handlungsträger in Filmformen	0.52

Hierbei muß angemerkt werden, daß die relativ geringen Koeffizienten bei der Fixierung von Handlungsträgern aus der Unsicherheit bei der Einordnung von "unbedeutenden" Handlungsträgern resultieren (64).

3.1.3 Kategorien

Mit der Eingrenzung der Untersuchungseinheit werden Vorentscheidungen hinsichtlich der Ausprägungen bestimmter Variablen getroffen. Bei der Analyse von Fernsehnachrichtensendungen ergeben sich keine quasi natürlichen Untersuchungseinheiten wie z.B. der umbruchtechnisch abgegrenzte Beitrag in einer Tageszeitung. In Fernsehnachrichtensendungen werden Einzelmeldungen bei sich überschneidenden thematischenen Aspekten zu Meldungsblöcken verknüpft, so daß sich zum Teil erhebliche Probleme bei der Abgrenzung von Untersuchungseinheiten ergeben. Für die vorliegende Analyse wurde eine möglichst "enge" Definition der Untersuchungseinheit gewählt, welche sich an den zentralen Kategorien "Handlungsträger" und "Filmform" orientiert:

Ein Beitrag ist ein Sendungsteil, in dem ein Ereignis bzw. Sachverhalt behandelt wird, bei welchem in der Regel der/die Handlungsträger und/oder der Ort der Handlung konstant bleiben; ein Beitrag beinhaltet nur eine Filmform.

An dem zentralen analytischen Begriff "Handlungsträger" (65) orientierte sich die Abgrenzung und Untergliederung sämtlicher Variablen, um die Zusammenhänge zwischen verschiedenen Merkmalen extensiv interpretieren zu können.

Nach der Durchnumerierung der Untersuchungseinheit (welche im folgenden "Beitrag" genannt wird) wurden der Aufzeichnungstag, die Sendung und die Platzziffer des Beitrags in der Sendung fixiert.

3.1.3.1 Variablen-Komplex "thematisch-geographische Einordnung"

Die im folgenden beschriebenen Variablen beziehen sich im wesentlichen auf die Hypothesen 1, 7, 8, 11, 12, 13 (66).

A) Variable "Sachgebiet"

Hier war eine Doppelnennung in "dominantes Sachgebiet" und "sekundäres Sachgebiet" vorgesehen, um auch politisch relevante Beiträge zu erfassen, in denen andere thematisch nicht politische Aspekte dominierten (z.B. der Kurzbesuch eines Politikers auf einer Kunstausstellung). Die Variable umfaßte folgende Merkmalsausprägungen:

- Politik
- Wirtschaft
- Katastrophen, Unglücksfälle
- Sport
- Kriminalität, Verbrechen
- Kunst und Kultur
- Wissenschaft, Forschung, Technik
- Vermischtes, Rest

"Politische" Beiträge wurden wie folgt bestimmt:

Beiträge, in denen Handlungsträger des politischen Systems aktiv und dominant beteiligt oder explizit adressiert sind; zur Identifizierung von Handlungsträgern des politischen Systems vergleiche den Handlungsträger-Katalog (67).

Aufgrund der ersten Häufigkeitsauszählungen stellte sich heraus, daß die Doppelnennungen nur einen geringen Anteil hatten und bei Wegfall dieser Nennungen keine Verzerrungen auftraten.

B) Variable "Untergliederung Politik"

Das Ressort-Prinzip als traditionelle Strukturierungshilfe zur Untergliederung des Politikbereichs genügt einer system- und prozeßbezogenen Analyse nicht; es versagt bei der Konkretisierung politischer Handlungsabläufe. Deshalb wurde ein Kategoriensystem gewählt, in dem die Herkunft der Handlungsträger als zentrales Strukturierungsprinzip dient:

- Politik BRD (Beiträge, in denen ausschließlich Handlungsträger des politischen Systems der BRD agieren oder explizit adressiert sind)
- Deutschlandpolitik (Beiträge, in denen Handlungsträger des politischen Systems der BRD und DDR gleichzeitig agieren bzw. explizit adressiert werden)
- Internationale Politik (Beiträge, in denen Handlungsträger aus zumindest zwei nationalen politischen Systemen agieren oder explizit adressiert werden/Ausnahme: Deutschlandpolitik)
- Innenpolitik anderer Länder (Beiträge, in denen Handlungsträger aus nur einem nationalen politischen System agieren oder explizit adressiert werden/Ausnahme: Politik BRD).

C) Variable "Themenbereich"

Um eine Detailanalyse bestimmter Themenbereiche auf Handlungsstrukturen hin zu gewährleisten, wurde eine 82 Kategorien umfassende Variable eingeführt, in welcher unter anderem folgende Ausprägungen vorgesehen waren:

- ...
- KKW-Bau
- Abhöraffäre
- Buback-Mord
- Anarchisten-Prozeß
- Kostendämpfung (im Gesundheitswesen)
- Rentenreform
- Bundeshaushalt
- Steuerreform
- Regierungsbildung Saarland
- Kommunalwahl Hessen
- Oswald-Affäre
- Schütz-Affäre
- CDU-Parteitag
- Judo-FDP-Konflikt
- Juso-Kongreß
- Energiepolitik
- Wirtschaftspolitik
- Bildungspolitik
- Verkehrspolitik
- Wohnungsbaupolitik
- ... (68).

D) Variable "Handlungsrahmen"

Neben den "inhaltlichen" Aspekten der obigen Variablen wurden die "formalen" Aspekte der Handlung, welche Anlaß zur Berichterstattung gab, mit einer 23 Kategorien umfassenden Variable bestimmt; in dieser wurden primär Rituale politischer Handlungsträger gegeneinander abgegrenzt, so u.a.: Staatsbesuche, Sitzungen von Regierungen und Parlamenten, Kongresse etc. ...

E) Variable "Handlungsort"

Um u.a. die Hypothese der geographischen Konzentration der Berichterstattung überprüfen zu können, wurden mit Hilfe einer 97 Kategorien umfassenden Variablen die Handlungsorte fixiert (die Bundesrepublik wurde anfänglich sogar nach Bundesländern unterteilt). Hier waren ebenfalls Doppelnennungen vorgesehen, jedoch stellte sich nach ersten Häufigkeitszählungen heraus, daß die Doppelnennungen vernachlässigt werden konnten. Desweiteren

wurden die 97 Kategorien in 12 Sammelkategorien zusammengefaßt:

- BRD
- DDR
- UdSSR
- Ostblock (ohne DDR/UdSSR)
- EG-Länder
- Rest-Europa
- Naher Osten
- Asien
- Afrika
- USA
- Rest-Amerika
- übrige Regionen.

F) Variable "BRD-Bezogenheit"

Um den BRD-Bezug der Berichterstattung präziser ermitteln zu können, wurde eine weitere Variable eingeführt, in welcher das Auftreten von BRD-Handlungsträgern bzw. der Betroffenheit der BRD sechsfach abgestuft wurde.

- BRD-internes Ereignis
- BRD als Handlungsort unter Beteiligung ausländischer Handlungsträger
- BRD nicht Handlungsort, aber BRD-Handlungsträger dominant beteiligt
- BRD nicht Handlungsort, aber BRD-Handlungsträger beteiligt
- BRD nicht Handlungsort, aber BRD betroffen
- rein ausländisches Geschehen.

3.1.3.2 Variablen-Komplex "Handlungsträger"

Die folgenden Kategoriensysteme wurden eingeführt, um unter anderem die in dem theoretischen Bezugsrahmen entwickelten Hypothesen 2 - 6, 9, 13 überprüfen zu können (69).

A) Variable "Personalisierung"

Mit einem 6-fach abgestuften Kategoriensystem wurde die explizite Nennung von Personen, Personengruppen und Institutionen im Nachrichtentext erfaßt.

- Unpersönliches Ereignis, ohne Nennung von Personen, Personengruppen, Institutionen
- Ereignis, in dem Gruppen von Personen bzw. Institutionen als Handlungsträger genannt werden
- Ereignis, in dem Gruppen von Personen bzw. Institutionen und Einzelpersonen als Handlungsträger genannt werden
- Ereignis, in dem unterschiedliche Personen einzeln als Handlungsträger genannt werden
- Ereignis, in dem die Handlung einer Person im Vordergrund steht
- Ereignis besteht nur aus der Handlung einer Person (nicht Journalist).

B) Variable "Regierungsbeteiligung"

Um die gouvernementale Komponente näher bestimmen zu können, wurde in einer weiteren Variablen der Anteil der Regierung (verstanden als "efficient part of government") an der in einem Beitrag genannten Handlung fixiert.

- Regierung als dominanter Handlungsträger
- Regierung als eine von mehreren Handlungsträgern
- Regierung nicht Handlungsträger.

C) Variable "Handlungsträger"

Im Zentrum der Analyse stand die Erfassung von Handlungsträgern bzw. die Rekonstruktion von Handlungsstrukturen. Es wurde ein methodischer Vorschlag von Marianne Schatz-Bergfeld aufgegriffen und weiterentwickelt; sie unterschied bei ihrer Fernsehnachrichtenanalyse aus dem Jahre 1966/67 zwischen: Personen der Handlung, Akteuren, Betroffenen oder Angesprochenen (70). In den nachfolgenden Studien wurden ähnliche Konzepte verwandt, ohne jedoch nur ansatzweise die Differenziertheit des Schatz-Bergfeldschen Vorschlags zu erreichen. In der Mehrzahl der Studien wurde nur eine Nennung von Akteuren/Handlungsträgern in einer Untersuchungseinheit vorgenommen. Dies stellt unserer Meinung nach eine unzulässige Einschränkung dar, welche zu systematischen Verzerrungen hinsichtlich der Ausprägung von Merkmalen führt. Deshalb wurden in unserer Analyse pro Beitrag bis zu sechs Nennungen von Akteuren/Handlungsträgern vorgesehen. Unter "Handlungsträger" verstehen wir jede im Nachrichtentext genannte Person, Personengruppe bzw. Institution. Darüber hinaus wurde jeder fixierte Handlungsträger durch zwei zusätzliche Faktoren näher konkretisiert: zum einen hinsichtlich seiner Stellung als Akteur und/oder Betroffener

- aktiv, d.h. als Akteur
- passiv, d.h. als Betroffener (direkt adressiert mit Forderung oder als Opfer)
- aktiv/passiv, d.h. als Akteur und gleichzeitig Betroffener (Position wechselt im Beitrag),

zum anderen hinsichtlich seiner Bedeutung im Beitrag

- ausschließlicher Handlungsträger
- dominanter Handlungsträger
- einer von mehreren gleichrangigen Handlungsträgern
- zweitrangiger Handlungsträger neben dominanten Handlungsträgern.

Das Kategoriensystem "Handlungsträger" umfaßte ca. 400 Positionen, bestehend aus Personen, Gruppen und Institutionen des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundeserepublik Deutschland; ausländische Handlungsträger wurden nicht detailliert erfaßt (71). Das Kategoriensystem wurde wie folgt strukturiert:

- Personen/Gruppen/Institutionen des politisch-administrativen Systems
- Personen/Gruppen/Institutionen des politischen Systems im weitesten Sinne
- Interessenverbände im weitesten Sinne
- Einzelpersonen bzw. gesellschaftliche Gruppen.

Ohne das gesamte Kategoriensystem hier vorstellen zu können, soll an zwei Beispielen die Detailliertheit des Systems angedeutet werden; Bundesministerien waren wie folgt untergliedert:

- Bundesministerium des Auswärtigen (allgemeine Bezeichnung der Institution)
- Bundesminister Genscher
- Staatssekretäre, oberste Beamte
- Botschafter, Botschaftsangehörige
- Sprecher des Ministeriums
- sonstige Personen/Institutionen des Ministeriums,

eine Partei wurde wie folgt aufgegliedert:

- CDU
- Parteivorsitzender Kohl
- CDU-Parteivorstand, -ausschuß
- Generalsekretär (Biedenkopf/Geißler)
- CDU-Parteitag
- CDU-Landesvorstand
- Junge Union
- Wissmann
- CDU-Frauen
- Wex
- CDU-Sozialausschüsse
- Blüm
- andere Sonderorganisationen der Partei
- CDU (CSU)-Bundestags-Fraktion
- CDU (CSU)-Bundestags-Fraktionsvorstand
- spezialisierte Abgeordnete ("Experten")
- CDU-Bundestags-Abgeordnete
- CDU-Landtags-Fraktionen
- CDU-Landtags-Fraktionsvorstand
- CDU-Landtags-Abgeordnete
- CDU-Fraktionsführertreffen
- CDU-kommunale Parlamentsfraktionen, -abgeordnete
- andere CDU-Organisationen, Funktionsträger.

Nach ersten Häufigkeitsauszählungen wurde diese detaillierte Liste hinsichtlich unterschiedlicher Hypothesen mehrfach recodiert (72), d.h. es wurden nach Möglichkeit Ausprägungen in Gruppen zusammengezogen, so u.a. auch in einer sogenannten "43er-Liste":

- Bundespräsident
- Bundeskanzler
- Bundesminister Maihofer
- Bundesminister Genscher
- restliche Bundesminister
- restliche Bundesregierung
- Bundesbehörden
- Bundestag
- Bundesrat
- Länderregierungen
- Länderparlamente
- Kommunen
- Parteien (Sammelbezeichnung)
- SPD-Brandt
- SPD-Partei
- SPD-Abgeordnete
- CDU-Kohl

- CDU-Partei
- CDU-Abgeordnete
- CSU-Strauß
- CSU-Abgeordnete
- CSU-Partei
- FDP-Abgeordnete
- FDP-Partei
- NPD
- DKP
- K-Gruppen
- Terroristen
- andere Parteien
- Judikative
- DGB-Vetter
- Gewerkschaften
- Standesorganisationen
- Unternehmer/Arbeitgeber
- Bürgerinitiativen
- diverse Verbände
- Religionsgemeinschaften
- kulturelle/wissenschaftliche Vereinigungen
- Medien
- Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- sonstige Einzelpersonen
- gesellschaftliche Gruppen
- Polizei;

nach weiteren Zusammenfassungen zu einer sogenannten "13er-Liste" ergab sich folgendes Kategoriensystem:

- Bundesregierung
- Länder, Kommunen
- SPD
- CDU/CSU
- FDP
- sonstige politische Institutionen, Parteien und Gruppen
- Behörden
- Judikative
- Verbände
- kulturelle Vereinigungen
- Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens
- gesellschaftliche (Quasi-) Gruppen
- sonstige.

3.1.3.3 Variablen-Komplex "Präsentations-/Filmform"

Die methodischen Defizite bisheriger Inhaltsanalysen von Fernsehnachrichtensendungen liegen in der unzureichenden Berücksichtigung der medienspezifischen optischen Komponente. In der vorliegenden Analyse wurde versucht, durch den unten dargestellten Variablen-Komplex dieses Defizit partiell zu kompensieren. Die folgenden Variablen beziehen sich im wesentlichen auf die Hypothese 14 (73).

A) Variable "Präsentationsform"

Pro Beitrag konnten bis zu 5 aufeinanderfolgende Kombinationen von Präsentationselementen (z.B. Sprecher, Foto, Karte, Symbol, Tabelle, Graphik, Unter-/Überschrift, Stichwort/-satz) fixiert werden. Die ca. 70 auftreten-

den Kombinationen wurden nach ersten Häufigkeitsauszählungen auf wenige dominante reduziert:

- Sprecher
- Sprecher/Foto/Karte etc.
- Sprecher/Film
- Foto/Sonstiges (kein Sprecher)
- Film/Sonstiges (kein Sprecher)
- Rest.

B) Variable "Dauer der Präsentationsform"

Die Dauer einer Präsentationsform wurde in 2-sec-Einheiten genau festgehalten und nach ersten Häufigkeitsauszählungen wie folgt gruppiert:

- kleiner 15 sec.
- größer gleich 15 sec. bis unter 30 sec.
- größer gleich 30 sec. bis unter 60 sec.
- größer gleich 60 sec. bis unter 120 sec.
- größer gleich 120 sec. bis unter 300 sec.
- größer gleich 300 sec.

C) Variable "Filmform"

Faßt man unter Filmformen alle Sendungsbestandteile zusammen, die nicht in den Studios live produziert werden, also primär durch Magnetaufzeichnungs- und Filmaufzeichnungsgeräte gespeichert bzw. durch Direktschaltung in die Sendung eingespeist werden, so stellen diese ein Konglomerat von Vermittlungsformen dar, welches sich grob in zwei Kategorien unterteilen läßt:

- Filmsequenzen, in denen Handlungsträger (hier auch Journalisten) im Bild redend (im "On") in Erscheinung treten,
- Filmsequenzen ohne obige Elemente (74).

Diese Sequenzen werden zum Teil in den Filmformen mit unterschiedlichen Anteilen gemischt, so daß eine trennscharfe Abgrenzung nur mit Einschränkungen vorgenommen werden kann:

- Rede-Statement-Film (Film besteht nur aus "redenden Köpfen")
- verschnittener Rede-Statement-Film (Film besteht fast ausschließlich aus "redenden Köpfen")
- Interview-Film
- verschnittener Interview-Film (analog zu oben)
- Reporter-Korrespondenten-Film (Film besteht aus Sequenzen, in denen ein redender Journalist vor einem Handlungshintergrund steht)
- Nachrichtenfilm mit Reportern, Korrespondenten im "On"
- Nachrichtenfilm (ohne "redende Köpfe")
- Trickfilm.

Diese Gliederung orientiert sich nicht am fernseh-journalistischen Sprachgebrauch; hier wird unterschieden in:

- O-Töne (nur "redende Köpfe")
- Reporter-Korrespondenten-Film (durch Journalisten in Aufnahme und Bearbeitung gestalteter Filmbeitrag - auch mit "redenden Köpfen")
- Nachrichtenfilm (übertextete, z.T. nicht selbst produzierte Bilder).

D) Variable "Dauer der Filmform"

Die Dauer der Filmform wurde bis auf die Sekunde genau festgehalten und nach ersten Häufigkeitsauszählungen ähnlich wie die Variable "Dauer der Präsentationsform" gruppiert.

Orientiert an der These Wembers, daß in der Filmberichterstattung durch Schnitte und kameratechnische Mittel ein künstlicher Bewegungsreiz erzeugt wird (75), wurde für jede Filmform die Anzahl der Schnitte bzw. der Kamerabewegungen festgehalten. Die Dauer des Films wurde durch die Anzahl der Schnitte, die Anzahl der Kamerabewegungen und die Anzahl der Schnitte und Kamerabewegungen geteilt, so daß folgende Quotienten entstanden:

1) $\text{S-Frequenz} = \frac{t\ (\text{Filmform})}{N\ (\text{Schnitte})}$

2) $\text{KB-Frequenz} = \frac{t\ (\text{Filmform})}{N\ (\text{Kamerabewegung})}$

3) $\text{KBS-Frequenz} = \frac{t\ (\text{Filmform})}{N\ (\text{Kamerabewegung} + N\ (\text{Schnitte})}$.

Die so errechneten Quotienten wurden nach ersten Häufigkeitsauszählungen wie folgt gruppiert:

- kleiner 3
- größer gleich 3 bis unter 6
- größer gleich 6 bis unter 10
- größer gleich 10 bis unter 50
- größer gleich 50.

F) Variable "Handlungsträger in Filmformen"

Pro Filmform konnten bis zu sechs Handlungsträger fixiert werden; außerdem wurde festgehalten, ob diese Handlungsträger im "On" (d.h. redend) im Bild waren. Als Grundlage diente der 400 Positionen umfassende Handlungsträger-Katalog (76).

3.2 Die Film- Detailanalyse

3.2.1 Sample

Aufgrund der unerwartet hohen Arbeitsintensität bei der angestrebten Filmanalyse konnte nur ein Teil der Filmformen detailliert analysiert werden. So wurden ca. 20% aller Filmformen (ohne Rede-Statement-Filme und Interview-Filme) mit bundesdeutschen Handlungsträgern per Zufallsauswahl ausgewählt (77).

3.2.2 Kategorien

Als Untersuchungseinheit wurde eine "Einstellung" definiert:

"Einstellungen" werden durch Schnitte bzw. Blenden abgegrenzt. Zusätzlich gilt als "Einstellung" jede abgeschlossene Kamerabewegung (Stand, Schwenk, Fahrt, Zoom); eine Kombination von zwei Kamerabewegungen gilt als eine "Einstellung".

Traditionell wird in der Filmanalyse eine Einstellung nur durch Schnitte oder Blenden abgegrenzt, durch die oben vorgenommene "engere" Definition wird eine detailliertere Analyse ermöglicht, da so der durch Kamerabewegungen bedingte Wechsel des Bildinhaltes berücksichtigt werden kann (78).

Die in diesem Analyseschritt verwendeten Variablen beziehen sich primär auf die Hypothese 14 (79); besonderer Wert wurde auf die Fixierung kameratechnischer Merkmale in der Aufnahmesituation hinsichtlich der Handlungsträger gelegt (80).

A) Variable "Kamerabewegung"

Neben der dominanten Kamerabewegung in einer "Einstellung" wurde - falls es sich als notwendig erwies - die zweitrangige Kamerabewegung festgehalten. Folgende Merkmalsausprägungen waren vorgegeben:

- Stand
- Schwenk
- Fahrt
- Zoom
- starkes Kamerawackeln.

B) Variable "Richtung/Intensität der Kamerabewegung"

Um die Modalitäten der oben fixierten Kamerabewegungen näher zu beschreiben, konnten pro Einstellung gleichzeitig bis zu drei unterschiedliche Bewegungsrichtungen und -intensitäten festgehalten werden:

- normal
- links
- rechts
- oben
- unten
- rückwärts
- vorwärts
- parallel
- schnelle Kamerabewegung
- langsame Kamerabewegung.

C) Variable "Einstellungsgröße".

Die Einstellungsgröße, d.h. die Größe des Bildausschnitts bezogen auf agierende Personen, wurde mit einer 6-fach abgestuften Skala fixiert (81):

- Detail
- Groß/Nah
- Amerikanisch/Halbnah
- Halbtotal
- Total
- Weit.

Um den Besonderheiten der Kamerabewegung in einer Einstellung gerecht werden zu können, wurden die Einstellungsgrößen jeweils am Anfang und am Ende einer Einstellung festgehalten.

D) Variable "Perspektive"

Bei der Fixierung der Einstellungs-Perspektive wurde zwischen Normalsicht, Frosch-(Untersicht) und Vogelperspektive (Draufsicht) unterschieden, und die Frosch- und Vogelperspektive jeweils dreifach abgestuft (82).

E) Variable "Bildinhalt"

Bei der Bestimmung des Bildinhalts (83) wurden im wesentlichen Handlungsträger fixiert. Pro Einstellung konnten bis zu fünf verschiedene Elemente des Bildinhalts fixiert werden; außerdem wurde festgehalten, ob sich diese Elemente im Bildvordergrund oder im Bildhintergrund befanden bzw. ob sie im "On" zu hören waren. Im wesentlichen wurde auf den bekannten Handlungsträger-Katalog (84) zurückgegriffen.

F) Variable "Wort-Bild-Identität"

Hierbei wurde erfaßt, inwieweit der Text (z.B. die angesprochene Person oder Handlung) mit dem Bildinhalt "übereinstimmte" (85); folgende Abstufung wurde vogenommen:

- totale Identität
- starke Identität
- schwache Identität
- keine Identität.

3.3 Die semantische Textanalyse

3.3.1 Sample

Aus forschungsökonomischen Gründen war es angesichts der äußerst arbeitsintensiven Analysemethoden nicht möglich, das gesamte Erhebungsmaterial von rund 4.800 Minuten in die Untersuchung einzubeziehen. Hinsichtlich der notwendig gewordenen Samplebildung stellten sich zwei Alternativen eine Zufallsauswahl von Tagen, Sendungen oder Beiträgen bzw. die Bestimmung eines zusammenhängenden Zeitraums (86). Trotz großer Bedenken hinsichtlich der eingeschränkten Repräsentativität einer Klumpenauswahl fiel die Entscheidung zugunsten der Beschränkung auf einen zusammenhängenden Zeitraum, da nur so einzelne Nachrichten in ihren kontextuellen Zusammenhängen und die sich eventuell über mehrere (Nachrichten-) Tage hinziehende Entwicklung eines Themas analysiert werden können (87). Ausgewählt wurde letztendlich die Woche vom 14. 3. - 20. 3. 1977, eine Woche, die man als "normal" betrachten und somit eventuell für einen größeren Zeitraum als repräsentativ ansehen kann, da sie durch kein herausragendes Ereignis bestimmt war.

3.3.2 Vorgehensweise

Im folgenden soll in der gebotenen Kürze versucht werden, die Methodik der strukturfunktionalistischen Textanalyse sowie deren zentrale Begriffe zu erläutern (88).

Wie bereits im Abschnitt III. 1 angeführt, ist ein sprachliches Zeichen eine Verbindung von Signifikat (Bedeutung) und Signifikant (Lautbild), wobei in diesem Ansatz die Untersuchung der Signifikat-Ebene eines Nachrichtentextes im Vordergrund stehen soll. Die Sprachwissenschaft - und hier vor allem die amerikanische - beschäftigte sich bisher überwiegend mit der Untersuchung des sprachlichen Signifikanten und versuchte vor allem, von syntaktischen Strukturen her Rückschlüsse auf Bedeutungskonstitutionen zu gewinnen, da eine strukturelle Theorie der Bedeutung (des Signifikats) noch nicht erstellt war. Der hier entwickelte Ansatz stützt sich vor allem auf die französische Schule des Strukturalismus, die versucht, ein allgemein-abstraktes System der Bedeutung zu entwickeln (89). Wir wollen versuchen, das an diese theoretische Konzeption angelehnte Verfahren der Textkonstitution im folgenden näher zu differenzieren.

Das kleinste Element der Bedeutungsstruktur ist ein Sem, das dem außersprachlichen semiotischen System entspringt. Ein solches Sem ist z.B. das Merkmal "Ausgedehntheit", das wir in vielen Sprachzeichen wiederfinden, etwa in "lang", "kurz", "weit", "hoch", "breit" usw. In all diesen Sprachzeichen kommt das Sem "Ausgedehntheit" vor, außerdem andere Seme, wie "Vertikalität", "Horizontalität" usw. Wir können also ein Sprachzeichen, dem Signifikat nach als Bündel von Semen definieren. Das im Nachrichtentext tatsächlich realisierte sprachliche Zeichen, das die Menge aller aktualisierten Seme und realisierten kontextuellen Seme umfaßt, wird in der Folge als Semem bezeichnet (90). Wir wollen dies am Beispiel des Hononyms "Mark" näher beschreiben: "Die Mark ist eine sandige Gegend." - "Die Mark hat in einem Jahr 10% ihres Wertes verloren." Hier sind Seme, die sich im Kontext befinden, entscheidend für das Verständnis der richtigen Bedeutung von "Mark". Solche kontextuellen Seme werden als Klasseme bezeichnet. In dem Zeichen "sandige Gegend" befindet sich das Sem "geographisches Territorium" und darin das Sem "Territorium". Dieses Sem wird zum Klassem: Aus ihm geht hervor, daß es sich in dem gesamten Text um ein Territorium handelt. Da der Kontext hier das Klassem "Territorium" liefert, wird die Bedeutung des Semems "Mark" eindeutig bestimmt (91).

Aus der Tatsache, daß ein sprachliches Zeichen vom Signifikat aus als Bündel von Semen zu verstehen ist und weiterhin, wie bereits angeführt, zu anderen sprachlichen Zeichen sowohl in syntagmatischer (textimmanenter) als auch in paradigmatischer (textübergreifender) Beziehung steht, ergibt sich, daß ein Sprachzeichen über eine Vielzahl möglicher Konnotate verfügen kann, die von semantischen Serien ausgehen. "Semantische Serien entstehen durch Konstanthaltung eines oder mehrerer Seme. Zum Beispiel kann durch Konstanthaltung des Semes 'Temperaturqualität' eine Serie 'warm', 'kalt', 'lau', 'schwül', 'heiß' usw. gebildet werden" (92). Bereits ein kurzer Nachrichtentext kann damit eine Fülle semantischer Paradigmata bilden, die zumeist jedoch aufgrund der Klasseme erschlossen werden können. Die Eingrenzung einer isolierten Gruppe von Zeichen zu einem Text kann nicht immer eindeutig erfolgen (93). Wir bezeichnen daher aus pragmatischen Gründen als abgeschlossenen Text, was in der Gesamtuntersuchung als "Beitrag" definiert wurde. Einzelne Beiträge in einer Sendung werden als zwar unterschiedliche Texte untersucht, sie stehen jedoch in syntagmatischer und paradigmatischer Beziehung zueinander. Beziehungen, die einen Text immanent zusammenhalten und nach außen isolieren, werden als Textkonstituenten (94) bezeichnet, womit eine weitere Unterscheidung zwischen der Vorgehensweise einer reinen Textanalyse und einer Textkonstitution aufgezeigt werden kann.

"So impliziert das Prinzip der Textanalyse die Forderung nach vollständiger Erfassung aller Ausdrücke des zu analysierenden Textes. Dem Prinzip der Beschreibung der Textkonstitution hingegen ist bereits Genüge getan, wenn die für die Konstitution eines Textes verantwortlichen Mittel, die im Rahmen der vorliegenden Konzeption - nur einen bestimmten Teil aller Ausdrücke dieser Texte ausmachen, eruiert und klassifiziert und außerdem ihre wichtigsten Distributionserscheinungen untersucht worden sind." (95).

Die hier vorliegende Untersuchung greift auf das Prinzip der Textkonstitution zurück;

"In einem Text erfüllen die rekurrierenden Klasseme eine äußerst wichtige Funktion: Sie garantieren den Zusammenhang der Rede, schließen Widersprüchlichkeiten aus und sorgen so für Verständlichkeit. In einem geschlossenen Textabschnitt ordnen sich die rekurrierenden Klasseme zu einer einheitlichen Gesamtstruktur zusammen. Der Text ist nur Entfaltung dieser Struktur, die wir Isotopie ... nennen wollen. Nehmen wir ... einmal den Text über ein Abs-Interview:
'Abs sprach sich in der Sendung für absolute Priorität der Währungsstabilität aus, auch auf Kosten des Wachstums, und interpretierte ausführlich seine ablehnende Meinung aus den Jahren 1968 und 1969 gegen die Aufwertung der Deutschen Mark.'
Das rekurrierende Klassem ist 'Währung'. Diesem Klassem sind weitere rekurrierende Klasseme untergeordnet, vor allem die Opposition stabil vs. instabil. ... Die Isotopie wird durch diese binäre Opposition von Klassengruppen konstituiert." (96).

Viele Isotopien sind auf eine oder mehrere Binäroppositionen aufgebaut. Die Sememe eines Textes, die rekurrieren bzw. potentiell rekurrieren können, sind die Aktanten der Isotopie. Aktanten sind für die Isotopie (Struktur) eines Nachrichtentextes von unterschiedlicher Bedeutung. Die Aktanten, die identisch mit den rekurrierenden Klassemen der zugrundeliegenden Isotopie sind, in denen also die Isotopien offen an der Oberfläche des Textes erscheinen, werden als isotopiekonstitutiver Aktanten bezeichnet (97).

Um den Ablauf einer mit diesen Begriffen operierenden Textanalyse zu verdeutlichen, soll im folgenden als Beispiel ein Teil des Originaltextes der Sendung "heute" vom 14. 3. 1977 wiedergegeben werden, der dann anschließend mit Hilfe der eingeführten Analysekategorien zerlegt wird.

"Guten Abend meine Damen und Herren. Das Kernkraftwerk Wyhl darf vorerst nicht gebaut werden. Die Gegner des Projekts haben damit vor Gericht einen Erfolg erzielt. Das Verwaltungsgericht Freiburg hat die Teilbaugenehmigung für das umstrittene Kraftwerk am Kaiserstuhl aufgehoben. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit Sicherheitsbedenken. Es sei nicht auszuschließen, daß eine Katastrophe nationalen Ausmaßes eintreten könnte, wenn das Druckgefäß des Reaktors bersten sollte. Langzeiterfahrungen mit Kraftwerksblöcken dieser Größenordnung lägen noch nicht vor. Nicht zu eigen machte sich das Gericht Einwände klagender Bürger wegen der Gefahr einer Veränderung des Klimas oder wegen radioaktiver Risiken bei normalem Reaktorbetrieb. Die baden-württembergische Landesregierung will gegen das Urteil Berufung einle-

gen. Die Bundesregierung äußerte die Vermutung, daß dieses Urteil von Freiburg den Bau neuer Atomkraftwerke verzögern könne. Mit großer Spannung war das Urteil im bisher bedeutsamsten Prozeß um die Errichtung von Kernkraftwerken erwartet worden. Im überfüllten Freiburger Schwurgerichtssaal wollten die Bürger der betroffenen Region am Oberrhein,vor allem die Mitglieder der baden-elsässischen Bürgerinitiativen,den Ausgang dieses mehrwöchigen Prozesses erleben. Sechs Gemeinden und zehn Bürger aus der Umgebung des vorgesehenen Kernkraftwerks Wyhl am Kaiserstuhl hatten gegen die Teilerrichtungsgenehmigung für den Block eins geklagt. Das Kraftwerk Wyhl war in diesem Prozeß vom Land Baden-Württemberg und der Kernkraftwerk Süd GmbH als notwendig für die Energieversorgung des Landes vehement verteidigt worden. Das Verwaltungsgericht Freiburg hat nun die zwei Jahre alte Genehmigung des Landes zum Bau der ersten Stufe in Wyhl aufgehoben. Das heftig umstrittene Kraftwerk kann also vorläufig nicht gebaut werden. Hörbare Genugtuung im Saal begleitete die Verkündung des Spruchs unabhängiger Verwaltungsrichter. Der Grund, auf den sich das Urteil stützt: Das Land hat im Bereich der Reaktorsicherheit nicht die Vorsorge gegen Schäden getroffen, die nach dem Atomgesetz erforderlich ist. Dazu bezieht sich das Gericht darauf, daß der Reaktor von Wyhl nicht gegen das Auseinanderbersten gesichert ist; ein solches Bersten des Reaktors wurde als möglicher Unfall von den Regierungsstellen nach Auffassung des Gerichts bei der Genehmigung außer acht gelassen. Dabei handele es sich bei einem solchen Bersten des Reaktors um eine Katastrophe nationalen Ausmaßes mit tödlichen Folgen für Menschen in einem weiten Umkreis. Gegen solche ungeheuren Schäden müßte der einzelne und die Gemeinde geschützt werden. Die Richter forderten für das Kraftwerk von Wyhl eine ausreichende Berstsicherung, wie sie für eine kleineres Kraftwerk bei der BASF schon zur Auflage gemacht worden ist."

Die Sprechermeldung stellt sich durch die Sememgruppe - ("Das Kernkraftwerk Wyhl darf nicht gebaut werden") - als aktuelle Meldung mit Anreißcharakter vor, während der Text des berichtenden Journalisten (beginnend mit dem zweiten Satz des obigen Textes) eher den Hintergrund der Sprechermeldung beleuchtet. Die Isotopie des Textes konstituiert sich im wesentlichen aus der Binäropposition Gegner vs. Befürworter des Kernkraftwerks Wyhl. Als isotopiekonstitutive Aktanten fungieren die Sememgruppen "Gegner", "klagende Bürger", "Bürger der betroffenen Region", "Mitglieder der baden-elsässischen Bürgerinitiativen" und "sechs Gemeinden und zehn Bürger" als ein Teil der Binäropposition und "Kernkraftwerk Süd GmbH", "baden-württembergische Landesregierung", die Berufung einlegen will gegen das Urteil und "Bundesregierung" als der andere Teil der Opposition. Diese beiden Pole der Opposition Gegner vs. Befürworter des Kernkraftwerks stehen sich konträr gegenüber, und ihr Konflikt wird durch übergeordnete Instanz entschieden, die sich als Sememgruppe "Verwaltungsgericht Freiburg" manifestiert. Weitere Sememgruppen dazu sind "unabhängige Verwaltungsrichter", "Prozeß" usw. Durch die untergeordnete Opposition "Land Baden-Württemberg" als formal-juristischer Ausdruck, der in diesem Zusammenhang die Gesamtheit aller baden-württembergischen Bürger impliziert, vs. einer zählbar kleinen Gruppe "sechs Gemeinden und zehn Bürger", wird

die Grundopposition weiter spezifiziert. Obwohl zu Beginn des Textes durch die Sememgruppe "vor Gericht einen Erfolg erzielt" denotiert wird, daß die Kernkraftwerk-Gegner einen Sieg errungen haben, wird dieser Eindruck im weiteren Verlauf des Textes relativiert: "Nicht zu eigen machte sich das Gericht Einwände klagender Bürger wegen der Gefahr einer Veränderung des Klimas oder wegen radioaktiver Risiken bei normalem Reaktorbetrieb". Im weiteren Verlauf des Textes kristallisiert sich heraus: Das Gericht entschied nicht für die Kernkraftwerk-Gegner, sondern es entschied gegen Versäumnisse von Regierungsstellen, die bei der Genehmigung ein Bersten des Reaktors als möglichen Unfall außer acht gelassen hätten. Durch diese Opposition, Versäumnisse der Regierung vs. Sicherheit der Bürgerschaft realisiert durch die Sememgruppe "möglicher Unfall von den Regierungsstellen ... außer acht gelassen" und "müßten der einzelne und die Gemeinden geschützt werden", wird konnotiert, daß, sobald diese Versäumnisse nachgeholt sind - also ein Berstschutz gebaut wird - die Einwände des Gerichts gegen das Kernkraftwerk hinfällig sind. Um Wyhl zu bauen, bedarf es also nur noch der entsprechenden administrativen Maßnahme. Zusammenfassend läßt sich also sagen: Die grundlegende Opposition der Isotopie 'Gegner vs. Befürworter des Kernkraftwerks Wyhl' wird durch die untergeordnete Opposition 'zählbare Gruppe vs. Land Baden-Württemberg' näher spezifiziert, was im weiteren Verlauf des Textes konnotiert, 'Partialinteresse vs. Allgemeininteresse,' wobei das Allgemeininteresse weiterhin durch die Sememgruppe Wyhl ist von den Kernkraftwerk-Befürwortern "als notwendig für die Energieversorgung des Landes vehement verteidigt worden", denotiert wird. Durch diese Spezifizierung der grundlegenden Opposition 'Gegner vs. Befürworter' durch 'zählbare Gruppe und Partialinteresse' auf der einen sowie 'alle Bürger und Allgemeininteressen' auf der anderen Seite, erhält die Ausprägung Gegner der Ausgangsopposition eine relativ negative Besetzung.

Zum Abschluß dieser methodologischen Erläuterungen sei noch darauf verwiesen, daß ein Sprachzeichen für verschiedene Benutzer auf einer aktualisierten Ebene unterschiedliche Bedeutungen erhalten kann. Das häufig benutzte Beispiel vom Eingeborenen in der Großstadt, der die Verkehrszeichen nicht versteht, vermag zu verdeutlichen, daß Zeichen nicht unterschiedslos als solche verstanden werden. Jedes Zeichen erfüllt seine kommunikative Funktion vielmehr für eine mehr oder weniger ausgedehnte Menge von Individuen. Diese Menge von Individuen, die nicht willkürlich zusammengestellt sind, sondern eher ein soziales Kollektiv darstellen, werden als ein sozialer Träger eines Zeichens und somit auch eines Sprachzeichens definiert (98). Zusätzliche unterschiedliche Bedeutungsausprägungen kann ein Zeichen durch den sozialen Kontext erfahren, in dem es steht.

> "Diese Art der kommunikativen Funktion steht in engem Zusammenhang mit bestimmten, gesetzmäßig wiederkehrenden Situationen im sozialen Leben. So sind in bestimmten Situationen die Gesten des Händedrucks, des Hutabnehmens und des Aufstehens als Zeichen der kommunikativen Funktion 'soziale Umgangsformen' zu verstehen." (99).

Die im Rahmen der vorliegenden Untersuchung durchgeführte semantische Textanalyse kann aufgrund des ausgewählten Analyseprogramms dieser aktualisierten Ebene der Nachrichtentexte, also der Wirkung von Texten in bestimmten Situationen auf bestimmte Hörer (bzw. von Bildern auf bestimmte Seher), nur begrenzt Beachtung schenken: mögliche (intendierte) Wirkungen auf bestimmte soziale Träger und bestimmte soziale Situationen werden

von Fall zu Fall angedeutet, können aber im strengeren methodologischen Sinn nicht empirisch belegt werden.

IV. DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE DER UNTERSUCHUNG

1. Die Ergebnisse der Basisanalyse

Im folgenden Kapitel sollen die wichtigsten Ergebnisse der Analyse der Fernsehnachrichten von ARD und ZDF in der Reihenfolge präsentiert werden, die mit dem Hypothesenkatalog vorgegeben wurden.

1.1 Politische Meldungen in den Fernsehnachrichten

Der von uns gewählten Operationalisierung für "Politik" entsprechend wurden diesem Sachgebiet alle "Beiträge" (1) zugeordnet, in denen Akteure (Handlungsträger) des politisch-administrativen Bereichs (2) entweder selbst aktiv in einer Hauptrolle ("dominant") oder aber ausdrücklich als Adressat der Aktivitäten Anderer in Erscheinung traten. Wie die folgende Tabelle zeigt, entfiel erwartungsgemäß der größte Anteil der Nachrichten auf das so definierte Sachgebiet Politik:

Tabelle 4:

Aufteilung der Fernsehnachrichten nach häufigstem Sachgebiet

dominantes Sachgebiet	Anteil in %
1. Politik	72,3
2. Wirtschaft	8,6
3. Katastrophen, Unglücksfälle	5,0
4. Sport	4,4
5. Kriminalität, Verbrechen (3)	2,0
6. Kunst und Kultur	1,9
7. Wissenschaft, Forschung, Technik	1,2
8. Vermischtes, Rest	4,6
Summe %	100,0
n =	4608

Im Vergleich mit den Ergebnissen der schon erwähnten Nachrichtenanalyse von Schatz-Bergfeld (Untersuchungszeitraum 1966/67) (4) zeigen sich bei den wichtigsten Kategorien relativ konstante Proportionen, die auch unter Berücksichtigung der etwas anderen Aufteilung und Abgrenzung dieser Kategorien aussagefähig erscheinen:

Tabelle 5:

Wichtigste Sachgebiete der Fernsehnachrichten im 10-Jahres-Vergleich (ohne Mehrfachnennungen) (5)

Sachgebiet	Anteil in % 1966/67		1977	
1. Politik	67,6)	79,7	72,3)	80,9
2. Wirtschaft	12,1)		8,6)	
3. Katastrophen, Unglücksfälle	5,9		5,0	
4. Sport	3,7		4,4	
5. restliche	10,7		9,7	
Summe %	100,0		100,0	
n =	5297		4608	

Bei einer Aufgliederung nach Sendungen zeigen sich erste Unterschiede zwischen ARD und ZDF, auf die später noch im Detail einzugehen ist: (6)

Tabelle 6:

Wichtigste Sachgebiete nach Sendung (ohne Mehrfachnennungen)

Sachgebiet	Anteil in % ZDF (I)	ARD (I)	ZDF (II)	ARD (II)
1. Politik	72,8	73,9	75,3	67,4
2. Wirtschaft	7,3	9,6	7,9	9,7
3. Katastrophen, Unglücksfälle	4,9	6,0	4,5	4,5
4. Sport	4,3	2,3	2,8	8,1
5. restliche	10,7	8,2	9,5	10,3
Summe %	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	1444	1157	929	1078

Aufschlußreich ist die weitere Untergliederung des Sachgebiets Politik: (7)

Tabelle 7:

Teilbereiche des Sachgebiets Politik

Teilbereich	Anteil in % 1966/67	1977
Innenpolitik BRD	38,7	49,2
Deutschlandpolitik	8,3	5,1
Internationale Politik	) 53,0	31,4
Innenpolitik anderer Länder	)	14,3
Summe %	100,0	100,0
n =	4026	3584

Wie man sieht, betrifft fast die Hälfte der Meldungen innenpolitische Ereignisse im weiteren Sinne, bei denen laut Definition nur Akteure aus dem politisch-administrativen Bereich der BRD in aktiven oder passiven Rollen auftreten; weitere 5 % entfallen auf Meldungen zur Deutschlandpolitik. (8) Die Kategorie "Internationale Politik" enthält Berichte über die Außen- und Sicherheitspolitik der BRD und die anderer Staaten. Zusammen mit den Beiträgen über innenpolitische Themen anderer Länder ergibt das 45 %. Bei der Fernsehnachrichtenanalyse von 1966/67 lag dieser Prozentsatz mit zusammen 53 % deutlich höher. (9) Ob dieser Unterschied auf eine jeweils unterschiedliche politische Situation oder auf einen Wandel in der Berichterstattung zurückzuführen ist, läßt sich angesichts der bekannten Probleme, die "objektive" Ereignislage zu ermitteln, schwer entscheiden.

Ein Blick auf die Einzelthemen/Themenbereiche, über die am häufigsten berichtet wurde, deutet eher auf die erstgenannte Möglichkeit:

Tabelle 8:

Die 10 häufigsten Einzelthemen 1977

Themen	Anteil in % ARD	ZDF	insges.
1. Abhöraffären	6,0	5,9	6,0
2. KKW-Bau	5,2	4,5	4,9
3. Buback-Mord	2,5	3,0	2,7
4. Polit. Terror	1,9	2,3	2,1
5. Nahost-Konflikt	2,0	1,8	1,9
6. Dissidenten	2,2	1,5	1,8
7. Zaire-Konflikt	1,9	1,7	1,8
8. Juso-Kongreß	1,3	1,5	1,4
9. Tarifkonflikt (ohne ÖTV)	1,5	1,2	1,3
10. Vance in Moskau	1,1	1,3	1,2
Summe %	25,6	24,7	25,1
n =	2233	2374	4608

Die Häufigkeitsverteilung zeigt nur geringe Unterschiede zwischen ARD und ZDF. Ob die etwas stärkere Berücksichtigung von Gewaltkriminalität (Thema 3. und 4.) gegenüber der von "Protest-Ereignissen" (Thema 2. und 6.) beim ZDF etwas zu bedeuten hat, bleibt zu prüfen. Im übrigen fällt auf, daß zusammen mit anderen, in der Tabelle nicht genannten Themenbereichen (z. B. Stammheimer Prozeß) im Untersuchungszeitraum Frühjahr 1977 durchschnittlich fast jede 7. Meldung mit Terrorismus in der Bundesrepublik oder dessen Bekämpfung zu tun hatte, während dies Thema 1966/67 überhaupt noch keine Rolle spielte. (10) Bezogen darauf könnte der in Tabelle 7 für 1977 gegenüber 1966/67 ausgewiesene höhere Anteil innenpolitischer Meldungen gut erklärt werden. Diese Annahme bedürfte jedoch einer weiteren Überprüfung; mit hoher Wahrscheinlichkeit haben Verschiebungen in der Themenstruktur komplexere Ursachen als die Ereignisdichte in einem einzelnen Themenbereich.

1.2 Die Handlungsträger in Fernsehnachrichten

1.2.1 Die Akteursstruktur im Überblick

Wie in Kapitel III erwähnt, wurden in der vorliegenden Inhaltsanalyse alle Beiträge, in denen Personen und Institutionen der Bundesrepublik genannt wurden, einer detaillierten Untersuchung unterzogen, wobei pro Beitrag bis zu 6 Akteuren (Personen oder Institutionen) ausgezählt und zudem vermerkt wurde, ob sie in einer aktiven und/oder passiven Rolle (z. B. als Adressat von Äußerungen oder Forderungen Anderer) auftraten und mit welchem Stellenwert (ausschließlich, dominant, gleichrangig oder

zweitrangig gegenüber Anderen) dies geschah. Die Auswertung des Materials ergab, daß durchschnittlich pro Beitrag 3 Akteure genannt wurden. (11) Faßt man die fast 400 Positionen des Handlungsträger-Katalogs auf 13 Großgruppen zusammen, so ergibt sich daraus folgende Verteilung der insgesamt 9269 Nennungen:

Tabelle 9:

Personen, Gruppen und Institutionen der BRD in den Fernsehnachrichten

Akteur (12)	Anteil der Nennungen in %		
	ARD	ZDF	insges.
1. Bundesregierung	18,4	17,5	17,9
2. Länder, Kommunen	6,4	7,6	7,0
3. SPD	6,6	8,5	7,6
4. CDU/CSU	8,1	10,4	9,3
5. FDP	3,4	4,3	3,9
6. sonstige polit. Inst., Parteien und Gruppen	9,1	8,9	9,0
7. Behörden	6,5	6,1	6,3
8. Judikative	4,3	4,4	4,3
9. Verbände	10,9	9,3	10,0
10. kult. Vereinigungen	3,1	3,7	3,4
11. Persönl. d. öff. Lebens	7,1	5,9	6,5
12. ges. (Quasi-)Gruppen	15,2	12,8	13,9
13. Sonstige	0,7	0,8	0,8
Summe %	99,8	100,2	99,9
n =	4346	4923	9269

Wie man sieht, rangiert die Bundesregierung in beiden Programmen mit Abstand an erster Stelle. Diese schon in der Fernsehnachrichtenanalyse von 1966/67 festgestellte starke Berücksichtigung der Bundesregierung ("gouvernementaler bias") (13) ist also trotz des Wechsels der Regierungskoalition erhalten geblieben. Daraus kann man wohl schließen, daß dieses Phänomen nicht so sehr von den parteipolitischen Präferenzen der jeweiligen Nachrichtenredakteure abhängt, als von der Tatsache, welche Partei die Regierung stellt.

Namhafte Anteile der Nennungen von Personen und Institutionen entfallen auch auf die politischen Parteien. Rechnet man (außer den schon bei "Bundesregierung" mitgezählten Ministern) SPD und FDP noch mit zum "Regierungslager", so ergibt sich ohne großen Unterschied zwischen ARD und ZDF für diese Sammelkategorie ein Anteil von fast 30 % der Nennungen. Auf die CDU/CSU als Oppositionspartei entfallen dagegen 9,3 %. Verglichen mit den Proportionen zur Zeit der Großen Koalition (etwa 7 : 1) ist dies eine relativ günstige Zahl, dennoch hat die amtierende Regierung rein quantitativ deutlich größere Publikationschancen.

Faßt man die ersten sieben Kategorien in Tabelle 9 (mit Ausnahme der 156 Nennungen extremistischer Parteien, Terroristen bzw. Bürgerinitiativen, die in der 7. Kategorie enthalten sind) zur Kategorie "politisch-administratives System" zusammen, so ergibt sich ein Anteil von 59,3 % aller Nennungen. Die restlichen etwa 40 % der Nennungen verteilen sich auf eine Vielzahl von Institutionen und Gruppen. Bei den unter 12. genannten gesellschaftlichen Quasi-Gruppen handelt es sich um Bevölkerungsgruppen wie Männer, Frauen, Jugendliche, Steuerzahler, Arbeitslose, Autofahrer usw., die - wie noch zu zeigen ist - meist als Adressaten oder Betroffene politisch-administrativer Maßnahmen in den Fernsehmeldungen genannt werden. Von den quantitativen Proportionen her kann damit die zweite Hypothese als bestätigt angesehen werden.

1.2.2 Publizitätshierarchie

Interessanter wird das Bild, wenn man die groben Zusammenfassungen von Tabelle 9 aufgliedert und als Bezugsbasis die Gesamtzahl der Beiträge nimmt. So ergibt sich beispielsweise folgende Häufigkeitsverteilung der führenden Politiker der im Bundestag vertretenen Parteien:

Tabelle 10:

Die meistgenannten politischen Akteure der Bundesrepublik

Akteur	Anteil der Nennungen in %		
	ARD	ZDF	insges.
Scheel	0,8	0,8	0,8
Schmidt	2,9	2,8	2,8
Maihofer	1,9	1,8	1,9
Genscher	1,3	1,6	1,5
Brandt	1,0	1,0	1,0
Kohl	1,3	1,7	1,5
Strauß	0,5	0,7	0,6
Summe n =	4346	4923	9269

Auch hier ist wieder deutlich ein "Amts-Bonus" festzustellen: der Regierungschef rangiert vor dem Vorsitzenden der SPD, der Vorsitzende der FDP, dank seines Amtes als Außenminister weit vor Strauß als Vorsitzendem einer keineswegs kleineren Partei. Daß Maihofer so häufig genannt wird, hat - wie ein Blick auf die Lister der häufigsten Themen in Tabelle 8 vermuten läßt - besondere Gründe. Sowohl bei der Abhöraffäre (Traube) als auch bei den Anti-Kernkraftwerksdemonstrationen und beim Buback-Mord, aber auch bei den Tarifverhandlungen mit der ÖTV war er der für die betreffende Angelegenheit zuständige Bundesminister.

Von den insgesamt 57 im Codeplan als Einzelperson aufgeführten Positionsinhabern (14) erreichten insgesamt nur weitere 28 mehr als 20 Nennungen, eine Zahl, die man bei einem Untersuchungszeitraum von rund 10

Wochen wohl als unterste Grenze öffentlichkeitswirksamer Berichterstattung ansetzen kann.

In der Tendenz stimmen diese Ergebnisse mit denen von Zeitungsanalysen überein. So konnte Keim aufgrund einer Auswertung von fast 80.000 Presseausschnitten aus 162 Printmedien im Zeitraum 1972 - 76 nachweisen, daß von den 518 Abgeordneten des 7. Deutschen Bundestages nur 88 (= 17,1 %) die "Schwelle der Öffentlichkeitswirksamkeit" überschritten. (15) Es scheint sich hier um ein in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen in Erscheinung tretender "Publizitätsprivileg" zu handeln, das kaum mehr als einem Tausendstel Promille der westdeutschen Bevölkerung und hier auch nur einem Teil der Inhaber von Führungspositionen zugute kommt. Dieses Privileg stabilisiert sich ständig: es wird über Prominente berichtet, wobei Prominenz zu einem guten Teil dadurch entsteht, daß über die betreffenden Persönlichkeiten schon bisher bevorzugt berichtet wurde. (16) Die festgestellte Tendenz kann als vorläufige Bestätigung der 3. Hypothese gelten. Eine weitere Überprüfung ist im Zusammenhang mit der Analyse der Präsentations-/Filmformen in den Fernsehnachrichten vorzunehmen. (17)

1.2.3 Aktivitätsgrad

Zur Überprüfung der Frage, wie die Fernsehnachrichten neben der Häufigkeit der Nennung zur Stärkung des legitimationsförderlichen Images von Leistungsfähigkeit und Sachkompetenz von Führungseliten beitragen können, stehen uns im Rahmen der "Basisanalyse" noch weitere Indikatoren zur Verfügung. An erster Stelle ist hier der Aktivitätsgrad der Personen und Institutionen zu nennen, über die berichtet wird. Wie die 4. Ausgangshypothese deutlich machte, gehen wir zunächst einmal davon aus, daß - ceteribus paribus - aktive Rollen sich positiver für die Kompetenzvermutung der Zuschauer bezüglich der in den Nachrichten auftretenden Akteure auswirken.

Wie im Methodenkapitel (III) näher beschrieben (18), unterscheiden wir folgende 10 Aktivitätsgrade:

1. aktiv - ausschließlich (kein anderer Akteur im Beitrag aktiv)
2. aktiv - dominant (nur nebensächliche andere Akteure)
3. aktiv - gleichrangig
4. aktiv - zweitrangig
5. passiv - ausschließlich
6. passiv - dominant
7. passiv - gleichrangig
8. passiv - zweitrangig

und schließlich bei Doppelrollen bzw. einer im Beitrag wechselnden Position (z. B. bei Diskussionen):

9. aktiv/passiv - gleichrangig
10. aktiv/passiv - zweitrangig

wegen der teilweise geringen Felderbesetzung wurden die Kategorien in der folgenden Tabelle auf vier zusammengefaßt. Für die auf 43 Positionen konzentrierte Akteursliste ergab sich daraus folgende Häufigkeitsverteilung:

Tabelle 11:

Aktivitätsgrad der Akteure in den Fernsehnachrichten

Akteur	Anteil der Nennungen in % Aktiv Ausschl./Dominant 1	Aktiv Gleich-/Zweitrangig 2	Wechselseitig Gleich-/Zweitrangig 3	Passiv 4	Quotient (Spalte (1+2):4)	Summe n	Summe %
1) B-Präsident	37,1	52,8	1,4	8,6	10,5	70	99,9
2) B-Kanzler	19,4	47,8	9,0	23,7	2,8	232	100,0
3) BM-Maihofer	13,0	36,9	19,1	30,8	1,6	146	100,0
4) BM-Genscher	24,6	64,6	4,6	6,1	14,5	130	100,0
5) Restl. BM	33,3	51,1	5,6	10,0	8,4	270	100,0
6) Restl. B-Reg.	10,0	49,6	16,3	24,1	2,5	994	100,0
7) B-Behörden	36,4	44,6	5,8	13,2	6,1	121	100,0
8) B-Tag	15,8	47,5	12,2	24,5	2,6	139	100,0
9) B-Rat	33,3	36,3	21,2	9,0	7,7	33	100,0
10) L-Regierungen	21,8	41,8	16,6	19,7	3,2	498	100,0
11) L-Parlamente	3,9	64,7	3,9	27,5	2,5	51	100,0
12) Kommunen	9,3	50,0	15,6	25,0	2,4	64	100,0
13) Parteien-Sammelbezeichnung	8,0	59,8	13,8	16,9	4,1	224	100,0
14) SPD-Brandt	37,0	33,7	16,8	12,3	5,7	89	100,0
15) SPD-Partei	16,3	38,7	15,7	29,1	1,9	343	100,0
16) SPD-Abgeordnete	17,2	50,6	14,2	17,9	3,8	168	100,0
17) CDU-Kohl	49,1	35,9	5,3	9,6	8,8	114	100,0
18) CDU-Partei	20,5	48,4	9,1	21,9	3,1	219	100,0
19) CDU-Abgeordnete	26,3	54,4	8,8	10,0	8,1	160	100,0
20) CSU-Strauß	48,9	25,5	12,8	12,8	5,8	47	100,0
21) CSU-Abgeordnete	14,0	66,0	4,0	16,0	5,0	50	100,0
22) CSU-Partei	30,0	50,0	10,0	10,0	8,0	10	100,0
23) FDP-Partei	17,9	52,1	9,7	20,3	3,5	217	100,0
24) FDP-Abgeordnete	20,9	67,4	7,8	3,9	22,8	129	100,0
25) NPD	0	50,0	0	50,0	1,0	2	100,0
26) DKP	0	42,9	0	57,1	0,8	7	100,0
27) K-Gruppen	1,2	30,5	30,5	37,8	0,8	82	100,0
28) Terroristen	9,2	7,9	27,7	55,0	0,3	238	100,0
29) Andere Parteien	0	66,6	0	33,3	2,0	6	100,0
30) Judikative	14,7	40,7	5,5	39,2	1,4	273	100,0
31) DGB-Vetter	37,5	50,0	0	12,5	7,0	24	100,0
32) Gewerkschaften	15,0	68,2	6,8	10,0	8,3	220	100,0
33) Standesorganisationen	16,8	40,1	16,8	26,3	2,2	137	100,0
34) Unternehmer/Arbeitgeber	15,8	35,6	17,5	30,8	1,7	481	100,0
35) Bürgerinitiativen	10,0	52,0	19,0	19,0	3,3	100	100,0
36) Div. Verbände	27,8	46,6	13,3	12,2	6,1	90	100,0
37) Religionsgem.	38,5	40,6	13,5	10,4	7,3	96	100,0
38) Kult.-Wiss. Vereinigungen	0	0	0	0	0	0	0
39) Medien	1,0	40,3	16,2	42,4	1,0	191	100,0
40) Persönlichkeiten	30,9	31,8	12,5	24,7	2,5	384	100,0
41) Sonst. Personen	11,2	53,6	23,1	32,1	1,4	134	100,0
42) Gesell. Gruppen	6,3	19,3	17,2	57,2	0,4	1186	100,0
43) Polizei	10,0	53,5	18,2	18,2	3,5	170	100,0
Durchschnitt aller Nennungen	16,8	41,7	14,3	28,3	2,0	8249	100,0

Die Tabelle ist in mehrfacher Hinsicht interessant. So bestätigt sich auf den ersten Blick die in Hypothese 4 formulierte Annahme, daß die Funktionseliten des politisch-administrativen Systems in den Fernsehnachrichten ganz überwiegend in aktiven Rollen in Erscheinung treten: der Aktiv-Passiv-Quotient, der hier als Maßstab dienen kann, weist nur bei den politischen Splitterparteien (Nr. 25 - 27), bei der Kategorie "Terroristen" (Nr. 28), den Massenmedien (Nr. 39) und den gesellschaftlichen Quasigruppen (Nr. 42) Werte von 1,0 und darunter auf, während dieser Quotient bei einzelnen Politikern, politischen Institutionen und Parteien beträchtlich über dem Durchschnitt liegt. Allerdings zeigen sich dabei markante Unterschiede. Den Spitzenwert von 22,8 erreichen die FDP-Abgeordneten, gefolgt von Genscher und dem Bundespräsidenten. Relativ hoch sind auch noch die Werte der übrigen Bundesminister mit Ausnahme von Maihofer sowie die von Kohl und anderen CDU-Abgeordneten, während der Bundeskanzler nur auf den Wert 2,8 kommt.

Wie erklären sich diese Unterschiede? Offenbar wirken hier mehrere Faktoren zusammen. So dürfte der hohe Quotient bei Scheel daraus resultieren, daß er als Bundespräsident überdurchschnittlich häufig in Repräsentationsrollen auftritt, also aktiv, ohne gleichzeitig in Interaktionen mit anderen Handlungsträgern zu treten oder zum Bezugspunkt ihrer Handlungen zu werden.

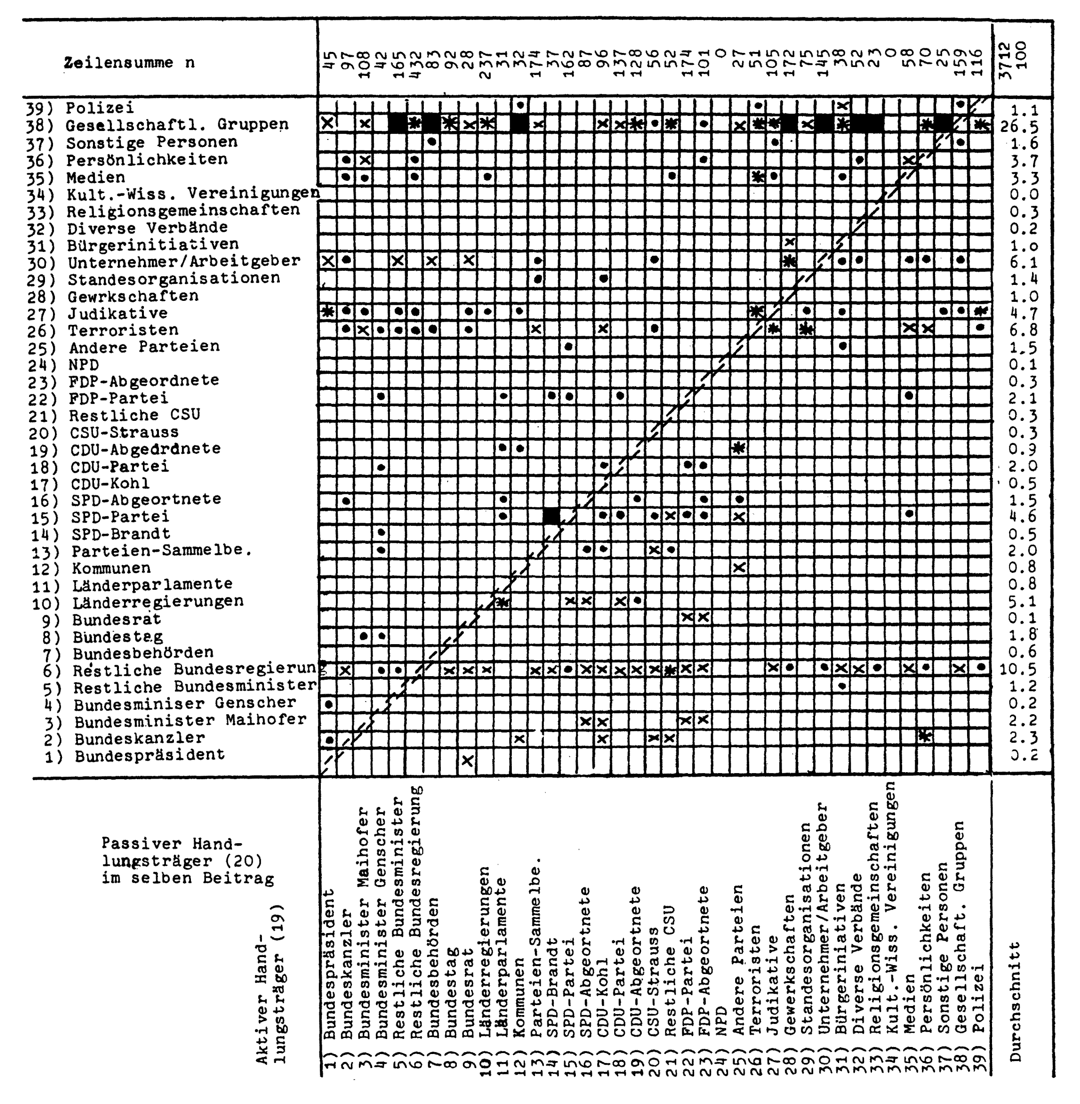
Bei den gesellschaftlichen Gruppen, Splitterparteien und Extremisten liegt der Fall genau umgekehrt: sie kommen selten zu Wort, sind aber häufig Zielscheibe für verbale Äußerungen oder administrative Maßnahmen der Funktionsträger des politisch-administrativen Systems. Ähnlich muß der relativ niedrige Quotient des Bundeskanzlers erklärt werden: der absoluten Zahl nach wird der Kanzler zwar öfter genannt als jeder andere Politiker, gleichzeitig ist er aber als Regierungschef offenbar öfter Zielpunkt von politischen Forderungen, Verhaltenserwartungen, Kritik und Angriffen als die Mehrzahl seiner Minister. Lediglich bei Maihofer ist diese Relation noch ungünstiger. Im Zusammenhang mit der Traube-Affäre stand er massiv im Mittelpunkt öffentlicher Kritik, die ja letztlich auch zu seinem Rücktritt führte.

Demgegenüber scheinen die Oppositionsparteien und ihre Abgeordneten generell in einer günstigeren Situation zu sein. Ihrer parlamentarischen Funktion gemäß treten sie in der Berichterstattung überdurchschnittlich häufig in aktiven Rollen auf (vgl. Spalte 1 und 2 der obigen Tabelle) - u. a. als Kritiker und Kommentatoren des Regierungshandelns. Offensichtlich können sie dadurch im Nachrichtenbild den Maßnahmeaktivismus der Hauptakteure aus dem Regierungslager teilweise wieder kompensieren. Bemerkenswert ist schließlich, daß der Aktiv-Passiv-Quotient bei den Gewerkschaften fast fünf mal so hoch liegt wie bei den Arbeitgeberverbänden.

Ein weiterer für die Publizitätswirkung der in den Fernsehnachrichten genannten oder auftretenden Akteure wichtiger Faktor ist die kommunikative Umgebung, in der sie jeweils handeln. Durch die Unterscheidung nach dem Aktivitätsgrad war es möglich, die in den einzelnen Nachrichtenbeiträgen enthaltene Interaktionsstruktur relativ genau quantitativ abzubilden, d. h. anzugeben, wer wie oft mit wem gleichzeitig in einem Beitrag genannt wurde. Hier zunächst ein Überblick, welche Akteure insgesamt in aktiven bzw. passiven Rollen zusammen auftraten:

Schaubild 1:

Interaktionsstrukturen in den Fernsehnachrichten



Legende

0 - 4.9

• 5 - 9.9

x 10 - 19.9

✱ 20 - 39.9

■ 40 und mehr

Das Schaubild weist einige bemerkenswerte Abweichungen von den durchschnittlichen Häufigkeiten der hier auf 39 Positionen zusammengefaßten Handlungsträger auf. Aus Tabelle 11 kennen wir bereits den Befund, daß gesellschaftliche Großgruppen (Nr. 38) in den Fernsehnachrichten ganz überwiegend in einer passiven Rolle in Erscheinung treten. Im obigen Schaubild wird zusätzlich deutlich, welche Akteure handelnd auf diese Gruppen Bezug nehmen: es sind überdurchschnittlich häufig die Bundesministerien und Bundesbehörden, die Kommunen, die Tarifparteien (Adressat sind hier wohl die Arbeitnehmer als Quasigruppe) und einige wenige Verbände und sonstige Organisationen.

Auffallend selten werden derartige Gruppen dagegen genannt, wenn der Bundeskanzler und sein Stellvertreter Genscher oder die Koalitionsparteien aktiv in den Nachrichten auftreten. Folgt man der Optik des Schaubilds, so richten Bundeskanzler und Vizekanzler ihre Aktivitäten mit schöner Gleichmäßigkeit an alle Institutionen und Gruppen, weder die übrigen Minister, noch ihre Partei oder gar die Opposition ragen aus diesem nivellierten Interaktionsmuster heraus.

Anders sieht es dagegen beim SPD-Vorsitzenden Brandt aus, der seine Aktivitäten im Untersuchungszeitraum hauptsächlich auf die eigene Partei verwenden mußte: hier ging es, wie an anderer Stelle erwähnt, insbesondere um die Jungsozialisten (Juso-Kongreß, Benneter-Affäre). Kohl konnte seine Aufmerksamkeit dagegen überdurchschnittlich stark dem Kanzler und den Bundesministerien widmen, aber auch dem Innenminister und den diesen beschäftigenden Terroristen. Bei Strauß fällt die Konzentration auf den Bundeskanzler und die Kategorie "Parteien-Sammelbezeichnung" auf: das Thema "vierte Partei" war im Untersuchungszeitraum noch virulent.

Die Tarifparteien schließlich weisen ein asymmetrisches Interaktionsmuster auf, das zum Teil die Unterschiede im Aktivitätsgrad (vgl. Tabelle 11) verständlich macht. Wie man sieht, richten beide Seiten ungefähr gleiche Anteile ihrer Aktivitäten auf die gesellschaftlichen Gruppen, hier: die Arbeitnehmer, dagegen wenden sich die Gewerkschaften sehr viel häufiger an die Arbeitgeber als umgekehrt. Bei letzteren scheinen öffentliche Statements ohne konkreten Adressaten stärker ins Gewicht zu fallen.

Zusammenfassend läßt sich somit zur Intensität und Richtung der Aktivitäten der erfaßten Handlungsträger sagen, daß in den Fernsehnachrichten zwar allgemein der in Hypothese 4 angenommene Aktivismus vorherrscht, auf der anderen Seite erscheint das politisch-administrative System aber nicht als monolithischer Block, der ständig fertige Entscheidungen absondert, vielmehr spielt sich ein nicht unbeträchtlicher Teil der Interaktionsprozesse zwischen einzelnen Institutionen und Funktionsträgern dieses Bereiches ab. So muß eher von einer oligarchischen als von einer monokratischen Interaktionsstruktur gesprochen werden.

1.2.4 Zur Dominanz einzelner Institutionen und Gruppen im politischen Prozeß

Zur Überprüfung der in Hypothese 5 formulierten Annahme über die in den Fernsehnachrichten aufscheinende Struktur der "Inputseite" des politischen Prozesses bietet die quantitative Inhaltsanalyse einige, allerdings recht globale Möglichkeiten. Operationalisiert man z. B. die Input-Seite dadurch,

daß man nur Handlungsträger auswählt, die nicht dem politisch-administrativen System zuzurechnen sind, gleichwohl aber ein Thema aus dem Sachgebiet Politik ansprechen und in aktiven Rollen auftreten und stellt diesen als Adressat Akteure aus dem politisch-administrativen System in passiver Rolle gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild:

(Vgl. Tabelle 12 auf der folgenden Seite)

Tabelle 12: Struktur der Inputseite

aktive Handlungsträger außerhalb des pol.-ad. Systems	%-Anteile von Akteuren des paS soweit Adressaten: B-Reg. u. B-Behörden	B-Tag B-Rat	Länder, Kommunen	Koal.-parteien	Opposition	Rest (nicht paS)	Summe %	n
DKP, K-Gruppen	17,6	-	-	11,8	5,9	64,7	100,0	17
Terroristen	3,9	-	3,9	-	-	92,2	100,0	51
Gewerkschaften	11,0	-	-	1,7	-	87,3	100,0	172
Standesorganisationen	10,7	4,0	4,0	4,0	2,6	74,7	100,0	75
Arbeitgeber	9,7	-	2,1	0,7	-	88,5	100,0	145
Bürgerinitiativen	21,0	-	5,2	2,6	2,6	68,6	100,0	38
Div. Verbände	13,5	1,9	3,8	3,8	-	77,0	100,0	52
Religionsgemeinschaft	13,0	-	-	-	-	87,0	100,0	23
Massenmedien	17,2	1,7	3,4	15,5	1,7	60,5	100,0	58
Persönlichkeiten d.öff.Leb.	24,3	-	2,9	2,9	4,3	65,6	100,0	70
Sonst. Personen	-	-	4,0	-	-	96,0	100,0	25
Sonst. gesellsch. Gruppen	15,1	-	8,1	1,8	0,6	74,4	100,0	159
Gesamt-Durchschnitt	17,0	2,8	6,7	9,6	4,0	60,5	100,0	

n = 3712

Betrachtet man zunächst die Summenspalte, so sieht man, daß insgesamt auffallend wenige der 3712 Nachrichtenbeiträge mit identifizierbarer Interaktionsstruktur einschlägig sind für die hier aufgeworfene Frage: bei weniger als 5 % ist das politisch-administrative System alleiniger Adressat von Handlungen der Akteure außerhalb des politisch-administrativen Systems. Unter den letzteren werden indes Unternehmer und Gewerkschaften wie erwartet besonders häufig genannt. Lediglich die sonstigen gesellschaftlichen Gruppen (darunter besonders häufig Beschäftigte einzelner Branchen, Ärzte, Demonstranten) erreichen ähnliche Häufigkeitswerte. Berücksichtigt man jedoch wiederum die in der 6. Spalte (Rest) ausgewiesenen Streuverluste, so liegen Arbeitgeber und Gewerkschaften keineswegs mehr so deutlich an der Spitze.

Von den übrigen pluralistischen Gruppen erreichen die Standesorganisationen (Ärzte, Anwälte usw.), die Medien und die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ähnlich hohe Werte, die "sonstigen gesellschaftlichen Gruppen" liegen sogar deutlich darüber. Insofern bestätigt dieses Ergebnis Hypothese 5 nicht. Berücksichtigt man dazuhin, daß im Untersuchungszeitraum intensive Tarifauseinandersetzungen stattfanden, so muß man annehmen, daß die Tarifparteien im Jahresdurchschnitt noch weniger häufig in Erscheinung treten.

Über dieses Ergebnis hinaus ist in Tabelle 12 die Relation zwischen den ersten 5 Spalten bemerkenswert. Die Exekutive von Bund und Ländern (1. und 3. Spalte) sowie SPD und FPD als Koalitionsparteien auf Bundesebene (4. Spalte) rangieren in den Fernsehnachrichten deutlich vor der CDU/CSU-Opposition sowie den Institutionen Bundestag und Bundesrat als Adressaten von Äußerungen, Forderungen und Maßnahmen der genannten Interessengruppen. Bundesregierung und -behörden sind überdurchschnittlich häufig Adressat der Aktivitäten von Bürgerinitiativen sowie von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (darunter besonders häufig Wissenschaftler (hier eingeschlossen: Traube)), während die Koalitionsparteien vor allem von den Massenmedien (darunter insbesondere Tageszeitungen), aber auch von den K-Gruppen angesprochen bzw. attackiert werden.

Die in Hypothese 6 formulierte Vermutung, wonach sich die Fernsehnachrichten gleichermaßen intensiv mit den Aktivitäten auf der Vollzugsseite des politisch-administrativen Entscheidungsprozesses befassen, läßt sich näherungsweise überprüfen, indem man aus dem Handlungsträgerkatalog solche Institutionen auswählt, die von ihrer Position im politisch-administrativen System her am ehesten der Outputseite zuzurechnen sind, und diese in Beziehung setzt zu Personen und Gruppen außerhalb des politisch-administrativen Systems, die in der Rolle von Adressaten/Betroffenen der eben genannten Instanzen auftreten. Diese Auswertung führt zu folgenden Zahlenwerten:

(Vgl. Tabelle 13 auf der folgenden Seite)

Wie die Rest-Spalte zeigt, richten die genannten Vollzugsinstanzen mit Ausnahme der Bundesbehöreden ihre Aktivitäten in beträchtlichem Umfange auf das übrige politisch-administrative System. Um welche Art von Aktivitäten es sich dabei im einzelnen handelt, sei hier dahingestellt, wichtig ist der Befund, daß einwandfrei als Vollzugsmaßnahmen zu identifizierende Handlungen (Summe der Spalten 1 - 12 bezogen auf die absoluten Zahlen in der Summenspalte) insgesamt kaum in Erscheinung treten: kaum mehr als 5 % der 3712 Beiträge, bei denen aktive und passive Rollen ermittelt

Tabelle 13: Struktur der Outputseite

Polit.-adm. Vollzugsinstanzen, soweit aktiv	Nicht-politisch-administrative Handlungsträger, soweit passiv (in %) K-Gruppen	Terroristen	Gewerkschaft.	Stand. org.	Arb.-geber	Bürg. Init.	div. Verb.	Rel. Gem.	Medien	Pers. ö.Leb.	Sonst. Einz.-Pers.	ges. Gruppen	Rest (paS)	Summe %	n
Bundesbehörden, -anstalten	-	4,8	1,2	-	10,8	-	-	-	1,2	-	7,2	61,4	13,4	100,0	83
Länderreg. u. - verwaltungen	3,0	4,6	0,4	2,5	2,1	1,3	-	-	5,1	-	2,5	32,9	45,6	100,0	237
Kommunen	-	-	-	-	3,1	-	-	-	3,1	3,1	3,1	43,8	43,8	100,0	32
Polizei	1,7	6,9	-	2,6	3,4	0,9	-	-	2,6	0,9	2,6	37,9	40,5	100,0	116
Gesamt-Durchschnitt	1,3	6,8	1,0	1,4	6,1	1,0	0,2	0,3	3,3	3,7	1,6	26,5	46,8	100,0	

n = 3712

werden konnten, beziehen sich auf solche Vollzugsmaßnahmen.

Dieser Befund widerspricht deutlich der in Hypothese 6 formulierten Annahme. Im Ergebnis bedeutet diese Unterbelichtung der Vollzugsseite, zumal auch die Inputseite, wie in Tabelle 12 gezeigt, kaum stärker Berücksichtigung findet, daß der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ganz überwiegend durch sein Kernstück, die Problembearbeitung im engsten Rahmen von Regierung, Koalitionsparteien und Ministerialverwaltung repräsentiert wird. Die bereits in den Abschnitten 1.2.1 und 1.2.2 vorgestellten Ergebnisse erfahren dadurch eine weitere Bestätigung.

1.3 Ereignissteuerung

Zur Untersuchung des Anlasses der einzelnen Nachrichtenbeiträge wurde, wie im Kapitel III dargelegt, die Kategorie "Handlungsrahmen" mit 24 Unterkategorien verwendet. Diese lassen sich nach dem Grad der Herstellbarkeit, d. h. der inhaltlichen und zeitlichen Steuerbarkeit des betreffenden Ereignisses durch die Akteure des politisch-administrativen Systems grob in drei Gruppen zusammenfassen:

1. voll oder überwiegend steuerbar: Staatsbesuche; Wahlkampf-/Parteienveranstaltungen; Sitzungen von Bundeskabinett, Bundestag, Bundesrat, Landtagen, Fraktionen;
2. teil-/fallweise steuerbar: Pressekonferenzen, Tagungen, Verhandlungen, kriegerische Auseinandersetzungen, Feiern, Ehrungen, Jubiläen;
3. spontan/nicht steuerbar: Demonstrationen, Ausstellungen, Tarifverhandlungen/Streik, Verbrechen, Prozesse, Wetter-, Reiseberichte.

Zählt man die untersuchten Fernsehnachrichten nach diesen Kategorien aus, so ergibt sich folgende Häufigkeitsverteilung:

Tabelle 14:

Anlaß der Berichterstattung

Steuerbarkeit durch paS	Anteile in % ARD	ZDF	Summe
voll steuerbar	21,1	23,6	22,4
teil-/fallweise	29,5	30,9	30,2
nicht steuerbar	18,9	19,1	19,0
nicht bestimmbar	30,1	26,4	28,3
Summe %	100,0	100,0	100,0
n =	2184	2302	4486

Das Ergebnis ist einigermaßen erstaunlich, nach den Befunden zur Akteursstruktur aber kaum noch überraschend: mehr als die Hälfte aller Ereignisse, über die die Fernsehnachrichten berichten, sind nach unserer Definiton

"künstliche" Ereignisse - vom politisch-administrativen System voll oder zumindest teilweise bezüglich ihrer Inhalte, ihres Zeitpunkts und ihres Verlaufs gesteuert und mehr oder weniger publikumswirksam in Szene gesetzt. Die geringen Unterschiede zwischen ARD und ZDF deuten an, daß die politisch-administrative "Ereignissteuerung" voll auf die Nachrichtensendungen durchschlägt. Die 7. Hypothese erscheint somit vorläufig bestätigt.

Schlüsselt man die Ereignisse nach dem Grad der Regierungsbeteiligung auf, so wird der Zusammenhang noch deutlicher:

Tabelle 15:

Zusammenhang zwischen Handlungsrahmen und Regierungsbeteiligung

Steuerbarkeit durch paS	Grad der Regierungsbeteiligung, Anteil in %: dominant	mit-beteiligt	nicht beteiligt	ins-gesamt
voll steuerbar	46,4	21,3	8,2	22,6
teil-/fallweise	35,8	33,7	23,5	30,2
nicht steuerbar	1,5	16,5	32,8	19,1
nicht bestimmbar	16,2	28,4	35,4	28,1
Summe %	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	1122	1532	1735	4389

Wie man sieht, ist der Anteil der gesteuerten Ereignisse um so höher, je stärker die Regierungsbeteiligung ist. Ereignisse, an denen eine (= Innenpolitik) oder mehrere (= internationale Politik) Regierungen dominant beteiligt sind (21), fallen zu über 80 % in die Kategorien "voll" oder "teilweise steuerbar". Regierungen treten also in 8 von 10 Fällen in einem Handlungsrahmen auf, den sie mehr oder weniger selber gestalten können. Staatsbesuche, Sitzungen, Verhandlungen, Pressekonferenzen und Kundgebungen bestimmen damit weitgehend das Bild des politischen Geschehens und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dies den in der deutschen Bevölkerung ohnehin weit verbreiteten Eindruck verstärkt, daß Staat und Gesellschaft zwei getrennte Sphären sind, daß Politik "hohe" Politik ist, etwas, das fern vom eigenen Alltag abläuft und nicht eigene Angelegenheit ist, sondern die der dazu berufenen Führungseliten. (22)

In der 8. Hypothese hatten wir angenommen, daß auch in bezug auf die nicht vom politisch-administrativen System steuerbaren, die "spontanen" Ereignisse immer wieder mit Erfolg Gelegenheiten gesucht werden, Funktionsträger des politisch-administrativen Systems in Aktion und damit in der publikumswirksamen Rolle des erfolgreichen Krisenmanagers zu zeigen. Die Zahlenwerte in der folgenden Tabelle deuten an, daß diese Vermutung nicht ganz unrichtig ist:

Tabelle 16:

Regierungsbeteiligung in der Berichterstattung über Themen mit geringer Steuerbarkeit

Themenbereich (Auswahl)	Regierungsbeteiligung, Anteil in % dominant	mit-beteiligt	nicht beteiligt	Summe %	n
1a polit. Terrorismus BRD	10,8	53,8	35,5	100,0	93
1b polit. Terrorismus, international	0,0	32,6	67,4	100,0	43
2 Zurückweisung von BRD-Bürgern an DDR-Grenze	8,1	59,5	32,4	100,0	37
3 Dissidenten-Proteste/ -prozesse	25,3	67,1	7,6	100,0	79
4 Unglücksfälle					
a) Erdbeben Rumänien	3,8	40,4	55,8	100,0	52
b) Flugzeugabsturz Teneriffa	0,0	6,5	93,5	100,0	31

Bei der Berichterstattung über den politischen Terrorismus in der BRD (1a) wird die (Bundes-)Regierung bei fast 2/3 aller Fälle im selben Beitrag genannt, beim internationalen Terrorismus (1b) werden (zuständige/betroffene) Regierungen dagegen nur halb so oft erwähnt. Tendenziell wird also die mit der räumlichen Nähe solcher Aktionen wachsende Bedrohlichkeit für den Fernsehzuschauer durch die höhere Präsenz von Regierungsstellen in den betreffenden Meldungen kompensiert. Zusätzliche Feinauswertungen müßten noch folgen, um belegen zu können, daß dieser ganz auf der Linie des in Hypothese 8 formulierten Zusammenhangs liegende Befund wirklich so interpretiert werden kann.

Auffallend und einer weiteren Untersuchung wert sind auch die Unterschiede der Regierungsbeteiligung bei Berichten über Katastrophen im Ostblock (4a) bzw. im Westen (4b) sowie die zwischenstaatlichen (Nr. 2) bzw. innenpolitischen (Nr. 3) Regelverletzungen. Aufgrund der Tabellenwerte könnte man beispielsweise vermuten, daß Regierungen um so eher in der Berichterstattung über "spontane" Ereignisse auftrauchen, je intensiver/anhaltender die Berichterstattung ist, d. h. je stärker ein Ereignis durch die Berichterstattung zum Gegenstand öffentlichen Interesses geworden ist. Die uns hier interessierende Frage aus dem II. Kapitel, ob es eine Tendenz zur Verlagerung des Schwerpunkts der Berichterstattung von den "Rohproblemen" hin zur Problembearbeitung und damit zu einer für die Selbstdarstellung der (politisch-administrativen) Führungseliten ergiebigere Phase des Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses gibt, scheint jedenfalls ihre Berechtigung zu haben. Das wird auch deutlich, wenn wir aus dem Katalog der erfaßten Themen solche auswählen, von denen man erwarten kann, daß sie weite Kreise der Bevölkerung wegen eigener Betroffenheit besonders interessieren:

Tabelle 17:

Handlungsrahmen bei "massenrelevanten" Themen

Handlungsrahmen	%-Anteile bei den Einzelthemen: Kosten-dämpfung		Energie-politik		Tarifver-handlungen	
Massenaktivitäten:						
Demonstrationen, Streiks	12,7		6,8		82,3	
Aktivitäten von Führungseliten:						
Tagungen	18,2)		20,5)		3,2)	
Pressekonferenzen	16,4)		18;2)		8,1)	
Sitzungen B-Kabinett	7,3)	47,4	15,9)	59,1	1,6)	12,9
Sitzungen B-Tag	0,0)		4,5)		0,0)	
Sitzungen B-Rat	5,5)		0,0)		0,0)	
restliche	7,2		16,0		0,0	
nicht bestimmbar	32,7		18,2		4,8	
Summe %	100,0		100,1		100,0	
n =	55		44		62	

Die Tabelle verdeutlicht exemplarisch, daß auch bei massenrelevanten Themen meistens die Aktivitäten auf Funktionärsebene vorherrschen, wo - wie gezeigt werden konnte - die inszenierten Handlungsrahmen vorherrschen. Mit Ausnahme der Berichte über Tarifauseinandersetzungen werden den Zuschauern offenbar nur selten Anschauungen über eine mögliche Partizipation der Basis an der Willensbildung und Entscheidungsfindung über die betreffenden Probleme geboten. Das dürfte - ceteris paribus - passiv-unpolitische Einstellungen mit einer entsprechenden Erwartungshaltung gegenüber den Führungseliten begünstigen.

Ergänzend zu den bisher behandelten Formen des "Ereignismanagement" soll noch der in Hypothese 9 formulierten Vermutung nachgegangen werden, daß die Fernsehnachrichten einen Trend zur Personalisierung abstrakter Gegebenheiten und Prozesse aufweisen. Für diese Untersuchungsfrage stand die Variable "Personalisierung" zur Verfügung, die - wie in Kapitel III dargestellt - 6 Unterkategorien aufwies. Für diese Variable ergab sich folgende Häufigkeitsverteilung:

Tabelle 18:

Grad der Personalisierung von Fernsehnachrichten

Personalisierungsgrad	Grad der Personalisierung in den meistgenannten Sachgebieten, Anteile in %					
	Politik	Wirtschaft	Unglücksfälle	Sport	Vermischtes	Durchschnitt
keine Pers. oder Institut. genannt	0,2	0,8	1,4	0,5	8,5	0,8
nur Personengruppen oder Institution	20,1	64,6	68,2	38,4	59,9	29,6
Einzelpers., Gruppen u./oder Institutionen	65,6	31,3	23,6	42,6	22,2	56,7
mehrere Einzelpersonen	7,0	0,5	1,8	13,2	4,2	6,3
eine Person allein oder dominant	7,1	2,8	5,0	5,2	5,2	6,6
Summe %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	3194	384	220	190	212	

Die Tabelle zeigt, daß unsere Annahme weitgehend zutrifft: die von uns untersuchten Fernsehnachrichten bringen so gut wie nie "unpersönliche" Meldungen, also solche, in denen weder Einzelpersonen, noch Gruppen oder Institutionen auftreten. Bei den nächsthöheren Personalisierungsgraden lassen sich jedoch bereits deutliche Unterschiede erkennen. Während die Sachgebiete Wirtschaft, Unglücksfälle und Vermischtes bereits bei der 2. Stufe der Personalisierung ihre größte Häufigkeit aufweisen, liegt diese bei den übrigen Sachgebieten eine Stufe höher und erreicht beim Sachgebiet Politik den höchsten Personalisierungsgrad.

Wie erwähnt, war es im Rahmen der vorliegenden Untersuchung durch die Auswahl des Untersuchungszeitraums möglich, die Verlaufsmuster der Berichterstattung über einzelne Themen nachzuzeichnen. Uns interessierte in diesem Zusammenhang hauptsächlich die Frage, ob es zwischen dem Verlauf der Berichterstattung über Ereignisse, die wir als vom politisch-administrativen System "steuerbar" klassifizieren können, und nicht steuerbaren Ereignissen erkennbare Unterschiede gibt.

Beschränkt man diese Untersuchungsfrage auf diejenigen Einzelthemen, auf die eine aussagefähige Zahl von Beiträgen entfällt (mindestens 1 %), so kommen 16 Themen infrage. Von diesen können bei etwas großzügiger Klassifizierung drei als inhaltlich und zeitlich durch Akteure des politisch-administrativen Bereichs steuerbar eingestuft werden:

- der CDU-Parteitag 1977
- der Juso-Kongreß 1977 und
- der Besuch der US-Außenministers Vance in Moskau und anschließend in Bonn.

Dagegen standen folgende drei Einzelthemen im Untersuchungszeitraum deutlich näher am anderen Ende der gedachten Skala möglicher Ereignissteuerung:

- die Auseinandersetzungen um den Kernkraftwerksbau
- die Abhöraffären (Traube, Stammheim) und
- das Problem der Kostendämpfung im Gesundheitswesen.

Am Beispiel der Hauptausgabe der Tagesschau lassen sich die jeweiligen Verlaufsmuster der Berichterstattung veranschaulichen:

(Vgl. dazu die Schaubilder auf den folgenden Seiten)

Das Bild, das die Berichterstattung über die beiden Gruppen von Ereignissen bietet, zeigt zwar einige Unterschiedlichkeiten, ist aber keineswegs so eindeutig, wie es bei voller Dominanz des politisch-administrativen Systems über das Massenkommunikationssystem zu erwarten gewesen wäre. Über die "steuerbaren" Ereignisse wird zwar wie vermutet während der gesamten Ereignisdauer berichtet, doch zeigt die Berichterstattung eine unterschiedliche Intensität und Dichte. Beiträge über den Vance-Besuch in Moskau wurden erst zum "Aufmacher", als Vance in Bonn über das Ergebnis seiner Gespräche berichtete (31.03.1977), die Berichterstattung über die Juso-Aktivitäten erreichte diese Intensitätsstufe erst, als Benneter aus der SPD ausgeschlossen wurde (17.04.1977). Der CDU-Parteitag war dagegen gleichmäßig mit Beiträgen abgedeckt, wenn auch mit einem deutlichen Einbruch am zweiten Tage.

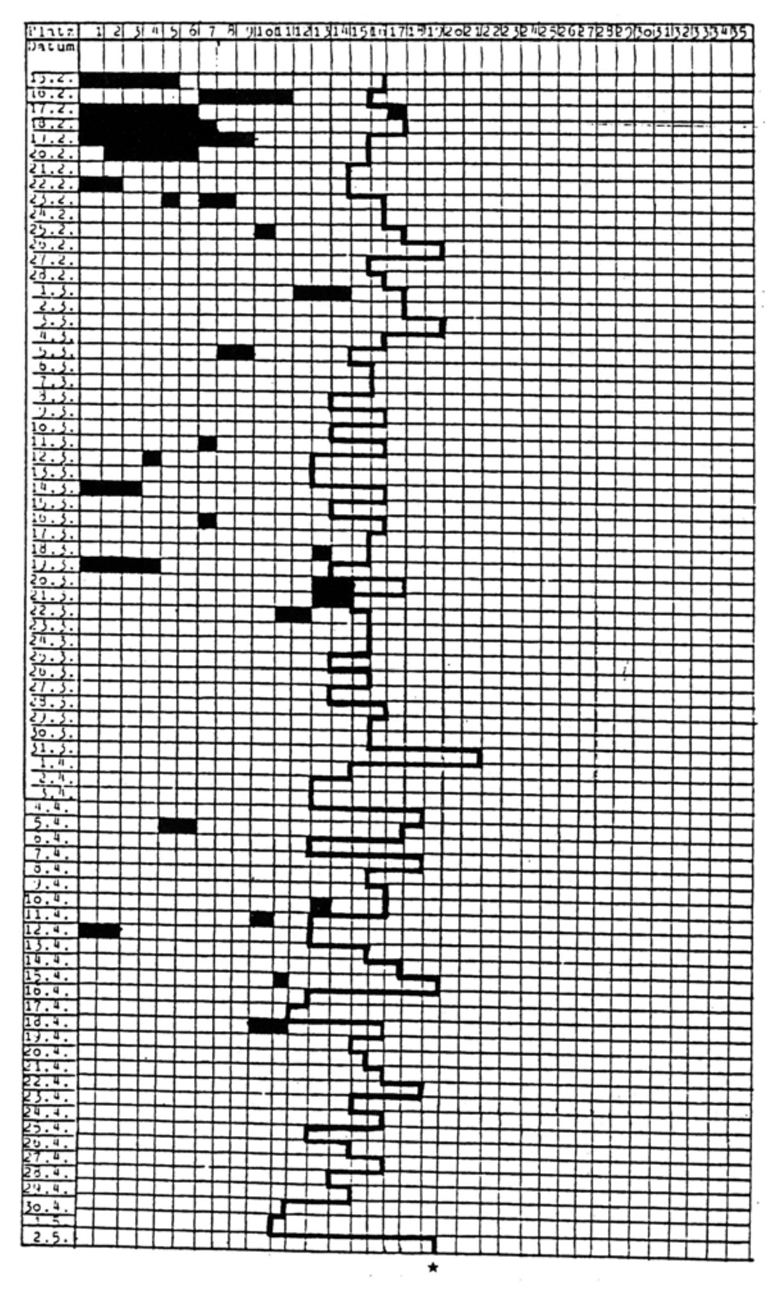
Bei der Gruppe der weniger steuerbaren Ereignisse hätte man aufgrund unserer Ausgangshypothese erwarten können, daß sie in den Fernsehnachrichten eher beiläufig und nur für kurze Dauer Beachtung gefunden hätten. Das trifft aber allenfalls für das Thema "Kostendämpfung" zu. Dagegen übertrafen das Thema "KKW-Bau" und die Abhöraffären Traube (vor allem 27.02. - 01.03.1977) bzw. Stammheim (17./18.03.1977), also Themen, bei denen führende Rollenträger des politisch-administrativen Systems in ungünstigem Lichte, zumindest in defensiver Position, in Erscheinung traten, mühelos die Themen der anderen Gruppe, was Plazierung, Dichte und Intensität der Berichterstattung angeht. Vermutlich waren vor allem bei den Abhöraffären Art und Schwere der Verstöße politisch-administrativer Funktionsträger gegen bestehende politisch-kulturelle Normen der Grund für die hervorgehobene Behandlung dieser Themen in den Nachrichten. Auf jeden Fall erfolgte hier eine Nachrichtenauswahl nach spezifisch journalistischen Kriterien, für die in unserem Hegemonialmodell an sich kein Platz ist.

1.4. Ort der Handlung

Zur Ermittlung des räumlichen Bezugs von Fernsehnachrichten ist im Codeplan die Variable "Handlungsort" vorgesehen, mit der auch Doppelnennungen festgehalten werden konnten. Diese traten jedoch nur in rund 400 der 4674 Fälle auf und wiesen keine Besonderheiten in der Verteilung auf, so daß die

Schaubild 2:

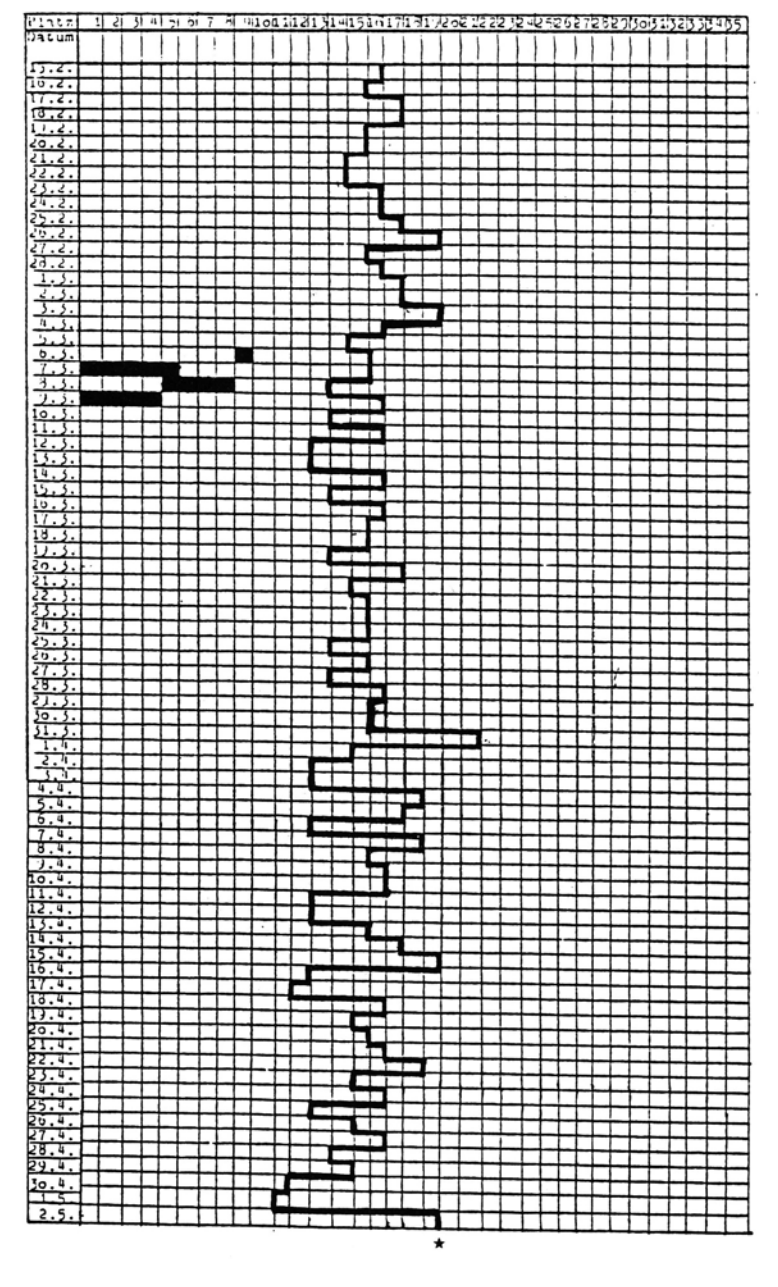
Karriere des Themas 'KKW-Auseinandersetzung' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

<u>Schaubild 3:</u>

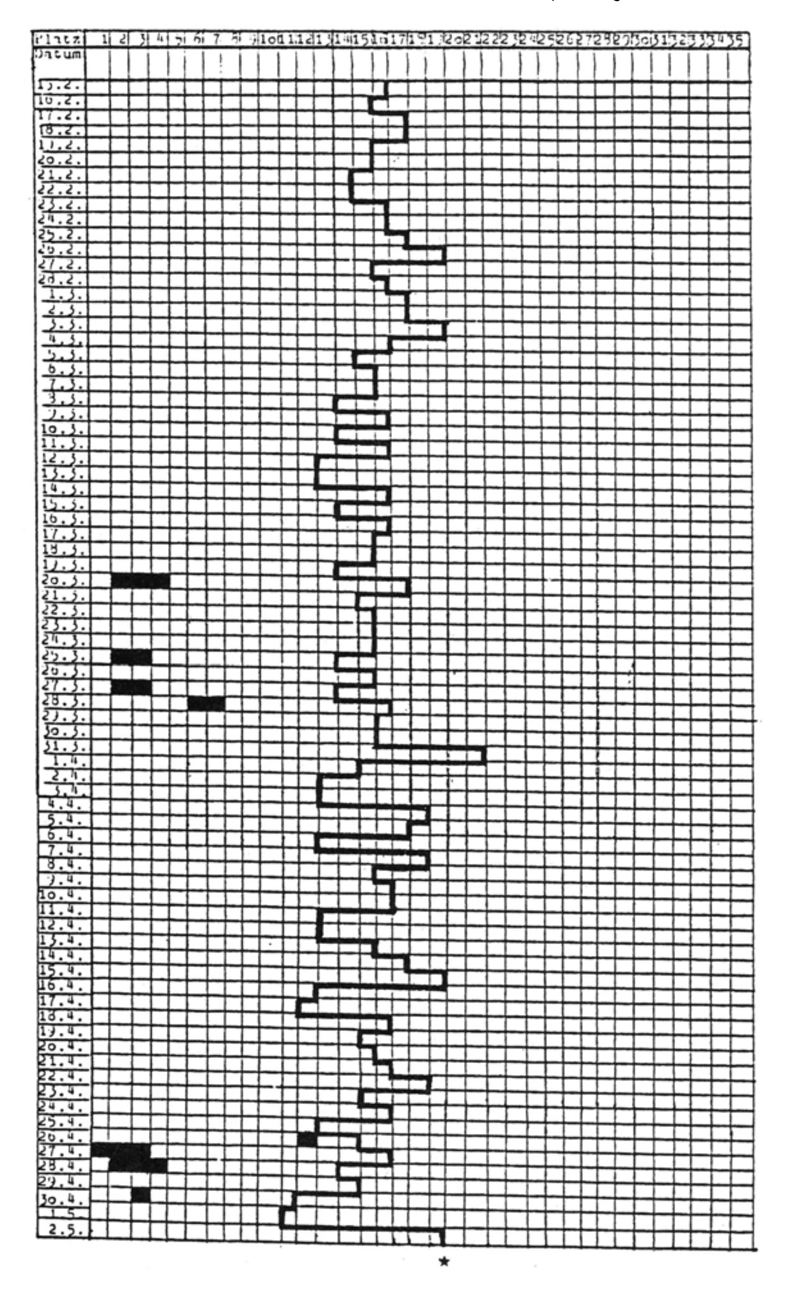
Karriere des Themas 'CDU-Parteitag' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Schaubild 4:

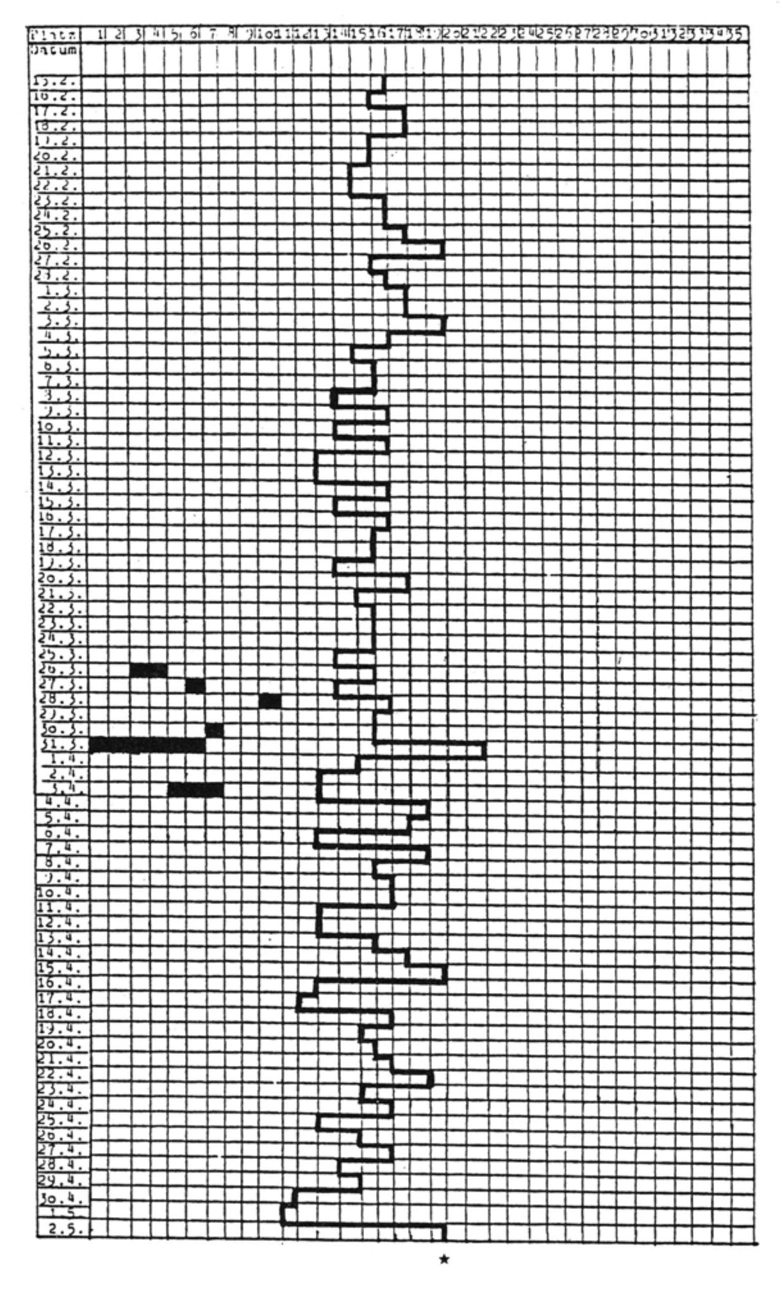
Karriere des Themas 'Juso-Kongreß' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Schaubild 5:

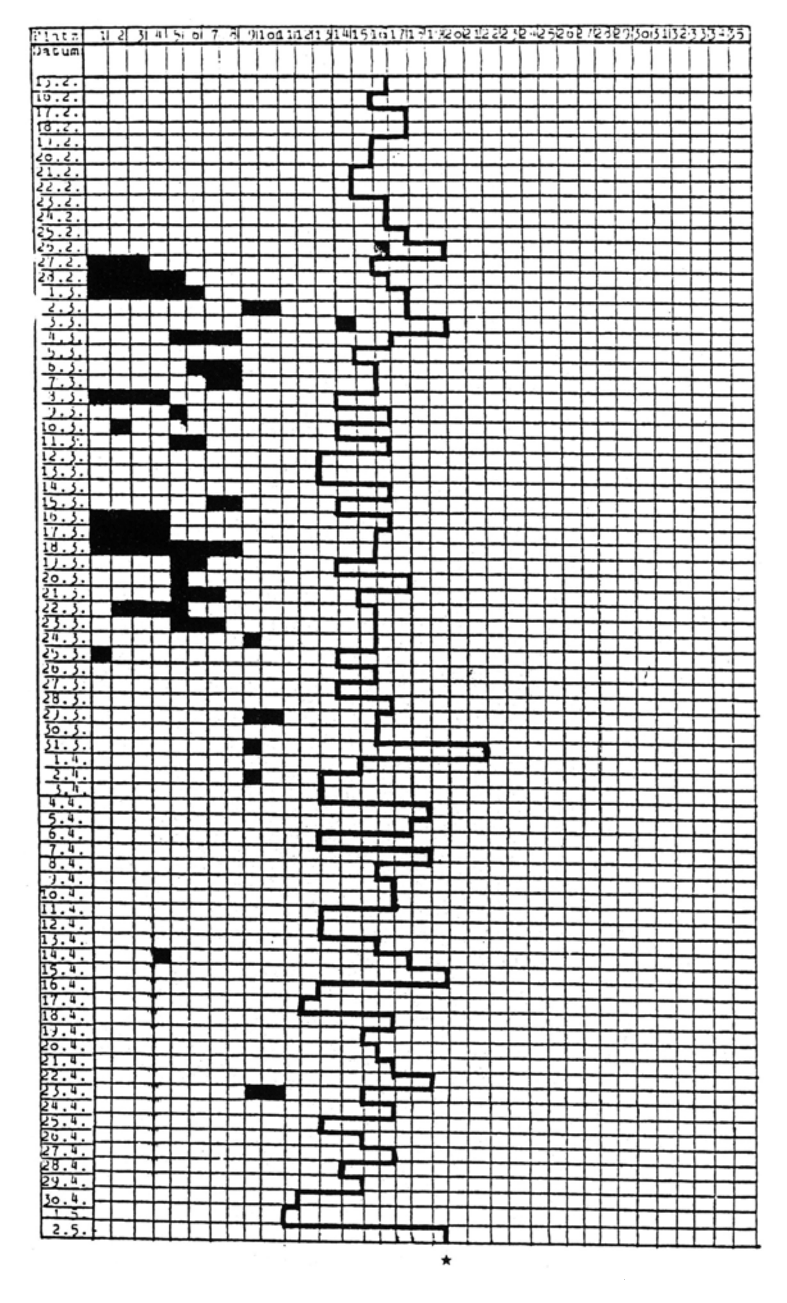
Karriere des Themas 'Vance-Besuch' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Schaubild 6:

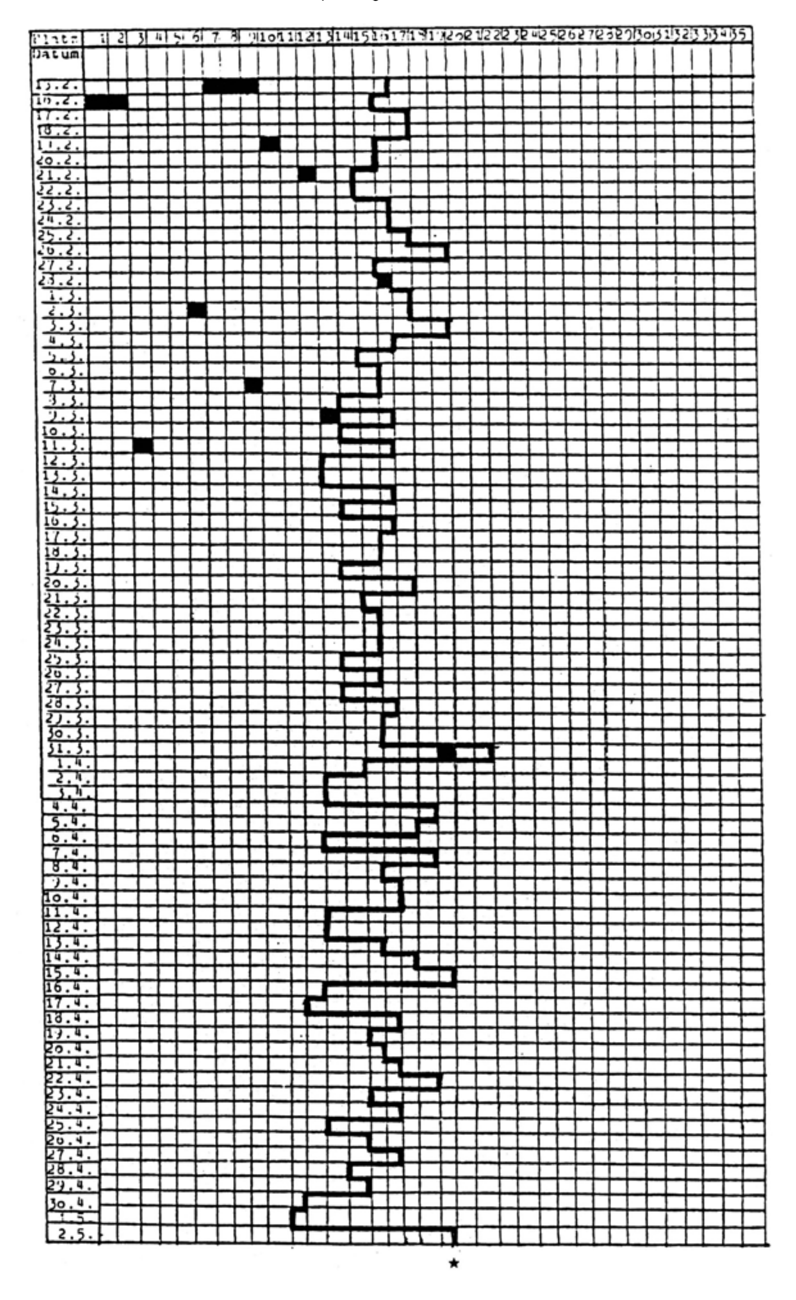
Karriere des Themas 'Abhöraffäre' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Schaubild 7:

Karriere des Themas 'Kostendämpfung' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

weiteren Auswertungen wie erwähnt nur mit der Erstnennung durchgeführt werden konnten. Die folgende Tabelle gibt einen ersten Überblick über die geographische Streuung der Meldungen:

Tabelle 19:

Geographischer Bezug von Fernsehnachrichten

Regionen	Dominantes Sachgebiet, Anteil in %					
	deutsche Innenpolitik	Deutschlandpolitik	internation. Politik	Innenpolitik anderer Staaten	Nichtpolitik	insgesamt
- BRD	99,9	62,1	20,2	0,6	59,9	55,8
- DDR	-	35,9	1,6	3,5	1,5	2,6
- UdSSR	-	0,7	6,7	0,6	2,8	2,5
- restlicher Ostblock	-	-	3,9	3,5	5,6	2,7
- EG-Länder	-	-	16,0	34,8	7,5	10,3
- restliches Europa	-	-	7,3	17,5	10,5	6,5
- USA	-	-	13,8	6,6	3,4	5,3
- Naher Osten	-	-	10,8	6,6	0,4	3,8
- restliches Asien	-	-	4,6	18,9	1,7	4,0
- restliches Afrika	-	-	12,8	4,1	0,2	4,0
- restliches Amerika	-	-	1,5	3,1	0,6	0,9
- übrige Regionen	0,1	1,3	0,7	0,2	6,0	1,7
Summe %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
n =	1343	153	1038	486	895	3915

Wie ersichtlich ist im Durchschnitt bei mehr als der Hälfte aller Fernsehnachrichten die Bundesrepublik Ort des Geschehens, - bei Meldungen zur Innenpolitik liegt dieser Anteil erwartungsgemäß bei 100 %, bei den nichtpolitischen Beiträgen immerhin bei fast 60 %. Wie in Hypothese 11 vermutet, beziehen sich im übrigen wesentlich mehr Meldungen auf die sicherheits- und wirtschaftspolitisch wichtigen Partnerländer der BRD (zusammen über 22 %) als auf den Ostblock (zusammen rd. 8 %). Etwas überraschend ist der Anteil von über 14 % der Meldungen über Ereignisse in den restlichen Regionen (Dritte Welt).

Eine Überprüfung, um welche Themen es sich im Einzelfall handelt, verdeutlicht jedoch, daß die Berichterstattung über die verschiedenen Regionen zum Teil sehr selektiv ist:

Tabelle 20:

Anteil politischer Meldungen nach dem Ort der Handlung

Region	Anteil politischer Meldungen in % Politik	Nicht-Politik	Summe %	n
BRD	77,1	24,5	100,0	2185
DDR	87,3	12,7	100,0	102
UdSSR	74,7	25,3	100,0	99
restlicher Ostblock	53,3	46,7	100,0	107
EG-Länder	83,3	16,7	100,0	402
restliches Europa	63,1	36,9	100,0	255
USA	85,4	14,6	100,0	205
Naher Osten	97,3	2,7	100,0	148
restliches Asien	90,3	9,7	100,0	155
restliches Afrika	98,7	1,3	100,0	155
restliches Amerika	86,1	13,9	100,0	155
übrige Regionen	18,2	81,8	100,0	66
insgesamt	77,1	22,9	100,0	3915

Zunächst zeigt die Tabelle eine stark unterschiedliche Gewichtung von politischen und nicht-politischen Meldungen. Räumlich oder politisch bedingte Schwierigkeiten der Nachrichtenbeschaffung scheinen zu einer Dominanz politischer Meldungen, für die es wohl in der Regel bessere Infrastrukturen gibt, zu führen. Diese Erklärung trifft anscheinend auf die Regionen "restlicher Ostblock", "restliches Europa" und "übrige Regionen" nicht zu. Schlüsselt man jedoch jeweils die Kategorien der unpolitischen Meldungen auf, so erweist sich, daß diese Abweichung durch ganz wenige, in der Berichterstattung durchschlagende Meldungen zustande kommen. So entfallen z. B. 42 der 50 nicht-politischen Meldungen der Region "restlicher Ostblock" auf das Erdbeben in Rumänien. Bei den "übrigen Regionen" betreffen 38 von 54 nicht-politischen Meldungen das "Ekofisk"-Unglück und bei der Region "restliches Europa" beziehen sich mehr als ein Viertel der nicht-politischen Meldungen auf den Flugzeugabsturz in Teneriffa. Für die nicht-politischen Auslandsmeldungen kann also Hypothese 11, wonach derartige Nachrichten die Funktion der Relativierung nationaler Probleme haben, nicht aufrechterhalten werden. Bei den politischen Meldungen sieht es etwas anders aus, eindeutig ist der Befund aber auch hier nicht. Zunächst wurde in diesem Zusammenhang das Ausmaß der BRD-Beteiligung an Ereignissen im Ausland ermittelt. Das führte zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle 21:

BRD-Bezogenheit von Ereignissen im Ausland

Region	BRD-Bezug, Anteil in %: BRD-Handlungsträger waren: beteiligt	nicht beteiligt, aber BRD betroffen	rein ausländ. Ereignis	nicht bestimmbar	Summe %	n
EG-Länder	36,0	3,4	59,6	1,1	100,0	386
restl. Europa	24,3	12,0	63,6	0,0	100,0	242
USA	20,0	8,0	71,5	0,5	100,0	200
Ostblock (mit DDR)	29,5	9,0	60,8	0,7	100,0	288
Drittländer/übrige Regionen	12,0	2,4	84,9	0,7	100,0	542
insgesamt	346	107	1199	6	-	1658

Wie ersichtlich wird der Bezug zur BRD bei Meldungen mit ausländischem Handlungsort ganz überwiegend durch die Anwesenheit deutscher Akteure am Ort des Geschehens hergestellt. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Staatsbesuche bzw. Auslandsreisen deutscher Politiker und Spitzenbeamter (31 %) oder supra- bzw. internationale Tagungen, Verhandlungen und Pressekonferenzen (24 %). Auch wenn die Bundesrepublik nur betroffen, nicht beteiligt ist, entfällt auf diese Kategorien von Ereignissen der größte Anteil der betreffenden Meldungen. Bezüge zwischen dem Auslandsgeschehen und der innenpolitischen Szene laufen somit vorwiegend über das Mittel der Personalisierung, worauf noch zurückzukommen ist. Die 12. Hypothese kann mit dem vorliegenden Material nicht hinreichend abgestützt werden. Dagegen deuten diese Befunde bereits an, daß die 13. Hypothese, wonach bei Auslandsmeldungen politisch-administrative Führungseliten besonders stark in Erscheinung treten, zutreffend ist. Mit der schon eingeführten Variablen "Regierungsbeteiligung", die ja nicht nur die Regierung des jeweiligen Ereignislandes, sondern unter Umständen auch ausländische Regierungen miterfaßt, läßt sich diese Korrelation recht gut nachweisen:

(Vgl. Tabelle 22 auf der folgenden Seite)

Gemessen an Berichten mit dem Handlungsort Bundesrepublik weisen nur die Berichte aus der Region "restliches Europa" eine geringere Regierungsbeteiligung auf. Weit unter dem Durchschnitt liegt dieser Anteil auch bei Meldungen aus dem "restlichen Ostblock". Während der letztgenannte statistische Ausreißer durch die (nur zum Teil "regierungshaltigen") Berichte über das Erdbeben in Rumänien zustande kommt, ist die Ursache für den geringen Regierungsanteil in der Region "restliches Europa" nicht so eindeutig zu erklären: auf das Flugzeugunglück in Teneriffa entfielen nur 29 der 138 Ereignisse ohne Regierungsbeteiligung aus dieser Region. Insofern bestätigt die Tabelle den in Hypothese 13 angenommenen Zusammenhang weitgehend.

Tabelle 22:

Regierungsbeteiligung bei in- und ausländischen Ereignissen

Ort der Handlung	Grad der Regierungsbeteiligung, Anteile in %				
	dominant	mit-beteiligt	nicht beteiligt	Summe %	n
BRD	18,6	34,9	46,5	100,0	2146
DDR	19,0	56,0	25,0	100,0	100
UdSSR	58,8	12,4	28,9	100,0	97
restl. Ostblock	11,5	46,2	42,3	100,0	104
EG-Länder	40,4	31,6	28,0	100,0	396
restl. Europa	15,3	29,3	55,4	100,0	245
USA	57,6	23,9	18,5	100,0	205
Dritte Welt, sonst. Regionen	38,5	41,1	20,4	100,0	540
insgesamt	1012	1334	1491	-	3837

1.5 Formale Merkmale von Fernsehnachrichten

Wie im Kapitel III dargestellt, wurden alle Nachrichtensendungen auf einige wichtige formale Merkmale hin analysiert und zusätzlich eine kleinere Stichprobe einer "Filmfeinanalyse" unterzogen, deren Ergebnisse im nächsten Kapitel präsentiert werden. Die erstgenannten Merkmale umfaßten:

- die Handlungsträger im Film
- die Präsentationsformen und ihre Dauer
- die Filmformen und ihre Dauer und
- die Frequenz von Schnitten bzw. die Schnittlänge und Kamerabewegungen.

1.5.1 Präsentationsform und -dauer

In Hypothese 14 hatten wir die Annahme formuliert, daß inhaltliche Privilegierungen, vor allem überdurchschnittliche Häufigkeit von Akteuren, sich bei den formalen Merkmalen wiederholen würden. Auf die Probleme, unter Publizitätsgesichtspunkten den Rang der einzelnen Merkmale und ihrer Ausprägungen zu bestimmen, wurde bereits im Kapitel III verwiesen. Die folgende Tabelle gibt einen ersten Überblick über den Zusammenhang der Präsentationsformen einerseits und der Handlungsträger andererseits.

Tabelle 23:

Prominente Handlungsträger nach Präsentationsformen

Handlungsträger	Präsentationsformen: nur Sprecher	Sprecher mit Foto, Karte etc.	Sprecher mit Film	kein Sprecher, nur: Foto/ Sonst.	kein Sprecher, nur: Film/ Sonst.	Rest	Summe %	Summe n
	1	2	3	4	5	6		
Scheel	23,6	15,3	41,7	1,4	18,1	-	100,0	72
Schmidt	42,0	16,5	26,3	3,9	11,4	-	100,0	255
Maihofer	40,1	24,4	17,5	5,2	12,2	0,6	100,0	172
Genscher	36,6	15,3	34,4	2,3	9,9	1,5	100,0	131
Brandt	38,2	23,6	30,3	2,2	5,6	-	100,0	89
Kohl	48,5	15,6	23,9	4,5	7,4	-	100,0	134
Strauß	49,1	22,7	20,8	3,8	3,8	-	100,0	53
Durchschnitt	34,7	22,4	27,5	4,6	9,9	0,9	100,0	906 von 2988

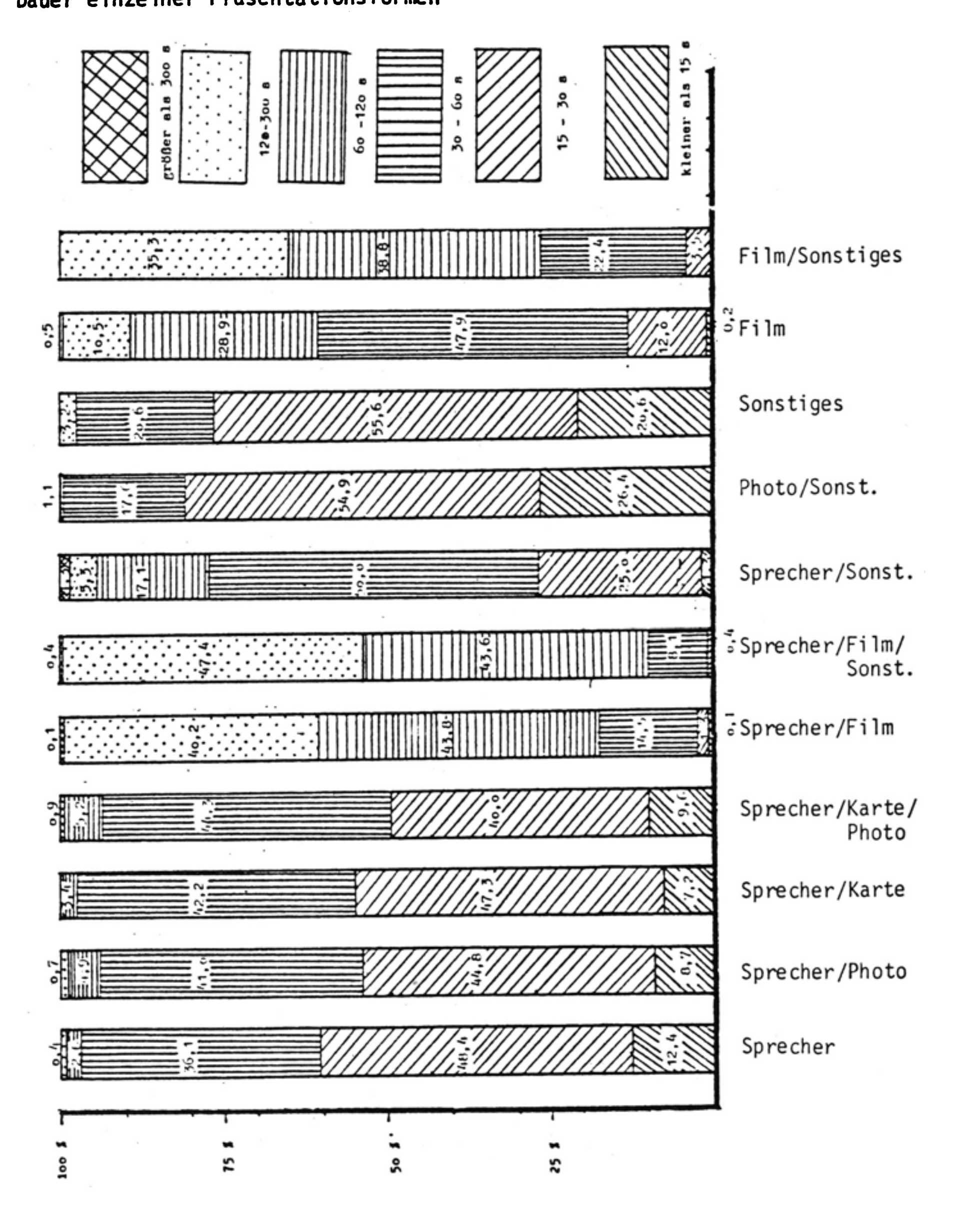
Zunächst fällt auf, daß - anders als der Bundespräsident - alle genannten Spitzenpolitiker überdurchschnittlich häufig in einfachen, vom Studiosprecher verlesenen Wortmeldungen genannt werden. Nach Hypothese 14 hätte man hier das Gegenteil erwartet. Bei den übrigen Präsentationsformen ist das Bild uneinheitlicher, aber auch hier überwiegen unerwartete Ergebnisse. So zeigt sich bei den relativ publikumswirksameren Präsentationsformen mit Filmanteilen (3. und 5. Spalte), daß nur der Bundespräsident und in etwa auch noch Außenminister Genscher deutlich über dem Durchschnitt liegen. Maihofer, aber auch Kohl und Strauß werden dagegen seltener als der Durchschnitt in solchen Beiträgen genannt, während der Bundeskanzler und der SPD-Voristzende Brandt den Durchschnittswerten am nächsten kommen. Das fällt um so mehr ins Gewicht, als es sich bei den Präsentationsformen mit Sprecher in der Regel um kürzere Beiträge handelt wie das folgende Schaubild erkennen läßt:

(Vgl. Schaubild 8 auf Seite 77)

Sucht man nach Gründen für diese Abweichungen, so stößt man auf entsprechende Unterschiede in der Thematik der betreffenden Nachrichtenbeiträge bzw. im jeweiligen Handlungsrahmen. Es hat den Anschein, als ob bei Scheel das Thema "Staatsbesuche" durchschlägt, bei dem überdurchschnittlich häufig Präsentationsformen mit Filmanteilen anzutreffen sind. Bei Genscher scheint derselbe Effekt vor allem durch das Thema "EG-Politik" verursacht zu werden, auf das 8,8 % seiner Nennungen bei deutlich überdurchschnittlicher Häufigkeit filmischer Präsentationsformen entfallen.

Schaubild 8:

Dauer einzelner Präsentationsformen



1.5.2 Filmformen

Untersucht man die verschiedenen Filmformen unabhängig von der eben behandelten Präsentationsform, so ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 24:

Prominente Handlungsträger in den verschiedenen Filmformen

Handlungsträger	Filmformen, Anteile in % Rede-/Statementfilm (auch verschnitten)	Interviewfilm (auch verschnitten)	Nachrichtenfilm mit u. ohne Korrespondent	Summe %	n
Scheel	14,7	-	85,3	100,0	34
Schmidt	38,0	8,6	53,4	100,0	58
Maihofer	28,6	26,1	45,3	100,0	42
Genscher	24,4	13,4	62,3	100,0	45
Brandt	23,8	47,6	28,5	100,0	21
Kohl	54,3	22,9	22,9	100,0	35
Strauß	85,7	-	14,3	100,0	7
Durchschnitt	28,3	18,7	52,9	99,8[23)]	242 von 1654

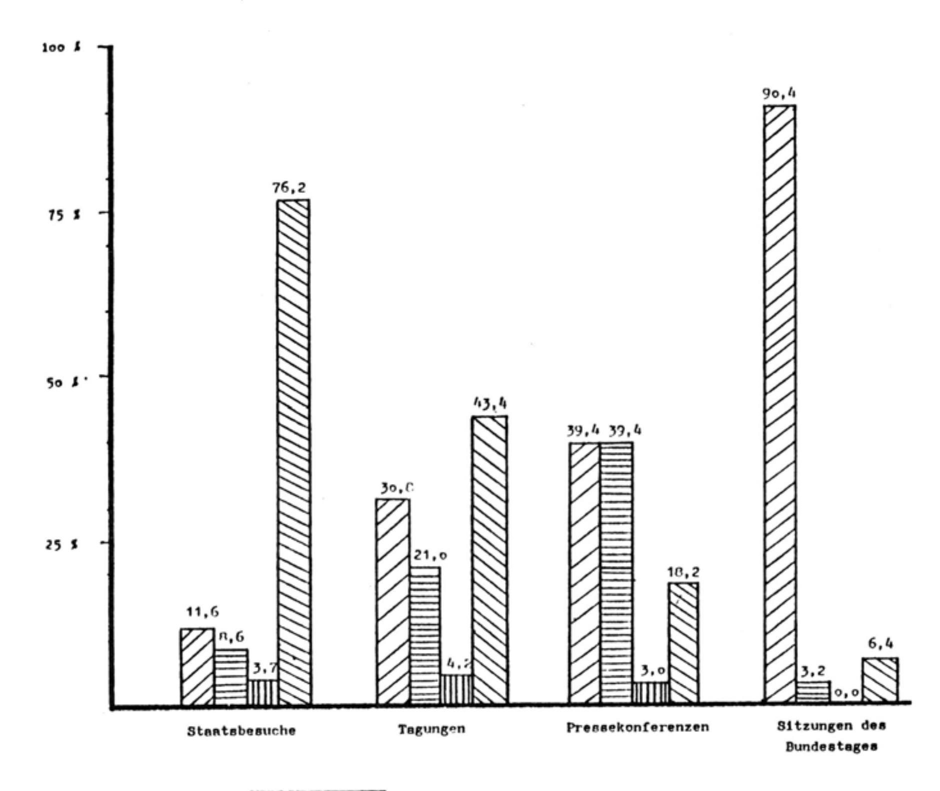
Ein Vergleich der Summenspalten von Tabelle 23 und 24 macht deutlich, daß die in den Fernsehnachrichten genannten Handlungsträger der deutschen Innenpolitik nur in gut der Hälfte der Fälle auch in verschiedenen Filmformen als Handlungsträger auftreten. Nach Hypothese 14 müßte nun die Präsenz der politischen Prominenz in den filmisch unterlegten Nachrichten höher liegen als die der übrigen Handlungsträger. Tabelle 24 zeigt jedoch, daß das nicht der Fall ist: die anteilige Häufigkeit der Nennung in Filmbeiträgen beträgt im Durchschnitt 55 % (1654 : 2988), von den 7 Prominenten in Tabelle 24 erreicht jedoch keiner diesen Wert. Scheel kommt auf knapp 50 %, Genscher auf rd. 35 %, in beiden Fällen sind die Filmbeiträge jedoch häufig kürzer als bei den übrigen Akteuren. (24) Bei Scheel und Genscher liegt der Anteil bei ungefähr 4 : 1, bei Strauß bei 7 : 1.

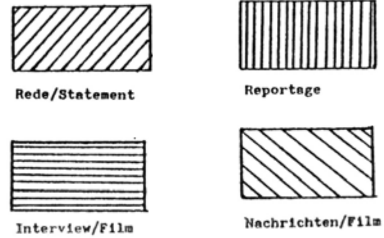
Interessant sind auch die unterschiedlichen Häufigkeiten bei den verschiedenen Filmformen. Nimmt man an, daß der Rede-/Statementfilm vor dem Interviewfilm und dieser vor Nachrichtenfilmen rangiert, was die Möglichkeiten zur Selbstdarstellung der betreffenden Akteure angeht, so schneidet der Bundespräsident vergleichsweise schlecht ab, während der Kanzler sowie die Oppositionsführer beträchtlich höhere Werte erreichen. Letztere können auf diese Weise ihre insgesamt geringere Häufigkeit der Nennung teilweise wieder kompensieren.

Das folgende Schaubild deutet an, worauf diese Unterschiede zurückzuführen sind.

Schaubild 9:

Filmformen bei ausgewähltem Handlungsrahmen





1.5.3 Schnittfrequenzen, Schnittlängen und Kamerabewegungen

Geht man von der inzwischen recht gut belegten physiologischen Annahme aus, daß die Wahrnehmung von Bildinhalten bei Filmen innerhalb bestimmter Spielräume positiv mit der Schnittfrequenz korreliert (25), so müßte man gemäß Hypothese 14 annehmen, daß die politische Prominenz durch den gezielten Einsatz dieses Gestaltungsmittels in den Fernsehnachrichten privilegiert würde.

Tabelle 25:

Einstellungslängen in Filmen mit prominenten Politikern

Handlungsträger	Einstellungsdauer in Sekunden: 1 - unter 3	3 - unter 6	6 - unter 10	10 - unter 50	50 u. mehr	Summe %	n
Scheel	6,9	75,9	-	17,2	-	100,0	29
Schmidt	11,5	26,9	21,2	32,7	7,7	100,0	52
Maihofer	5,1	38,5	10,3	46,2	-	100,0	39
Genscher	4,7	51,2	18,6	25,6	-	100,0	43
Brandt	10,5	5,3	26,3	52,6	5,3	100,0	19
Kohl	10,7	21,4	7,1	46,4	14,3	100,0	28
Strauß	33,3	-	-	66,7	-	100,0	3
Durchschnitt	7,8	43,7	19,5	26,1	3,0	100,0	213 von 1521

Die Tabelle zeigt entgegen der Annahme ein uneinheitliches Bild. Nur der Bundespräsident und in etwa auch noch der Außenminister liegen bezüglich der augenreizenden Kurzschnitte über dem Durchschnitt. Längere Einstellungen finden sich dagegen vor allem bei Kohl, Strauß und Brandt. Vermutlich ist die Häufung kurzer Einstellungen bei Scheel und Genscher darauf zurückzuführen, daß bei diesen beiden Politikern der Anteil der Nachrichtenfilme, die eine höhere Schnittfrequenz aufweisen als andere Filmformen, stark über dem Durchschnitt liegen. Dasselbe ließe sich vermutlich bei den Kamerabewegungen nachweisen; diese Auswertungen wurden jedoch bisher im Rahmen unserer Untersuchung nicht durchgeführt.

Zusammenfassend läßt sich zu den formalen Merkmalen der Fernsehnachrichten sagen, daß sie weit mehr Varianzen aufweisen, als wir dies nach unserer Instrumentalisierungsthese vermutet hatten. Es wäre jedoch voreilig, allein daraus auf Restzonen autonomen Handelns bei den Rundfunk- und Fernsehanstalten schließen zu wollen. Genausogut könnten ökonomische und technische Zwänge die Ursache dafür sein, daß nicht durchweg die gesamte politische Prominenz in den wirkungsmäßig günstigsten Formen präsentiert wird:

über Staatsbesuche und internationale Tagungen, bei denen oft der Bundespräsident und der Außenminister die Hauptakteure sind, wird z. B. typischerweise in Nachrichtenfilmen (mit Off-Ton) berichtet und diese Filmform eignet sich besser als alle anderen für Gestaltungsmittel wie Kamerabewegung und hohe Schnittfrequenz.

1.6 Unterschiede zwischen ARD- und ZDF-Nachrichten

In unserer 15. Ausgangshypothese hatten wir angenommen, daß zwischen den beiden Nachrichtenprogrammen keine Unterschiede bestehen - sie wären jedenfalls nicht auf das gewählte Erklärungsmodell zurückzuführen. Schon die ersten Tabellen hatten jedoch gezeigt, daß diese Ausgangshypothese differenziert werden muß. So enthielt Tabelle 6 (Seite 46) erste Hinweise auf eine unterschiedliche Konzeption für die untersuchten Sendungen: dort lag beispielsweise der Anteil politischer Meldungen in der Tagesschau (II) deutlich niedriger als in der zweiten Abendausgabe der ZDF-Nachrichten, der Anteil von Sportmeldungen dagegen auffallend hoch. Bei einer weiteren Untergliederung des Sachgebiets Politik zeigt sich, daß das "Politikdefizit" der Tagesschau (II) vor allem durch den relativ geringeren Anteil innenpolitischer Meldungen bedingt ist.

Schlüsselt man die Sendungen des weiteren nach Einzelthemen auf (vgl. Tabelle 8, Seite 48), so erkennt man, daß die Abweichungen nach Sachgebieten nur der Saldo einer Vielzahl von Abweichungen bei einzelnen Themen sind.

(Vgl. Tabelle 26 auf der folgenden Seite)

Läßt man einmal alle Themen außer acht, wo die Unterschiede in der Hauptausgabe nur eine Intensitätsstufe betragen oder durch gegenläufige Unterschiede in der zweiten Abendausgabe kompensiert werden, so bleiben als Themen mit dem größten Unterschied die Nummern 13, 28, 40, 72 und 73. (Zur Veranschaulichung dieser Intensitätsunterschiede vgl. auch die Schaubilder 10 und 11 auf den Seiten 83 und 84.) Bei näherer Betrachtung erscheinen diese Abweichungen nicht zufällig. Legt man nämlich eine politische Rechts-Links-Skala zugrunde, so deutet sich an, daß das ZDF offenbar besonders über solche Themen intensiver berichtet als die ARD, bei denen eine "Gefahr von links" belegt werden kann: im nationalen Bereich ist dies der Terrorismus (Thema 13 und 28), ein Thema, das bei der ARD unter anderem durch die stärkere Berücksichtigung des internationalen Terrorismus relativiert wird, in der zwischenstaatlichen Politik sind es die Querelen mit der DDR (Thema 40 und 42).

Das Thema "Dissidenten" (Nr. 73) scheint dieser Deutung zu widersprechen, die Ergebnisse der semantischen Textanalyse (vgl. Abschnitt 3. dieses Kapitels) klären diesen Widerspruch jedoch auf: in der Berichterstattung der ARD zu diesem Thema steht deutlich die Konnotation "Opposition im Ostblock ist möglich" im Vordergrund, während das ZDF (in seiner geringeren Zahl von Berichten) vor allem die brutale Behandlung der Dissidenten durch die betreffenden sozialistischen Regime herausstellt.

Nicht nach diesem Schema zu erklären ist die bevorzugte Berücksichtigung von Meldungen über das Amin-Regime im ZDF. Ein Blick in das Urmaterial der Analyse veranlaßt jedoch zu der Vermutung, daß hier weniger eine be-

Tabelle 26:

Stärkste Abweichungen in der Berichterstattung von ZDF und ARD über Einzelthemen

lfd. Nr.	Thema (ohne Restkategorien)	Abweichungen Hfgkt. ZDF(I)	Relation ZDF(I):ARD(I)	Hfgkt. ZDF(II)	Relation ZDF(II):ARD(II)
11	KKW-Bau	74	•	33	<
12	Abhöraffären	90	≫	51	<
13	Buback-Mord	49	≫	22	•
14	Anarchistenprozesse	14	>	8	•
15	Kostendämpfung	12	•	18	>
16	Rentenreform	12	>	4	•
22	Schütz-Affäre	13	•	15	>
27	Energiepolitik	11	<	7	•
28	polit. Terrorismus BRD	37	>	17	>
29	Wirtschaftspolitik	29	•	19	>
30	Bildungspolitik	4	•	4	<
34	Verkehrspolitik	5	•	1	<
40	Straßenbenutzungsgebühren	13	>	15	>
42	DDR-Grenze	14	>	8	•
58	Genscher in Asien	11	>	6	•
71	EG-Politik	9	<	13	•
72	Amin-Regime	18	>	16	≫
73	Dissidenten	23	<	12	≪
74	internation. Terror	10	•	8	<
83	Wahlen in Indien	12	•	14	>
85	Arbeitsmarkt	9	•	7	<
86	Entwicklung der Wirtschaft	14	>	5	•
87	Entwicklung einz. Branchen	10	•	13	>
88	Berichte üb. einz. Firmen	2	<	1	•
89	ÖTV-Verhandlungen	18	>	8	•
93	Messen, Ausstellungen	12	•	4	<

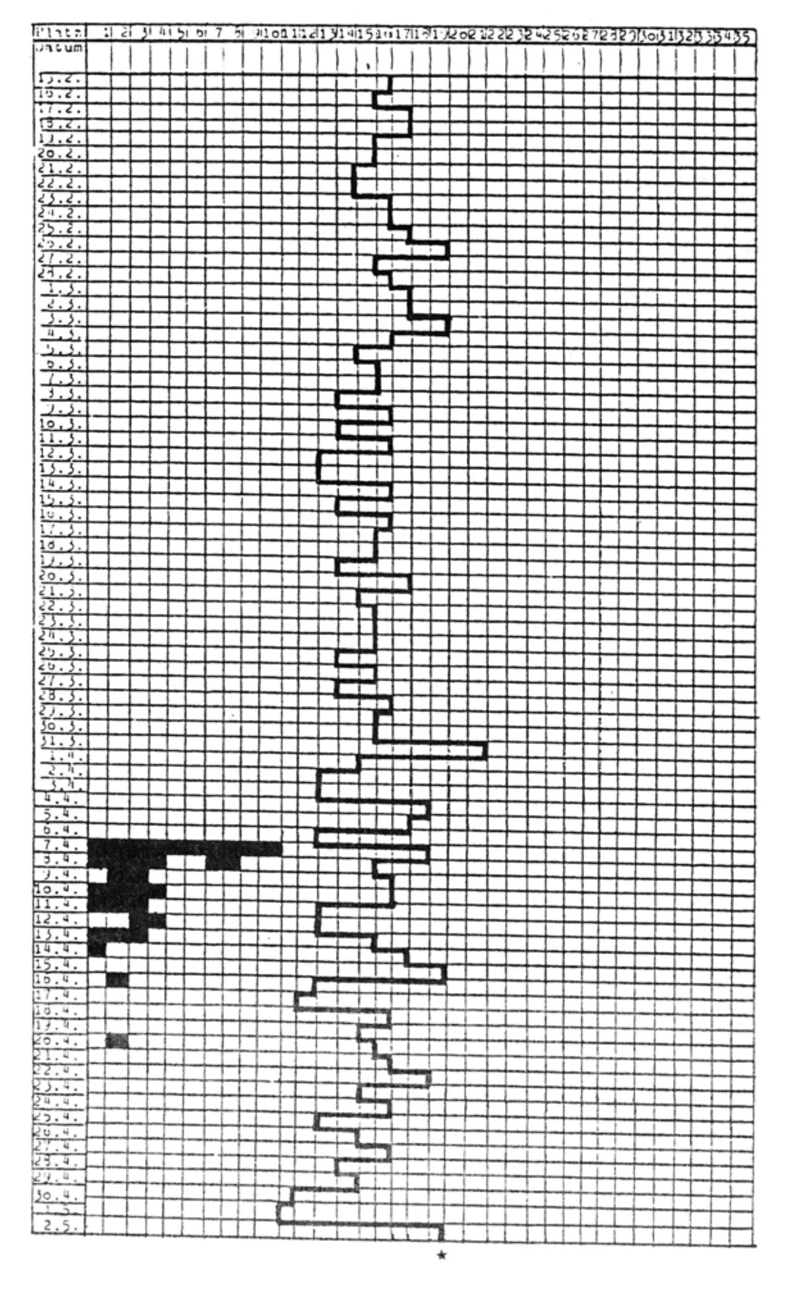
Legende:
• Abweichung unter 5 Nennungen
> 5 - 9 Nennungen mehr / < 5 - 9 Nennungen weniger
≫ 10 u.m. Nennungen mehr / ≪ 10 u.m. Nennungen weniger

stimmte politische Präferenz als das journalistische Kriterium des Sensationalismus zum Tragen kommt.

Die bezüglich der Einzelthemen identifizierten Positionsunterschiede zwischen ARD und ZDF lassen sich bei der rein quantitativen Häufigkeitsverteilung der in den Nachrichten auftretenden Akteure nicht mit gleicher Deutlichkeit nachweisen, die diesbezügliche Annahme wird aber auch nicht widerlegt. Wie schon in Tabelle 9, Seite 49 ersichtlich wurde, berichtet das ZDF zwar beachtlich öfter über Aktivitäten der CDU/CSU und ihrer Exponenten als die ARD (511 : 352 Nennungen), gleichzeitig wird aber auch über die Bundesregierung und die Regierungsparteien öfter berichtet als bei der ARD - die Berichterstattung des ZDF erscheint insgesamt stärker auf den politisch-administrativen Bereich zentriert und gleichzeitig stärker personalisiert.

Schaubild 10:

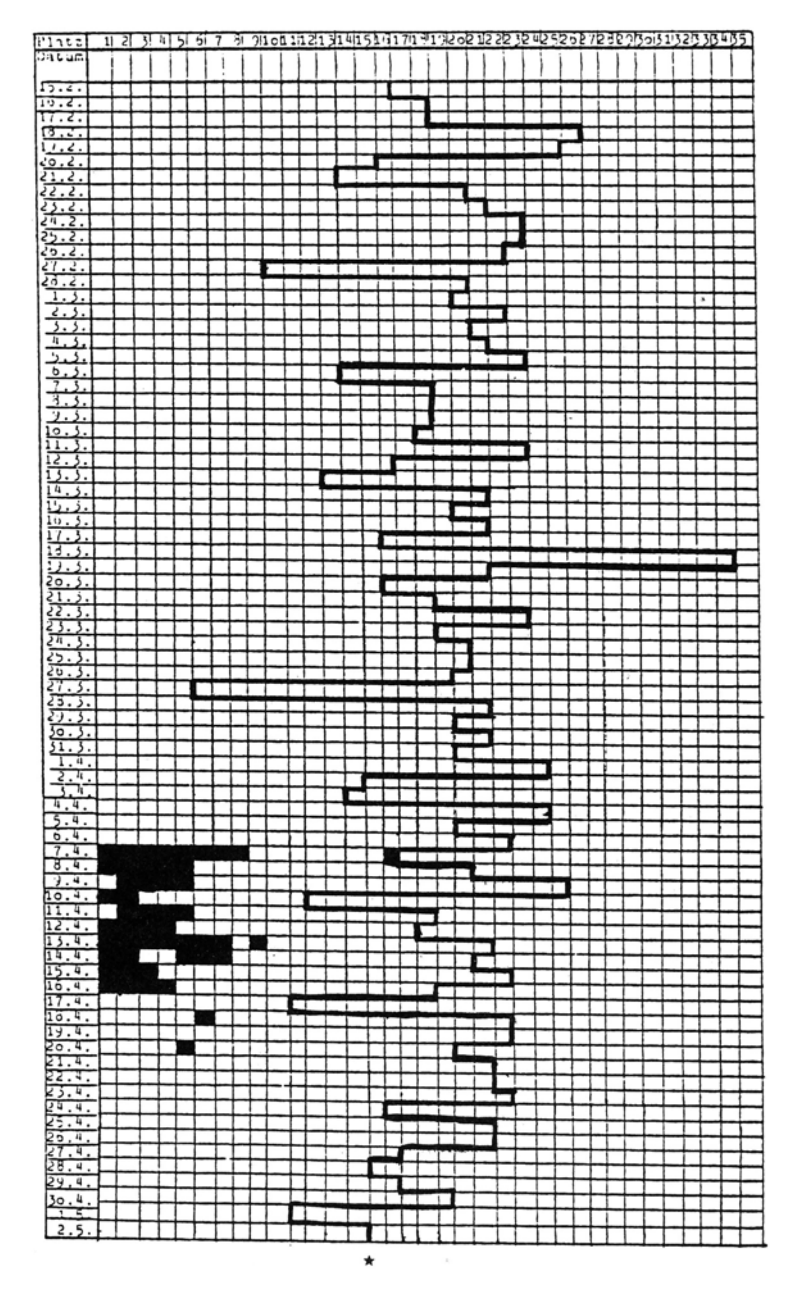
Karriere des Themas 'Buback-Mord' in der ARD-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Schaubild 11:

Karriere des Themas 'Buback-Mord' in der ZDF-Hauptausgabe



* Die "fette" Linie kennzeichnet die Anzahl der Beiträge der Sendung an dem jeweiligen Tag.

Bei der Berichterstattung über die Aktivitäten einzelner Spitzenpolitiker wird die CDU/CSU-Präferenz des ZDF dagegen wieder etwas deutlicher. Entnimmt man aus Tabelle 10, Seite 50 die absoluten Zahlen, so ergibt sich, daß im Untersuchungszeitraum zwar Bundeskanzler Schmidt in beiden Programmen fast gleichoft genannt wurde (ARD 128 mal, ZDF 136 mal), dagegen erhielten die Oppositionsführer im ZDF einen deutlichen Bonus (Kohl: ARD 56 mal, ZDF 83 mal; Strauß: ARD 23 mal, ZDF 32 mal).

Weitere Unterschiede zwischen den beiden Nachrichtenprogrammen lassen sich bezüglich des Handlungsrahmens und des Ortes der Handlung nachweisen. So liegt die Berücksichtigung von Ereignissen, die wir als vom politisch-administrativen System "voll steuerbar" klassifiziert haben, beim ZDF fast ausnahmslos höher als bei der ARD. (29) Beim Handlungsort schlagen die schon bei der Themenstruktur festgestellten Präferenzen durch wie eine genauere Untersuchung der Daten zeigt: das ZDF berichtet relativ häufig über innenpolitische Ereignisse (Ausgabe I und II zusammen 57,7 %, ARD 53,6 %) und sehr viel häufiger über Ereignisse in der DDR (64 Beiträge = 3,1 % gegenüber 38 Beiträgen = 2,0 % bei der ARD), dafür relativ weniger über die EG-Länder (178 Beiträge = 8,7 %, ARD 224 = 11,9 %) und die USA (99 Beiträge = 4,9 %, ARD 107 = 5,7 %).

Anders als bei den inhaltlichen Merkmalen waren im Untersuchungszeitraum die Unterschiede bei den formalen Merkmalen der Nachrichtensendungen von ARD und ZDF vergleichsweise gering. So zeigt beispielsweise die durchschnittliche Dauer der verschiedenen Präsentations- bzw. Filmformen beim ZDF eine etwas stärkere Tendenz zum schnellen Wechsel als bei der ARD, dafür sind bei den ARD-Nachrichten die stärker bearbeiteten Filmformen (verschnittener Rede-/Statementfilm, verschnittener Interviewfilm) relativ häufiger.

2. Ausgewählte Ergebnisse der Film - Detailanalyse

Die aus forschungsökonomischen Gründen notwendig gewordene Auswahl (29) von Filmformen zur Detailanalyse führte zu einer - angesichts der Heterogenität des Materials - "relativ" niedrigen Fallzahl; so daß die folgenden Ergebnisse nicht ohne Einschränkungen als repräsentativ für den untersuchten Zeitraum (und darüber hinaus) betrachtet werden können (30); sie verstehen sich als explorativ-heuristisch hinsichtlich Methode und Hypothesen.

2.1 Strukturdaten der Filmformen

Zur Einordnung der folgenden Ergebnisse sollen wesentliche Struktur-Merkmale (primär: Modalitäten des Kameraeinsatzes) der ausgewählten Filmformen vorgestellt werden.

Die 184 im Detail analysierten Filmformen gliederten sich in 2758 "Einstellungen" (31) und dauerten insgesamt ca. 4,3 Stunden; eine Filmform umfaßte in Durchschnitt 84 Sekunden, eine "Einstellung" dauerte im Durchschnitt 5,6 Sekunden. Der durch Schnitt- und Kamerabewegungsfrequenz erzielte "Augenreiz" (32) in den Filmformen wird durch diese Durchschnittswerte nur ungenügend charakterisiert:

Tabelle 27:

Dauer der "Einstellungen" (Vgl. Schaubild 12 auf Seite 87)

Dauer	Häufigkeit n	Prozent %	akkumulierte Prozente
0 bis unter 3 Sek.	1018	36,9	36,9
3 bis unter 7 Sek.	1195	43,3	80,2
7 bis unter 11 Sek.	285	10,3	90,5
11 bis unter 31 Sek.	203	7,4	97,9
31 und größer	57	2,1	100,0
Summe	2758	100,0	

Wie durch Schnitte oder Blenden kann auch durch den Gebrauch von Kamerabewegungen (Schwenk, Zoom, Fahrt) (33) eine künstliche Dynamik in Filmformen erzeugt werden.

Tabelle 28:

Kamerabewegungen

Art der Kamerabewegung	Häufigkeit n	Prozent %
Schwenk	610	22,1
Zoom	362	13,1
Fahrt	59	2,1
keine Kamerabewegung (= Stand)	1727	62,6
Summe	2758	99,9

Eine Kamerabewegung wird konkretisiert durch die dominante Richtung dieser Bewegung.

(Vgl. Tabelle 29 auf Seite 88)

Als wesentlichstes kameratechnisches Gestaltungsmittel gilt die Wahl der Einstellungsgröße, d. h. der Bestimmung der Größe des Bildausschnitts in Relation zu den handelnden Personen.

(Vgl. Tabelle 30 auf Seite 88)

Durch Kamerabewegungen wurden in 229 Fällen (das entspricht 8,3 % aller "Einstellungen") die Einstellungsgröße in/während einer Einstellung verändert.

Schaubild 12:

Dauer der "Einstellungen" in den Filmformen

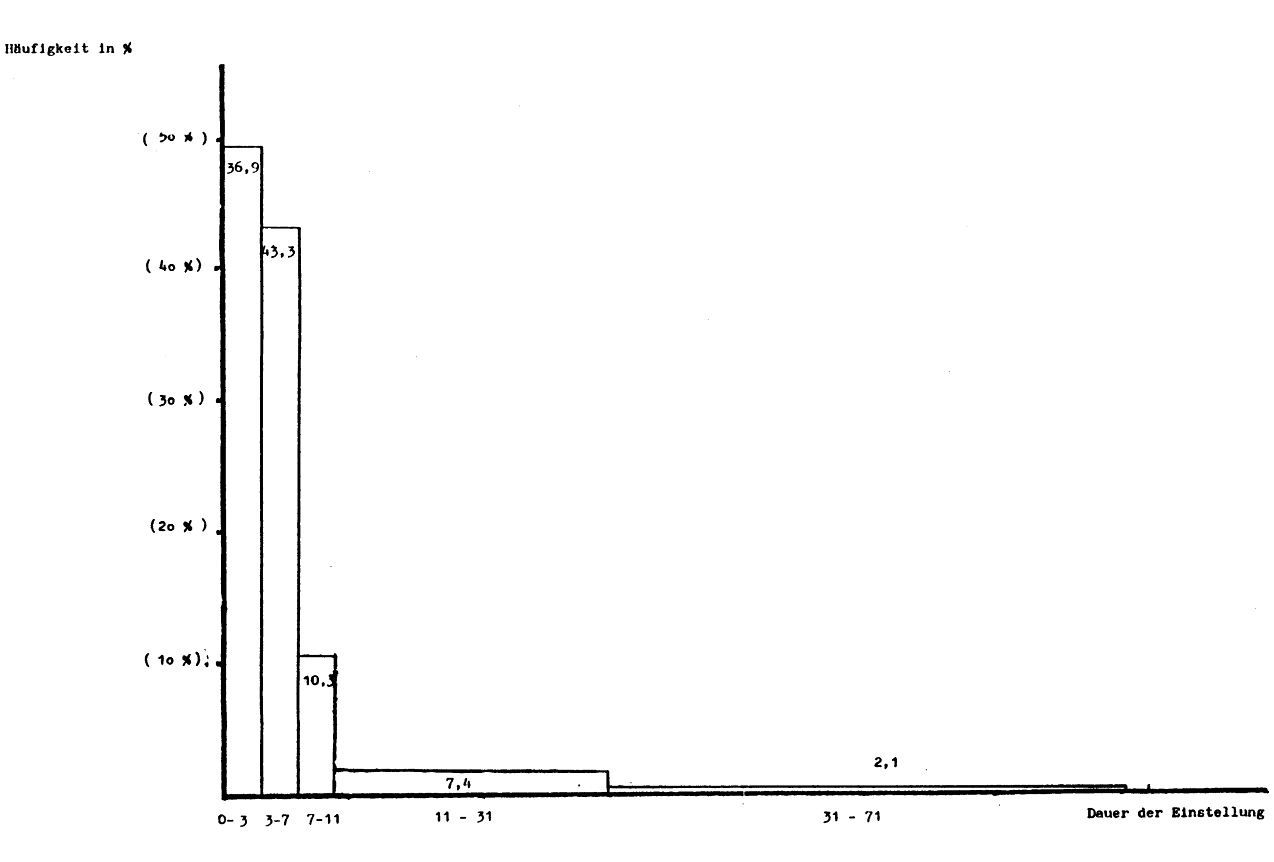


Tabelle 29:

Richtung der Kamerabewegung

Art der Kamera-bewegung	Richtung	Häufigkeit n	Prozent %
	links	253	41,4
	rechts	271	44,4
Schwenk	oben	38	6,2
	unten	48	7,9
(Summe)		(610)	(99,9)
Zoom/Fahrt	vorwärts	228	54,2
	rückwärts	193	45,8
(Summe)		(421)	(100,0)

Tabelle 30:

Einstellungsgröße

Einstellungs-größe	Häufigkeit n	Prozent %	akkumulierte Prozent
Detail	182	6,6	6,6
Groß/Nah	914	33,1	39,7
Amerikanisch-Halbnah	833	30,2	69,9
Halbtotal	589	21,4	91,3
Total	191	6,9	98,2
Weit	46	1,7	99,9
nicht bestimmbar	3	0,1	100,0
Summe	2758	100,0	

Als weiteres "wirkungsträchtiges" (34) Gestaltungsmittel gilt die Kameraperspektive. In der vorliegenden Analyse wurden Vogel-(Draufsicht) und Froschperspektiven (Untersicht) jeweils in dreifacher Abstufung erfaßt; in 657 Fällen (das entspricht 33,8 % aller "Einstellungen") wurde der Gebrauch von Frosch- bzw. Vogelperspektiven festgestellt.

(Vgl. Tabelle 31 auf Seite 90)

Nur in 1,5 % aller Fälle wurden extreme bzw. in 7 % aller Fälle extreme/starke Kameraperspektiven "gewählt".

Schaubild 13: Einstellungsgröße in den Filmformen

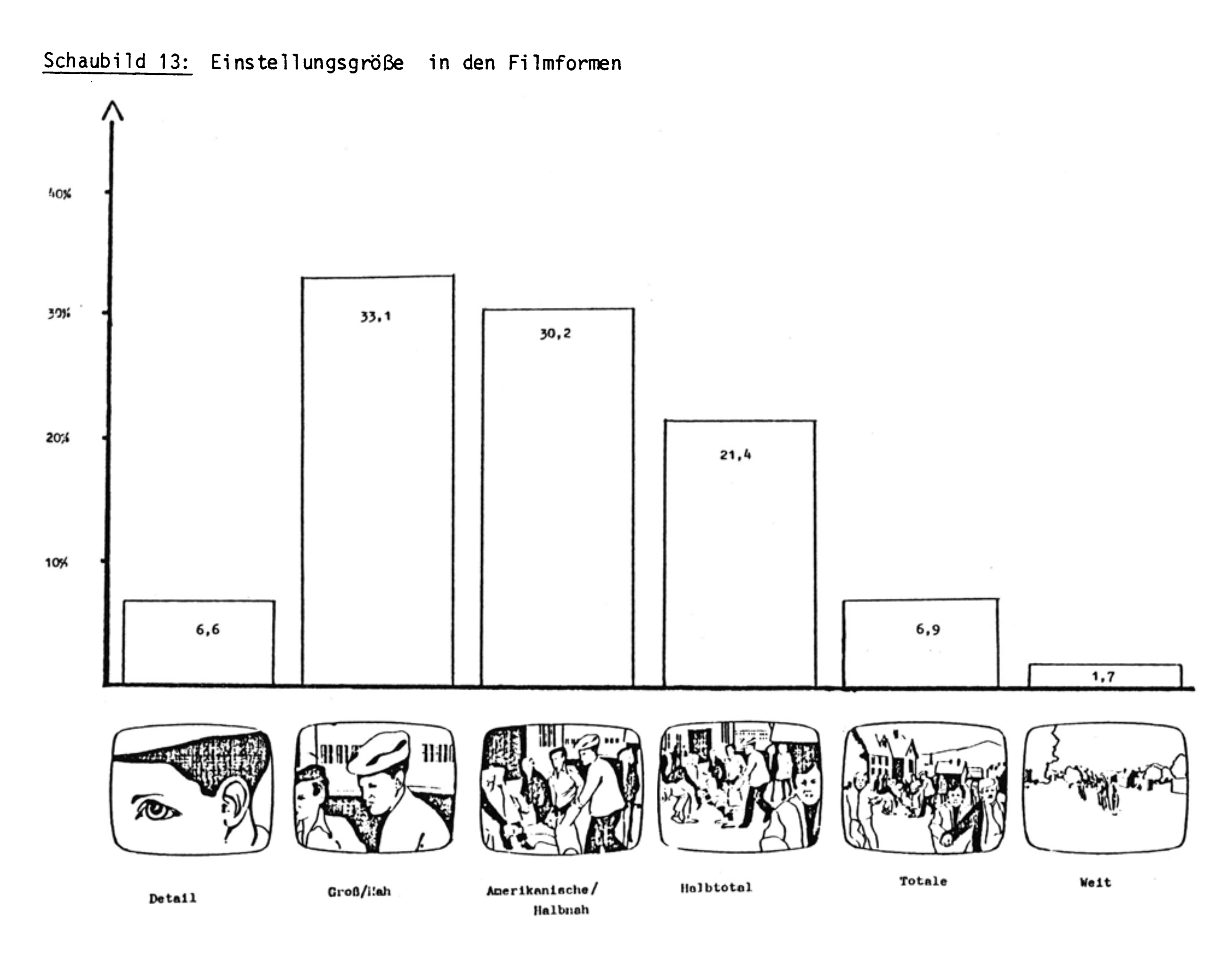


Tabelle 31:

Kameraperspektiven

Art der Perspektive	Intensität der Perspektive	Häufigkeit n	Prozent %
	extrem (- 3)	11	0,4
Forschperspektive	stark (- 2)	39	1,4
	schwach (- 1)	80	2,9
normale Perspektive		2101	76,2
	schwach (+ 1)	383	13,9
Vogelperspektive	stark (+ 2)	114	4,1
	extrem (+ 3)	30	1,1
Summe		2758	100,0

Hinsichtlich der Wort-Bild-Idertität (35) ergab sich folgenden Verteilung:

Tabelle 32:

Wort-Bild-Identität

Grad der Identität	Häufigkeit n	Prozent %
totale Identität	87	3,2
starke Identität	374	13,6
schwache Identität	730	26,5
keine Identität	1565	56,7
nicht bestimmbar	2	0,1
Summe	2758	100,1

2.2 "Privilegierung" durch formale Präsentation

In Hypothese 14 (36) wird vermutet, daß "inhaltliche Privilegierungen" (37) der Mitglieder des politisch-administrativen Systems sich bei deren Präsentationen in Filmformen wiederholen. "Privilegierung" könnte wie folgt operationalisiert werden:

- durch überdurchschnittlich häufiges Auftreten im Bild,
- durch überdurchschnittlich häufige Darstellung durch "günstige" kameratechnische Gestaltungsmittel.

Bei der zweiten Variante verlagert sich das Operationalisierungsproblem auf die Bestimmung "günstiger" kameratechnischer Gestaltungsmittel. Die Konkretisierung von "ungünstigen" Darstellungsweisen (z. B. extremen Vogel- und

Froschperspektiven) wie sie Kepplinger nach einer Befragung von Kameraleuten mit anschließenden Spekulationen über die Wirkungen solchen Perspektiven auf die Zuschauer - und den Ausgang der Bundestagswahl 1976 - vornahm erscheint höchst problematisch, da u. a. eine Reihe von erklärungsträchtigen Variablen nicht in das Analysekonzept einbezogen worden sind (38). Ohne sich an ähnlichen Spekulationen um mögliche Wirkungen spezifischer kameratechnischer Mittel (39) zu beteiligen, soll in der hier vorliegenden Studie die Hypothese des unterschiedlichen Einsatzes von kameratechnischen Gestaltungsmitteln bei der Darstellung von Spitzenpolitikern überprüft werden; erst nach der Verifikation dieser Hypothese wären weitergehende Schlüsse zulässig. Sämtliche Einstellungen mit den meistgezeigten Spitzenpolitikern wurden hinsichtlich der kameratechnischen Gestaltungsmittel (Kamerabewegung, Einstellungsgröße, Kameraperspektive) auf die obige Hypothese hin überprüft. In diesem Analyseschritt wurden folgende Handlungsträger einbezogen:

Tabelle 33:

Zahl der Einstellungen mit Spitzenpolitikern

Handlungsträger	Häufigkeit n	Prozent %
Bundespräsident Scheel	226	42,4
Bundeskanzler Schmidt	74	13,9
Bundesminister Genscher	60	11,3
Bundesminister Maihofer	126	23,6
SPD-Chef Brandt	25	4,7
CDU-Chef Kohl	16	3,0
CSU-Chef Strauß	6	1,1
Summe	533	100,0

(Vgl. Tabellen 34 und 35 auf der folgenden Seite)

Die aus Tabelle 35 ersichtlichen Differenzen können nicht als Nachweis/Hinweis auf die willkürliche/unwillkürliche Bevorzugung bzw. Benachteiligung von Spitzenpolitikern durch Kameraleute und Fernsehjournalisten interpretiert werden, da zum einen die Fallzahl aufgrund der Heterogenität des Materials relativ gering ist und zum anderen die erklärungsträchtigste (für kameratechnische Besonderheiten) Variable "Aufnahmesituation" (z. B. möglicher Kamerastandpunkt) nicht in Betracht gezogen wurde. Kepplinger begründet seine Thesen u. a. mit dem Hinweis auf den "wertenden" Einsatz der Kameraperspektivwahl (des weiteren: Mikrofonabdeckung, Interaktionen mit dem Publikum) (40).

Tabelle 34:

Einstellungsgröße und Handlungsträger (Vgl. Schaubild 14 auf Seite 93)

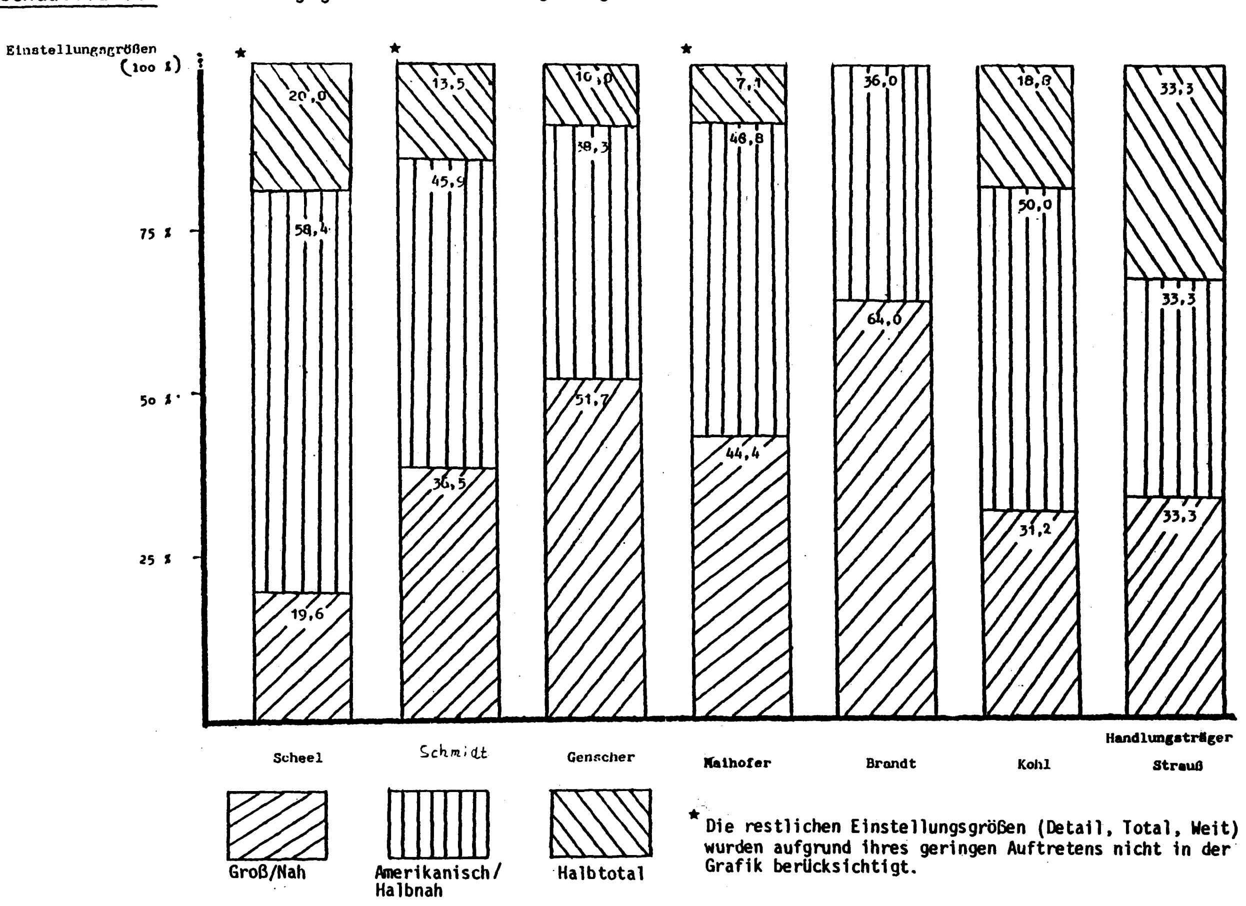
Handlungsträger		Einstellungsgröße						Summe	
		Detail	Groß/ Nah	Amerikanisch Halbnah	Halbtotal	Total	Weit	Prozent %	Häufigkeit n
Scheel		0,0	19,6	58,4	20,0	0,9	0,9	99,8	226
Schmidt		2,7	36,5	45,9	13,5	-	1,4	100,0	74
Genscher		-	51,7	38,3	10,0	-	-	100,0	60
Maihofer		1,6	44,4	46,8	7,1	-	-	99,9	126
Brandt		-	64,0	36,0	-	-	-	100,0	25
Kohl		-	31,2	50,0	18,8	-	-	100,0	16
Strauß		-	33,3	33,3	33,3	-	-	99,9	6
Summe	Prozent %	0,9	34,0	50,0	14,1	0,3	0,6	99,9	
	Häufigkeit n	5	181	267	75	2	3		533

Tabelle 35:

Kamerabewegung und Handlungsträger (Vgl. Schaubild 15 auf Seite 94)

Handlungsträger		Kamerabewegung				Summe	
		Stand	Schwenk	Zoom	Fahrt	Prozent %	Häufigkeit n
Scheel		52,6	21,7	18,6	7,1	100,0	226
Schmidt		42,6	32,0	21,3	4,0	99,9	74
Genscher		53,3	26,7	15,0	5,0	100,0	60
Maihofer		54,0	21,4	23,8	0,8	100,0	126
Brandt		60,0	20,0	20,0	-	100,0	25
Kohl		56,3	25,0	12,5	6,3	100,1	16
Strauß		50,0	-	50,0	-	100,0	6
Summe	Prozent %	51,8	23,5	21,7	3,0	100,0	
	Häufigkeit n	276	125	116	16		533

Schaubild 14: Einstellungsgröße und Handlungsträger



* Die restlichen Einstellungsgrößen (Detail, Total, Weit) wurden aufgrund ihres geringen Auftretens nicht in der Grafik berücksichtigt.

Schaubild 15: Kamerabewegung und Handlungsträger

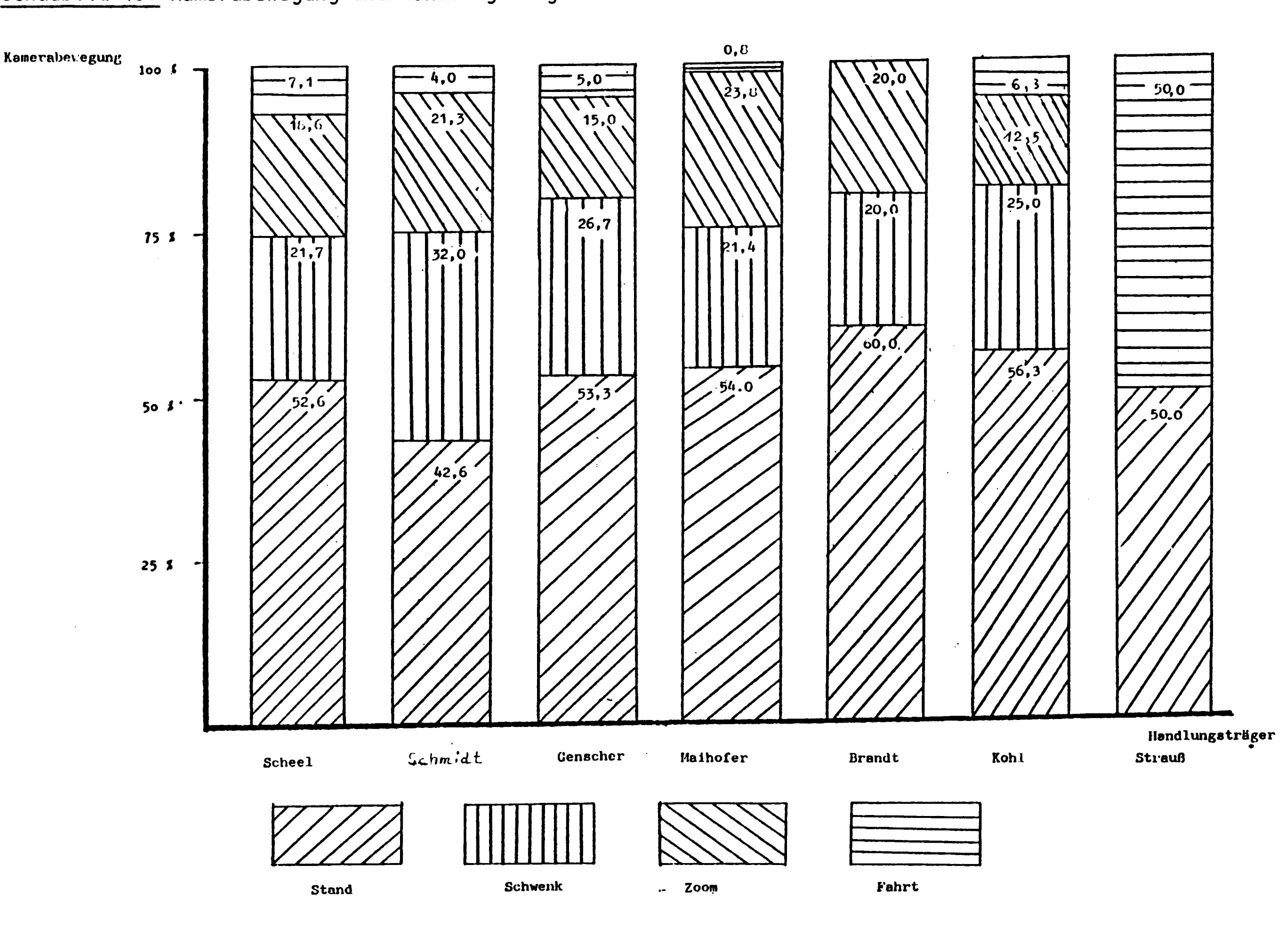


Tabelle 36:

Kameraperspektive und Handlungsträger

Handlungsträger		Kameraperspektive							Häufigkeit
		Normalperspektive	Froschperspektive			Vogelperspektive			n
			-3	-2	-1	+1	+2	+3	
Scheel		82,2 %	-	2	6	22	5	6	226
Schmidt		82,4 %	1	-	-	13	-	-	74
Genscher		90,0 %	-	-	1	6	-	-	60
Maihofer		84,1 %	-	-	-	18	2	-	126
Brandt		92,0 %	-	-	-	1	-	-	25
Kohl		81,3 %	-	-	-	2	1	-	16
Strauß		66,7 %	-	1	1	-	-	-	6
Summe Häufigkeit	n		1	3	7	62	8	6	
		(446)		(11)			(76)		533
Prozent	%	83,5		2,1			14,3		99,9

Unterstellen wir, daß starke Frosch- und Vogelperspektiven die dargestellte Person ungünstig erscheinen lassen und daß die Perspektivwahl nicht nur unwillkürlich erfolgt, so könnten wir mit Kepplinger folgern, daß die Kameraleute den Bundespräsidenten ungünstig darstellen, da 13 von 18 starken/extremen Perspektiven auf den Bundespräsidenten entfallen. Wir ziehen diesen spekulativen Schluß bewußt nicht, da das Gros der extremen Perspektiven evtl. aus einer Filmsequenz stammt, in welcher die Kamera aufgrund der Aufnahmebedingungen auf einem hohen Podest stationiert war und somit Vogelperspektiven unvermeidlich waren. Bei zukünftigen Untersuchungen müßten, um valide Aussagen treffen zu können, eine weitaus größere Zahl von Einstellungen untersucht und die mögliche Variable "Bedingungen der Aufnahmesituation" zusätzlich kontrolliert werden.

Die Bedingungen der Aufnahmesituation beeinflussen die Ausprägung der Variablen"Wort-Bild-Identität" sicherlich nicht so stark, wie die Ausprägung der kameratechnischen Variablen (Ausnahme: Redner im "On"). So könnten Befunde, daß Politiker im Bild gezeigt werden, ohne daß Fernsehjournalisten diese adäquat antexten können, wenn nicht als Bevorzugung dieser Politiker so doch als Tendenz zur Personalisierung in Fernsehnachrichtenfilmen interpretiert werden (41); diese Vermutung soll hinsichtlich der oben genannten Spitzenpolitiker überprüft werden.

(Vgl. Tabelle 37 nächste Seite)

Die geringen Prozentunterschiede sind hinsichtlich einer Privilegierung nicht interpretierbar; auch nicht die Strauß'schen 100 % bei der Ausprägung "keine Identität" (also Bevorzugung), da die Fallzahl 6 jegliche Interpretation ausschließt.

Tabelle 37:

Wort-Bild-Identität und Handlungsträger (Vgl. Schaubild 16 auf Seite 97)

Handlungsträger		Wort-Bild-Identität				Summe	
		totale	starke	schwache	keine	Prozent %	Häufigkeit n
Scheel		7,5	20,4	25,7	46,5	100,1	226
Schmidt		4,0	25,3	25,3	45,3	99,9	74
Genscher		6,7	13,3	35,0	45,0	100,0	60
Maihofer		5,6	15,9	28,6	50,0	100,1	126
Brandt		-	16,0	28,0	56,0	100,1	25
Kohl		-	18,8	37,5	43,8	100,1	16
Strauß		-	-	-	100,0	100,0	6
Summe	Prozent %	5,8	18,8	27,6	47,8	100,0	
	Häufigkeit n	31	100	147	255		533

Wie schon ausgeführt, kann eine zuverlässige Überprüfung oben vermuteter Zusammenhänge nur mit einem zehn- bis zwanzig-fach größeren Sample durchgeführt werden; jedoch erscheinen die damit verbundenen Kosten angesichts der zu erwartenden Ergebnisse unverhältnismäßig hoch.

2.3 Zum Problem der Fassung von Ritualen

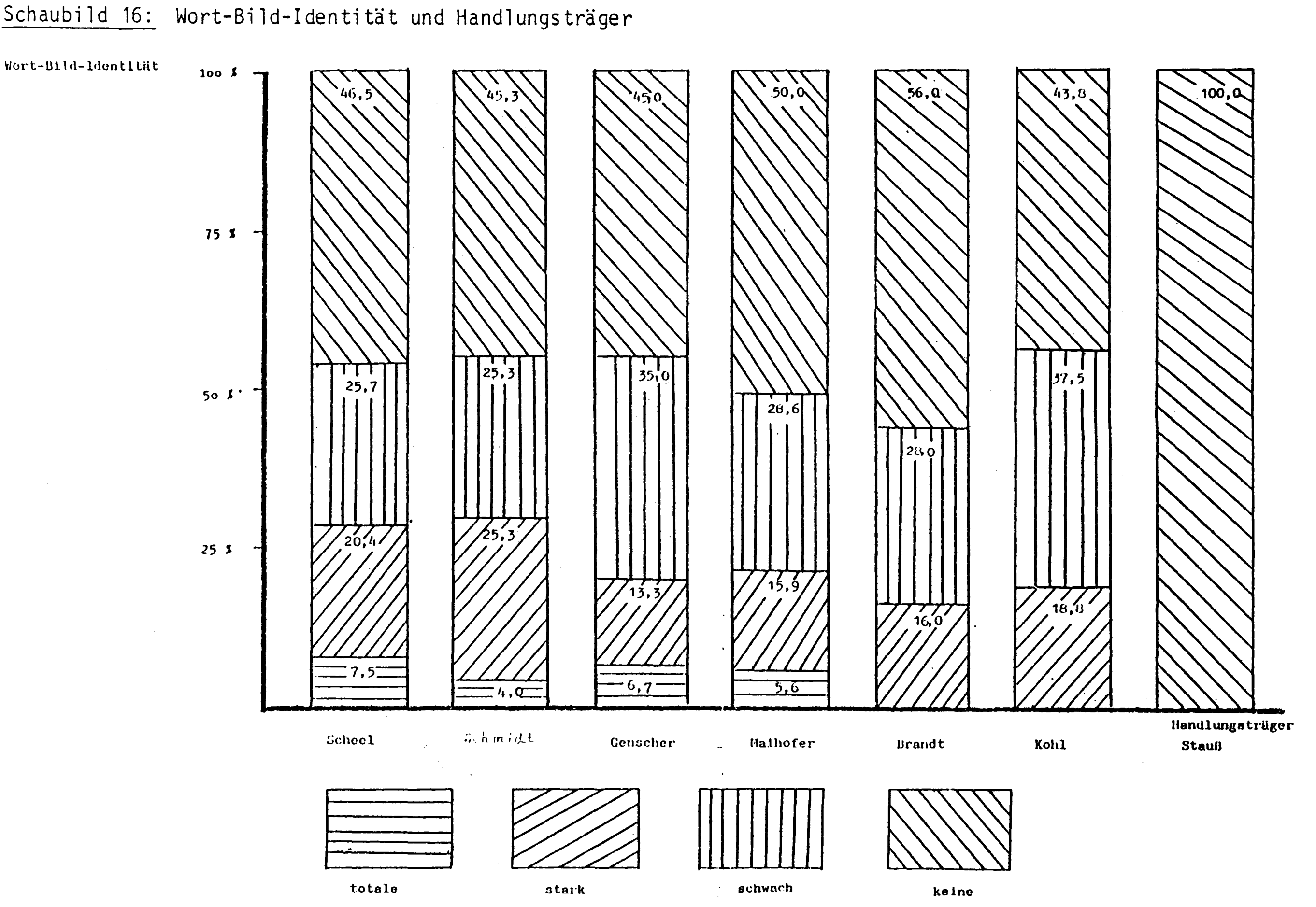
Die Kritik an den Filmformen innerhalb der Fernsehnachrichtensendungen zielt insbesonders auf die Bebilderung von Standardsituationen unter Verwendung von sterotypen Bildsequenzen bzw. gleichen Schnittmustern (42). Hierbei müßten zwei unterschiedliche Aspekte getrennt werden:
- die Darstellung von Ritualen (Standardsituation),
- die ritualisierte Darstellung von Ereignissen;

fallen beide Aspekte zusammen, könnte man von "potenzierter Ritualisierung" in den Filmformen sprechen.

Die bekannten Begrüßungsszenen im"Polittourismus"könnte man unter dem Oberbegriff "politisches Ritual" einordnen; wobei zusätzlich berücksichtigt werden müßte, inwieweit die Handlungsträger in solchen Ritualen die Anwesenheit des Mediums reflektieren. Unter "ritualisierter Darstellung" wird die typische Abfolge im Gebrauch kameratechnischer Gestaltungsmittel verstanden, um ein "Ereignis" unabhängig von dessen konkretem Inhalt zu bebildern; in diesem Zusammenhang müßten auch die Syntagmata-Strukturen (43) analysiert werden.

Aufgrund der extrem hohen Arbeitsintensität einer solchen Analyse - auf der Basis eines Samples, welches weitergehende Interpretationen zuläßt - war diese im Rahmen der vorliegenden Untersuchung aus forschungsökonomischen Gründen nicht realisierbar.

Schaubild 16: Wort-Bild-Identität und Handlungsträger



3. Die wichtigsten Ergebnisse der semantischen Textanalyse

In Ergänzung zu den beiden bereits vorgestellten Ergebnisteilen der Gesamtuntersuchung liefert die semantische Textanalyse eine Reihe zusätzlicher Befunde zu den in Kapitel II formulierten Untersuchungshypothesen, die für den Untersuchungszeitraum vom 14.3. bis 21.3.1977 als determinierend für die Textkonstitution der Nachrichtentexte angesehen werden können. Diese Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Nachrichtentexte sind keineswegs wert- oder meinungsfrei, sondern stellen ein Instrumentarium zur Vermittlung bestimmter politischer Inhalte dar. Diese zunächst noch sehr globale Aussage läßt sich weiter spezifizieren, wenn man das Agieren der Funktionseliten des politisch-administrativen Systems näher untersucht (vgl. hierzu Hypothese 4 in Kapitel II). Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den beiden Nachrichtenprogrammen. So fällt auf, daß das konstruierte "Weltbild" des ZDF im Vergleich zur ARD "oppositionsnäher" ist in dem Sinne, daß die Akteure der parlamentarischen Opposition im Bundestag in einem vor allem qualitativ ungleich höheren Maße als der aktive Part in der parlamentarischen Auseinandersetzung dargestellt werden. (44) Das belegen auch die Werte der folgenden Tabelle:

Tabelle 38:

Parlamentarische Aktivitäten von Regierungs- und Oppositionsparteien im Bundestag

Handlungsträger in aktiver Rolle	Anteile an den untersuchten ARD (n = 200)	Beiträgen in % ZDF (n = 226)
Regierungsparteien	6,5	5,7
Opposition	6,5	11,4

Geht man davon aus, daß aktives Handeln im politischen Bereich als Indikator für Sachkompetenz und Handlungsfähigkeit des Agierenden gelten, so bedeuten die Werte in der Tabelle, daß die CDU/CSU in den ZDF-Nachrichten zusätzlich zur relativ stärkeren quantitativen Berücksichtigung auch noch in der genannten qualitativen Dimension einen Bonus erhält, der die publizistisch undankbarere Rolle der Opposition aufwertet.

2. Von der Textkonstitution her kann in beiden Nachrichtenprogrammen keine eindeutige Trennung zwischen der mit der Fiktion der Objektivität verbundenen reinen Nachricht und dem als subjektiv einzuschätzenden Kommentar vorgenommen werden, selbst wenn in Nachrichtentexten Kommentare visuell und akustisch - "Den Kommentar spricht ..." - gesondert gekennzeichnet werden.

Wie die Untersuchung ergab, unterscheiden sich Kommentare in ihrer Struktur und Darstellungsform gegenüber den eigentlichen Nachrichtentexten lediglich durch eine größere Symbolik und damit verbunden, durch eine stark metaphorische Wortwahl. In ihrer Textstruktur/Textkonstitution dagegen lassen sich erhebliche Übereinstimmungen vor allem mit komplexeren Nachrichtenbeiträgen feststellen. (45)

3. Die bereits bei der Basisanalyse festgestellte Tendenz beider Nachrichtenprogramme zur Personalisierung gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Prozesse bestätigt sich bei der semantischen Textanalyse in spezifischer Weise. So werden die Auseinandersetzungen zwischen gesellschaftlich relevanten Gruppen bzw. unterschiedlichen Gesellschaftssystemen nicht als Prozesse zwischen sozialen Einheiten thematisiert, sondern auf die Beziehung einzelner Mitglieder von Führungseliten zueinander reduziert (vgl. hierzu Hypothese 9 in Kapitel II). Die Tendenz zur Personalisierung beschränkt sich jedoch nicht auf die Nennung bestimmter Inhaber von Führungspositionen im politisch-administrativen System, vielmehr wird sie durch die semantische Struktur des Nachrichtentextes hergestellt, indem für die Darstellung politischer und gesellschaftlicher Prozesse nicht analytische Begriffe, sondern antropomorphe Kategorien verwendet werden.

Solche Kategorien liegen immer dann vor, wenn an die Stelle abstrakter Begriffe fiktive Individuen treten: "Diese Individuen sind wie spontan - freie Menschen vorgestellt; wir wollen sagen: sie sind antropomorph. So wird das Phänomen 'Gewitter', das die wissenschaftliche Rede mit Hilfe von abstrakten Kategorien wie 'Elektrizität' abbildet, von mythischer Rede mit Hilfe antropomorpher Kategorien wie 'Zeus' abgebildet. Oder ein Beispiel aus Nachrichtentexten: 'Die Gräten werden gebrochen. Aber den feindseligen Nachbarn das Rückgrat zu brechen, davon hat Israels mächtige und tatkräftige Armee bisher immer noch zurückgeschreckt. Direkt nach Kairo oder Damaskus zu greifen, ist ihr verwehrt, obwohl es technisch und taktisch gesehen für sie kein großes Problem wäre. Israels Armee geht am Zügel der Politik, wenn auch zur Zeit am langen Zügel' (46); ein subtileres Beispiel wäre: 'Das Verhältnis Bonns zu Washington ist getrübt'.

Bei der entsprechenden quantitativen Auswertung des in die semantische Textanalyse einbezogenen Materials zeigte sich, daß bei den ARD-Nachrichten in nicht weniger als 57 % und beim ZDF in 52 % der Beiträge derartige antropomorphe Kategorien benutzt werden. Das sind beachtliche Zahlenwerte, wenn man davon ausgehen muß, daß Personalisierung und Verwendung antropomorpher Kategorien generell eine eher verschleiernde als aufklärende Funktion für den Rezipienten von Fernsehnachrichten haben. Politische Prozesse, die in ihrer Ausdruckform personalisiert und "allgemein-menschlich" erscheinen, können in ihrer eigentlichen Struktur, Komplexität und politischen Relevanz vom Zuschauer kaum oder nur schwerlich erfaßt werden. Der politische Meinungsbildungsprozeß wird auf diese Weise in einem schwer kontrollierbaren Umfange beeinträchtigt.

4. Es ist offensichtlich, daß kürzere Beiträge a priori freier von Konnotationen und damit von der Konstruktion einer bestimmten politischen Realität sind. Dies hängt mit der relativ undifferenzierten Struktur der kurzen Nachrichtenbeiträge zusammen. Kurze Beiträge erhalten aber oft durch ihren syntagmatischen Zusammenhang mit anderen möglicherweise ebenso kurzen Beiträgen eine bestimmte realitätskonstruierende Funktion, indem ein übergreifendes Konnotat erzeugt wird. Diese Methode der Aneinanderreihung und der damit verbundenen Herstellung eines übergreifenden Sinnzusammenhangs wird relativ häufiger vom ZDF angewandt. So z. B. in der 19.00 Uhr-Ausgabe der ZDF-Nachrichten vom 18.3.1977: Carter vor der UNO zu den Menschenrechten in aller Welt; Menschenrechte in der CSSR; CDU/CSU über Menschenrechtsverletzungen in der DDR; Flucht aus der DDR.
Bei der Auszählung des untersuchten Materials fanden wir, daß bei der ARD 6,5 % und beim ZDF 13,9 % aller Beiträge in Konnotationsketten zusammengezogen waren.

In diesen Werten sind die bei Fernsehjournalisten üblichen, manchmal verzweifelt anmutenden Versuche der Konstruktion von Übergängen zwischen einzelnen Beiträgen nicht enthalten.

5. Bei der semantischen Analyse von Interviews mit Politikern fällt auf, daß sich die interviewenden Fernsehjournalisten oft relativ leicht von der von ihnen aufgebauten Textisotopie abbringen lassen. Politikern gelingt es dann zumeist, eine eigene, von ihnen präferierte Thematik einzuführen. Durch diese Form des Interviews unterstützt der Fernsehjournalismus bewußt oder unbewußt eine souveräne Selbstdarstellung der Eliten des politisch-administrativen Systems. Dieses Ergebnis stützt somit die entsprechenden Befunde aus der Basisanalyse.

Wie gesagt, können die eben genannten Ergebnisse für den Untersuchungszeitraum (14.3. bis 21.3.1977) als hinreichend belegt bezeichnet werden. Es konstituieren sich also in den Nachrichtenprogrammen von ARD und ZDF recht unterschiedliche "Weltbilder", über deren "Objektivität" sich trefflich streiten läßt. Aufgabe sollte es nun sein, diese unterschiedlich konstruierten Realitätsbilder in ihrer Gesamtheit zu erfassen und aufzuzeigen. Dies war im Rahmen unseres Forschungsprojekts aus forschungsökonomischen Gründen jedoch nicht in der notwendigen Komplexität möglich, sollte aber Anlaß zu weiteren Forschungen auf verbreiteter Text- und Materialbasis sein. Die abschließend angeführten beiden Beispiele haben insofern nur den Zweck, exemplarisch zu demonstrieren, wie die "Konstruktion von Realität" (Schulz) im Fernsehjournalismus vor sich geht. Die beiden Themen sind:
1. Bundeskongreß und Bild der Jungsozialisten
2. Gesellschaftliche und politische Situation Frankreichs vor den Wahlen im Frühjahr 1977.

Zu 1: Bundeskongreß der Jungsozialisten

Die Berichterstattung im ZDF:

Das ZDF zeichnet durch seine Berichterstattung zum Bundeskongreß der Jungsozialisten folgendes Bild von den "Jusos" und deren Verhältnis zur SPD:

Die Jungsozialisten sind insgesamt als kommunismusnah einzustufen. Dabei befindet sich jedoch ein gemäßigter Teil, der in kritischer Distanz zur Mutterpartei steht und das linke Gewissen der SPD sein, noch in "Halbdistanz". Dagegen sind die "Stamokaps" als radikale linke Gruppierung bei den Jungsozialisten bereits über diese Schwelle hinaus. Sie sind zu einer punktuellen Zusammenarbeit mit Kommunisten bereit, vertreten planwirtschaftliche Theorien und gehen überhaupt von einer marxistischen Grundthese aus. Zwischen diesen beiden Gruppen innerhalb des Bundesverbandes existiert ein tiefer Riß, und eine Abspaltung der radikalen Gruppe der "Stamokaps" erscheint deshalb möglich. Auch der Vertreter der Mutterpartei, Egon Bahr, geht schon davon aus, daß die "Stamokaps" nicht mehr auf dem Boden des Godesberger Programms stehen. Damit ergibt sich auch ein schwerwiegender Konflikt mit der Mutterpartei.
Insgesamt findet eine Projektion der Zustände bei den Jungsozialisten auf die SPD statt. Diese Projektion wird durch das Denotat "Arbeitskreis der SPD" realisiert. Durch die Wahl Benneters wird die Spaltung der Jungsozialisten noch verstärkt, da die Polarisierung der Gruppierungen sich jetzt deutlicher herauskristallisiert, mit offensichtlichen Vorteilen für die

Linken. Durch die Projektion der Juso-Verhältnisse auf die SPD ergibt sich dadurch ebenfalls ein möglicher Linksrutsch der Mutterpartei.
Die von den Oppositionsparteien geäußerte Kritik, die Jungsozialisten stünden teilweise nicht mehr im demokratischen Rahmen der SPD, seien prokommunistisch und linksradikal sowie der Vorwurf, die SPD rücke weiter nach links, erscheint deshalb berechtigt. Man kann insofern beim ZDF von einer Homogenität zwischen Berichterstattung und Oppositionsmeinung sprechen.
(Vgl. auch Schaubild 17 vs. Schaubild 18 auf Seite 103).

Die Berichterstattung der ARD:

Die Berichterstattung der ARD zeichnet ein ganz anderes Bild: Wie die Jungsozialisten am Beispiel der Debatte um die Abhöraffäre zeigen, sind sie um den Rechtsstaat bemüht und sorgen sich um Freiheit und Liberalität. Die Auseinandersetzungen innerhalb des Bundeskongresses sind hier eher Auswirkungen des Wahlkampfes zum Bundesvorsitz, als prinzipielle Flügelkämpfe. Die "Stamokaps" als Vertreter des linken Flügels der Jungsozialisten stehen dabei der Mutterpartei in kritischer Distanz gegenüber, was sich auch durch sachliche Kritik an der Politik der Bundesregierung äußert. Ihr Parteiprogramm steht dabei durchaus noch auf marktwirtschaftlicher Ebene. Die rechten Jungsozialisten scheinen dagegen offenbar fest in den Parteiapparat der SPD eingegliedert zu sein.
Die Wahl Benneters zum neuen Vorsitzenden läßt zwar einen Riß innerhalb des Bundeskongresses erkennbar werden, dieser kann aber durch die Kompromißbereitschaft Benneters wohl überbrückt werden.
Diese Ansicht scheint auch die Bundespartei zu teilen, da sie erst einmal abwarten will, ob sich der personelle Riß bei den Jungsozialisten auch in der praktischen Arbeit durchsetzt. Die Kritik der CDU/CSU wirkt in diesem Zusammenhang nicht stringent und verfehlt.
(Vgl. auch Schaubild 17 vs. Schaubild 18 auf Seite 103)

Zu 2: Kommunalwahl in Frankreich

Nach Darstellung des ZDF ist die Linke in Frankreich auf dem Vormarsch. Der Aufstieg der Linksparteien in Frankreich ist keineswegs das Produkt eines temporären Meinungswandels der französischen Wähler, sondern er resultiert aus einer grundlegenden Gesellschaftskrise. Diese Gesellschaftskrise (= Linkstrend) wiederum ist nicht durch die Stärke der französischen Linken zu erklären, sie ist vielmehr auf die Schwäche der Regierungsparteien zurückzuführen, die an folgenden vier Punkten deutlich wird:
1. die Unfähigkeit der Regierung, die Arbeitslosigkeit und die Inflation zu stoppen,
2. der Verschleiß der regierenden Parteien, die seit 20 Jahren mit wechsenden Staatspräsidenten regieren,
3. die Schwerfälligkeit der Zentralverwaltung, die den Protest einzelner Provinzen hervorruft,
4. die Spaltung des Regierungslagers.

Zudem handelt es sich bei den Kommunisten nicht um eine politische Gruppe, sondern um Ideologen. Die Umweltschützer, die sich als dritte Gruppe bei den Wahlen herauskristallisiert haben, tendieren mehr zu den Linken als zum bürgerlichen Lager. Sie sind in eine gewisse Lücke gestoßen, die bisher von den etablierten Parteien nicht gefüllt wurde, sind dabei aber keinesfalls als ernstzunehmende Gruppe oder politische Kraft einzustufen.
Der Wahlsieg der Linken im zweiten Wahlgang und die Niederlage von drei

Ministern kann - nach Meinung des ZDF - Frankreich durchaus in eine Regierungskrise stürzen. Das bürgerliche wählende Paris ist der Aufhänger der Berichterstattung.
(Vgl. auch Schaubild 19 vs. Schaubild 20 auf Seite 104)

Die Berichterstattung der ARD:

Insgesamt läßt sich in Frankreich ein Linkstrend feststellen, der sich noch stärker auswirken würde, wenn das Wahlgesetz nicht die Linke benachteiligte. Die Sozialisten sind mit Abstand die größte Partei Frankreichs und auch die Kommunisten haben an Stimmen gewonnen. Insgesamt stellen die Linken 2/3 aller französischen Bürgermeister.
Als Begründung für diesen Linksrutsch werden in der ARD angegeben:
1. die Entwicklung der sozialistischen Partei zu einer eindeutigen Linkspartei.
2. die unübersehbaren Risse im Regierungslager.

Frankreich ist demnach in zwei Lager gespalten, in dessen Mitte sich die Grünen als dritte politische Kraft etabliert haben, weil sie eine Einteilung Frankreichs in zwei Lager nicht akzeptieren wollen. Sie tendieren dabei aber eher zur Linken als zu den bürgerlichen Parteien.
(Vgl. auch Schaubild 19 vs. Schaubild 20 auf Seite 104).

4. Zusammenfassung

Sichtet man die in den drei ersten Abschnitten dieses Kapitels präsentierten empirischen Befunde im Zusammenhang und konfrontiert sie mit dem in Kapitel II entwickelten Hypothesenkatalog, so zeigt sich, daß die zur Stützung unseres steuerungstheoretischen Erklärungsmodells besonders wichtigen Annahmen (vgl. Hypothese 1 - 7, 9, 14 und 15) überwiegend bestätigt wurden:

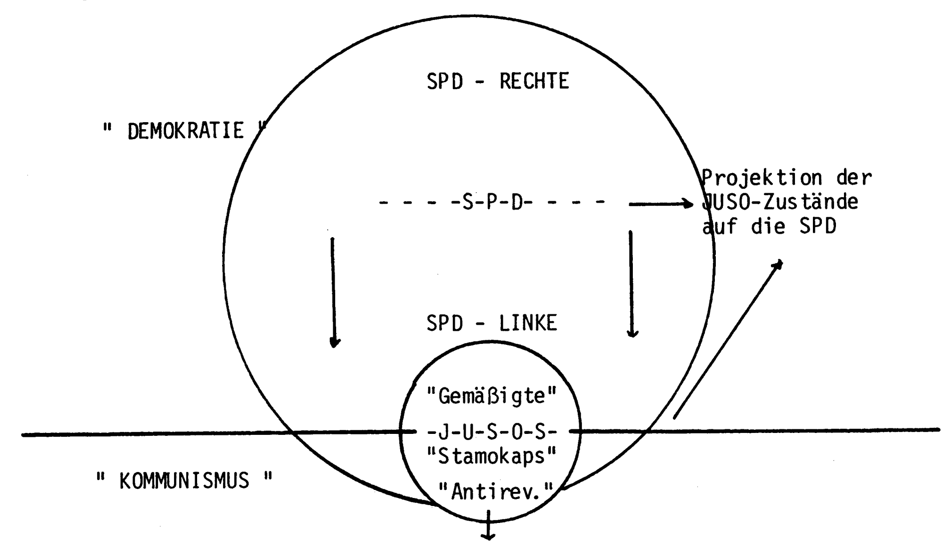
- die aktuelle Berichterstattung über politische Problemlagen und Ereignisse dominiert deutlich gegenüber der Berichterstattung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen;
- sie reduziert sich weitgehend auf das Handeln von Funktionsträgern im Kernbereich des politisch-administrativen Systems mit einem starken Bonus für die (jeweils) amtierende Regierung und entsprechender Vernachlässigung der Artikulations- und der Vollzugsphase des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses;
- innerhalb des politisch-administrativen Systems konzentriert sich die publizistische Privilegierung durch Wort und Bild nochmals auf einen ganz kleinen Kreis, der überwiegend im selbst inszenierten Handlungsrahmen auftreten kann; so entsteht das Bild einer stark personalisierten politisch-administrativen Oligarchie mit hoher Sachkompetenz und Krisenbewältigungsfähigkeit.

Aus diesen Ergebnissen ist zunächst einmal die Schlußfolgerung zu ziehen, daß der Erklärungswert unseres Modells mit seiner Grundannahme einer Dominanz des politisch-administrativen Systems über das Massenkommunikationssystem und einer entsprechend funktionalen Berichterstattung des letzteren zumindest für den Bereich der aktuellen Nachrichtensendungen im Fernsehen insgesamt höher einzuschätzen ist als der Erklärungswert struktur-funktionalistischer Massenkommunikationsmodelle, die noch von einer hochgra-

Schaubild 17:



Ideologische Einordnung JUSOS/SPD (ZDF)



- Planwirtschaftliche Theorien
- Marxistisches Gedankengut
- Punktuelle Zusammenarbeit mit Kommunisten
- Nicht mehr auf dem Boden des Godesberger Programms

Schaubild 18:

Ideologische Einordnung JUSOS/SPD (ARD)

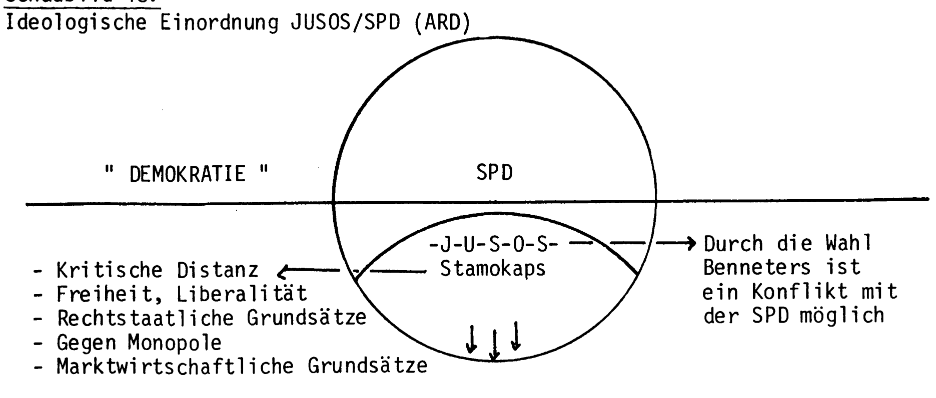


Schaubild 19:

Parteienspektrum in Frankreich (ZDF)

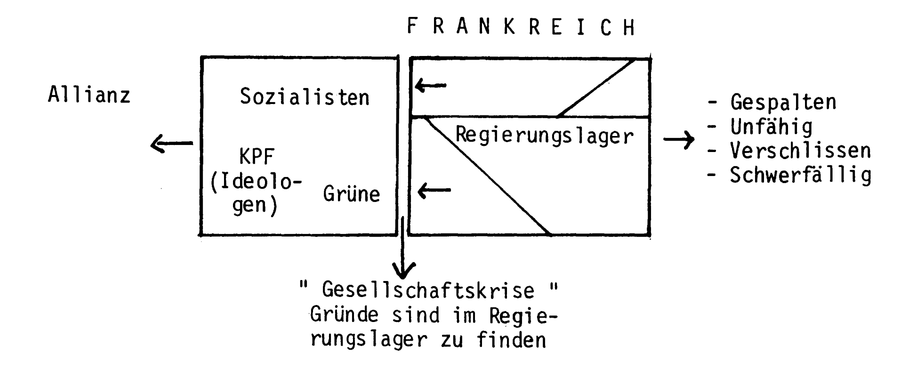
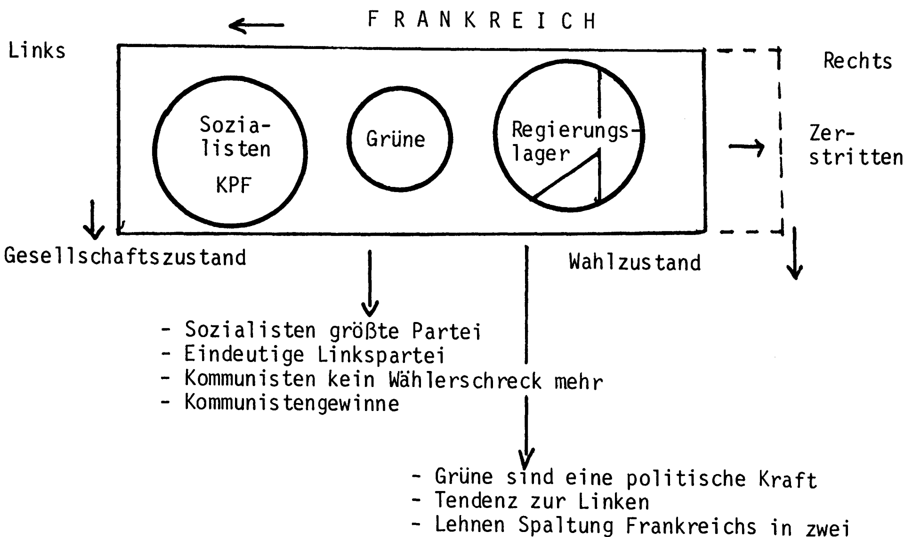


Schaubild 20:

Parteienspektrum in Frankreich (ARD)



digen Autonomie des Massenkommunikationssystems ausgehen. Das heißt mit anderen Worte, daß wir davon ausgehen müssen, daß die Berichterstattung in den Fernsehnachrichten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Bewältigung der Bestands- und Funktionsprobleme des politisch-administrativen Systems leistet, in dem sie Grundhaltungen, die in großen Teilen der Bevölkerung der Bundesrepublik bereits vorhanden sind, weiter verstärkt wie z. B. die Neigung zur politischen Abstinenz, zur Privatheit als dominanter Verhaltensmaxime und zur Bereitschaft, auf Anforderung Disziplin und "Massenloyalität" gegenüber den Entscheidungen der politisch-administrativen Führungseliten zu bekunden. Gegenüber den Befunden der Fernsehnachrichtenanalyse von 1966/67 hat sich also im großen und ganzen nichts geändert. (47)

Auf der anderen Seite stießen wir bei unseren jetzigen Untersuchungen auf einige Befunde, die nicht in dieses Bild einer vom politisch-administrativen System instrumentalisierten Berichterstattung passen. Das gilt insbesondere für die Abweichungen bei den formalen Merkmalen der Fernsehnachrichten und die Unterschiede zwischen ARD und ZDF. Selbst wenn man bei letzteren noch einen Teil der Varianz durch eine (in unseren Hypothesen nicht berücksichtigte) "Feinanpassung" an das Parteiensystem erklären kann, bleiben doch noch einige Anhaltspunkte, die der Hoffnung Nahrung geben, daß Fernsehen möge den parteipolitischen Entartungen unseres demokratischen Systems nicht auch noch durch einen immer unverhohlener hervortretenden Byzantinismus der politischen Berichterstattung die Krone aufsetzen. Wenn schon unter den gegebenen Bedingungen an eine im eingangs definierten Sinne "kompensatorische" Berichterstattung nicht zu denken ist, so gilt es doch alles zu tun, um das Fernsehen als "bedrohte Spezies" (48) vor weiteren Beschädigungen zu bewahren.

V. Anhang

1. Anmerkungsverzeichnis

zu Kapitel I:

1) Vgl. zu dieser an der Lasswell-Formel orientierten Einteilung u.a. W. R. LANGENBUCHER et al., Zur Notwendigkeit einer Neukonzeption der Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik, in: K. BERG und M. L. KIEFER (Hrsg.), Massenkommunikation, Mainz 1978, S. 14.

2) Vgl. dazu die Skizze bei H. SCHATZ, Zum Stand der politikwissenschaftlich relevanten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS, Sonderheft 9/1978, S. 434 ff.

3) Vgl. hierzu ders., a.a.O., S. 443 f.

4) Zur Darstellung des Ansatzes vgl. J. G. BLUMLER/E. KATZ, The Uses of Mass Communications, Beverly Hills/London, 1974 sowie J. G. BLUMLER, The Role of Theory in Uses and Gratification Studies, Arbeitspapier für die Jahreskonferenz der ICS, Berlin, Juni 1977.

5) Grundlegend zu diesem Problembereich bereits D. LERNER, Toward a Communication Theory of Modernization, in: L. W. PYE (Hrsg.), Communications and Social Development, Princeton/N.Y. 1963, S. 327 ff.

6) Vgl. hierzu in verkürzender ökonomistischer Perspektive H. HOLZER, Kommunikationssoziologie, Reinbek 1973 und ders., Theorie des Fernsehens, Hamburg 1975.

7) In dieser Situation ist die in der Bundesrepublik Deutschland seit einigen Jahren stark zunehmende Beschäftigung der Germanistik/Linguistik mit Medieninhalten im allgemeinen und der politischen Berichterstatttung im besonderen umso bemerkenswerter. Hier liegen eine Reihe vielversprechender theoretischer Ansätze und vielfältige empirische Forschungsergebnisse vor. Beispielhaft seien genannt die Arbeiten der Forschungsgruppe um L. HUTH, Universität Gießen und um E. STRASSNER, Universität Tübingen; vgl. dazu die Hinweise in: Publizistik, Heft 4/1977.

8) Ein erster Ansatz zur Thematisierung dieses Problemkreises findet sich bei M. SCHATZ-BERGFELD, Massenkommunikation und Herrschaft, Meisenheim 1974.

9) Eine fragwürdige Fortführung dieses Ansatzes findet sich in den neueren Arbeiten von E. NOELLE-NEUMANN und ihren Mitarbeitern; vgl. dazu H. M. KEPPLINGER (Hrsg.), Angepaßte Außenseiter, Freiburg/München 1979, S. 7 ff.

10) Vgl. dazu den Begriff "publikumszentriert" bei K. RENCKSTORF, Tagesablaufstudien und die Gewinnung neuer Datenqualitäten in der Massenkommunikationsforschung, in: K. BERG und M. L. KIEFER (Hrsg), a.a.O., S. 327.

11) Zum Begriff s. H. SCHATZ, Auf der Suche nach neuen Problemlösungsstrategien ..., in: R. MAYNTZ / F. W. SCHARPF (Hrsg.), Planungsorganisation, München 1973, S. 11.

12) Vgl. hierzu u.a. das umfangreiche Datenmaterial bei M. L. KIEFER, Massenkommunikation 1964-1970-1974, in: K. BERG und M. L. KIEFER (Hrsg.), a.a.O., S. 41 ff., u.a. S. 109 ff.

13) M. SCHATZ-BERGFELD, Inhaltsanalyse der Nachrichtensendungen der beiden deutschen Fernsehprogramme, unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim 1969.

zu Kapitel II:

1) Zum Begriff vgl. N. LUHMANN, Öffentliche Meinung, in: ders., Politische Planung, Opladen 1971, S. 9 ff.

2) Zu dieser Grundproblematik demokratischer Regierungsweise s. stellvertretend W.-D. NARR und F. NASCHOLD, Theorie der Demokratie, Stuttgart usw. 1971, passim.

3) Vgl. dazu H. H. von ARNIM, Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt/Main 1977, u.a. S. 148 ff.

4) Vgl. hierzu u.a. P. BACHRACH, The Theory of Democratic Elitism, Boston 1967.

5) So N. LUHMANN, Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969.

6) Zum Einfluß demokratietheoretischer Vorstellungen auf die Institutionalisierungsformen des Massenkommunikationssystems s. schon T. PETERSON, J. W. JENSEN und W. L. RIVERS, The Mass Media and Modern Society, New York 1965; vgl. auch die Analogien zu W. BAGEHOT bei R. WILDENMANN und W. KALTEFLEITER, Funktionen der Massenmedien, Frankfurt/Main, Bonn 1965, u.a. S. 26 f.

7) Zur Bedeutung dieser in der Massenkommunikationsforschung lange Zeit vernachlässigten Funktion s. M. SCHATZ-BERGFELD, Massenkommunkation ..., S. 50 ff.

8) Vgl. R. WILDENMANN und W. KALTEFLEITER, a.a.O., S. 16 ff.

9) Vgl. zu der hier angesprochenen Problematik von Ausgewogenheit und Objektivität die verschiedenen Beiträge in: U. SAXER (Hrsg.), Fernsehen: Stichwort "Objektivität", Bern 1974.

10) Vgl. dazu die zusammenfassende Darstellung bei F. W. SCHARPF, Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970, S. 29 ff.

11) Vgl. dazu C. OFFE, Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: G. KRESS, D. SENGHAAS (Hrsg.), Politikwissenschaft, Frankfurt 1969, S. 155 ff. unter verdecktem Rückgriff auf M. OLSON Jr.

12) Zum Konzept der "political culture" s. G. A. ALMOND und S. VERBA, The Civic Culture, Princeton, N. Y. 1963.

13) Formaldemokratische Mechanismen gesellschaftlicher Konfliktbearbeitung sind ein wesentlicher Faktor zur Erhöhung dieser Schwelle, auch wenn sie faktisch bestehende Disparitäten nicht beseitigen; vgl. dazu N. LUHMANN, Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969.

14) Vgl. dazu die Befunde bei M. und S. GREIFFENHAGEN, Ein schwieriges Vaterland, München 1979, u.a. S. 102 ff.

15) Zu diesen Grundfragen der Sozialisationstheorie generell T. PARSONS, Zur Theorie sozialer Systeme, hrsg. von S. JENSEN, Wiesbaden 1976.

16) Vgl. dazu für die BRD die verschiedenen Beiträge in H. M. KEPPLINGER, (Hrsg.), Angepaßte Außenseiter, Freiburg/München 1979.

17) Zu dieser Begriffsbildung s. K. P. JANK, Die Rundfunkanstalten der Länder und des Bundes, Berlin 1967, S. 24 ff.

18) Vgl. M. SCHATZ-BERGFELD, Massenkommunikation ..., S. 141.

19) Vgl. dazu die Angaben über die Einnahmenstruktur in den Jahrbüchern von ARD und ZDF.

20) Darstellung und Kritik der wichtigsten dieser Ansätze bei W. GEHRMANN, Disparate Kommunikation, Bochum 1977.

21) Auch die Ansätze der Nutzentheorie (vgl. Anm. I.4) haben hier noch deutliche Schwächen.

22) Vgl. hierzu H. SCHATZ, Zum Stand ... (s. Anm. I.2), S. 437.

23) K. RENCKSTORF, Tagesablaufstudien ... (s. Anm. I.10), S. 331 ff.

24) Vgl. dazu die Gegenüberstellung bei F. LEHNER, Grenzen des Regierens, Königstein/T. 1979, S. 1 f.

25) Vgl. hierzu stellvertretend J. O'CONNOR, Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/Main 1974 sowie C. OFFE, Krisen des Krisenmanagements, in: M. JAENICKE (Hrsg.), Herrschaft und Krise, Opladen 1973, S. 197 ff.

26) Vgl. dazu F. W. SCHARPF et al., Politikverflechtung, Kronberg/T. 1976, u.a. S. 276 ff.

27) Hierzu zählen neben einer ganzen Reihe sozialpolitischer Umverteilungspolitiken vor allem die Bemühungen, die soziale Reintegration von Randgruppen, die durch den sozioökonomischen Wandel immer wieder neu entstehen, zu erreichen, zumindest aber ihre politische Radikalisierung zu verhindern; vgl. zu diesem Problemkomplex u.a. C. OFFE, Berufsbildungsreform, Frankfurt/Main 1975, S. 436.

28) Vgl. hierzu M. EDELMAN, Politik als Ritual, Frankfurt/New York 1976, u.a. S. 22 ff.

29) S. dazu H. SCHATZ, Zum Stand ... (s. Anm. I.2), S. 437.

30) So der Titel seines in 1. Auflage 1964 in Urbana/Ill. erschienenen Buches.

31) M. EDELMAN, Politik ..., S. 187.

32) ders., a.a.O., S. 98 ff.

33) ders., a.a.O., S. 97 ff., 146 ff. und 167 ff.

34) N. LUHMANN, Öffentliche Meinung, in: ders., Politische Planung, Opladen 1971, S. 9 ff.

35) ders., a.a.O., S. 14 f.

36) ders., a.a.O., S. 17.

37) ders., a.a.O., S. 22.

38) ders., a.a.O., S. 26.

39) ders., a.a.O., S. 24.

40) Belege bei C. I. HOVLAND et al., Communications and Persuasion, New Haven/London 1961, S. 30 f. sowie bei: D. SEARS und R. WITHNEY, Political Persuasion, in: W. SCHRAMM et al., Handbook of Communication, Chicago 1973, S. 253 ff.

41) Vgl. hierzu die Begriffe "predictability" und "unexpectedness" bei GALTUNG/RUGE, zitiert nach W. SCHULZ, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg/München 1976, S. 17.

42) Vgl. hierzu und zu den folgenden Hypothesen die Dimension "Nähe" bei W. SCHULZ, a.a.O., S. 33 sowie die Ausführungen S. 19 f.

43) Vgl. dazu B. WEMBER, Wie informiert das Fernsehen? München 1976 und K. RENCKSTORF, Nachrichtensendungen im Fernsehen, verv. Mskr., Hamburg 1976, S. 136 f.

44) Vgl. H. M. Kepplinger, Optische Kommentierung in der Fernsehberichterstattung über den Bundestagswahlkampf 1976, in: T. ELLWEIN (Hrsg.), Politikfeld-Analysen 1979. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, 01.-05. Oktober 1979 in der Universität Augsburg - Tagungsbericht, Opladen 1980.

45) Vgl. dazu Kapitel IV.2, S.85 ff.

zu Kapitel III:

1) Vgl. die Darstellung und Kritik der Ansätze bei J. RITSERT, Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung, Frankfurt/Main 1972, H. BESSLER, Aussagenanalyse Düsseldorf 1972[2], R. LISCH/J. KRIZ, Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse, Reinbek 1978; vgl. außerdem die Kongreßberichte: G. GERBNER/O. R. HOLSTI/ K. KRIPPENDORF/W. J. PAISLEY/ P. J. STONE (Hrsg.),The Analysis of Communication Content-Developments in Scientific Theories and Computer Techniques, New York 1969; I. de SOLA POOL (Hrsg.)Trends in Content Analysis, Urbana 1959.

2) Vgl. S. KRACAUER, The Challenge of Qualitative Content Analysis, in: Public Opinion Quarterly 16/1952, S. 631-642.

3) Th. W. ADORNO (Seminarleiter), Protokolle und Referate des Seminars "Probleme der qualitativen Inhaltsanalyse", Institut für Sozialforschung der J.-W.-Goethe-Universität Frankfurt, Sommersemester 1971; zitiert bei RITSERT, a.a.O., S. 28.

4) F. de SAUSSURE, Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Berlin/ Leipzig 1931, S. 147.

5) W. DRESSLER, Einführung in die Textlinguistik, Tübingen 1972, S. 12.

6) W. DRESSLER, a.a.O., S. 12.

7) Vgl. B. BERELSON, Content Analysis in Communication Research, New York (1952) new edition 1971, S. 18 ff.

8) F. de SAUSSURE, a.a.O., S. 77.

9) Vgl. J. LINK, Literaturwissenschaftliche Grundbegriffe, München 1974, S. 52.

10) Vgl. H. BESSLER, a.a.O., S. 10.

11) Vgl. F. de SAUSSURE, a.a.O., S. 148.

12) "Über die Funktion der Syntax beim Satzverstehen gab es im Anschluß an CHOMSKY zahlreiche Untersuchungen mit verschiedensten Methoden. Nachdem die Psycho-Linguistik ihre Abhängigkeit von der Transformationsgrammatik überwunden hatte, wurde der Stellenwert syntaktischer Informationen für die Verständlichkeit neu bestimmt ... . So kann es als gesichert gelten, daß die Syntax eine Hilfs- und Steuerungsfunktion für die semantische Organisationsstruktur erfüllt. Die Satzstruktur bestimmt, welche semantischen Relationen geknüpft werden sollen und mit welchen kognitivem Aufwand sie zustande kommen.", St.-P. BALLSTAEDT,Nachrichtensprache und Verstehen, Tübingen, Sept. 1978, (Hektogramm II) S. 8; dieser Ansatz von BALLSTAEDTbleibt zum größten Teil auf der Analyse textimmanenter Strukturen stehen und versucht überdies, semantische Strukturen des Textes von syntaktischen Relationen herzuleiten.

13) J. LINK, a.a.O., S. 41.

14) Vgl. J. RITSERT, a.a.O., S. 41.

15) Vgl. J. RITSERT, a.a.O., S. 23 ff.

16) Qualitative Analyse soll hier nicht hermeneutische Textexegese bedeuten.

17) Vgl. M. RÜHL, Vom Gegenstand der Inhaltsanalyse, in: Rundfunk und Fernsehen, 24/1976, S. 367-378.

18) R. LISCH/J. KRIZ, a.a.O., S. 12.

19) J. Markoff/G. SHAPIRO/S. R. WEITMAN, Toward the Integration of Content Analysis and General Methodology, in: D. R. HEISE (Hrsg.), Sociological Methodology 1975, San Francisco/Washington/London 1974, S. 5.

20) Vgl. u.a. A. DEICHSEL, Elektronische Inhaltsanalyse. Zur qualitativen Beobachtung sprachlichen Handelns, Berlin 1975; desweiteren vgl. die methodische Anregung von P. EKMAN/W. V. FRIESEN/Th. G. TAUSSIG, VD-R and SCAN: Tools and Methods for the Automated Analysis of Visual Records,in: GEORGE et al. (Hrsg.), a.a.O., S. 297-313.

21) Vgl. O. R. HOLSTI, Content Analysis for the Social Sciences and Humanaties, London 1969, S. 48.

22) Vgl. hierzu u.a. M. SCHATZ-BERGFELD, Inhaltsanalyse der Nachrichtensendungen der beiden deutschen Fernsehprogramme, Mannheim 1969 (Hektogramm), S. 64 f.; K. H. GROHALL/A. SCHUSTER, Bemerkungen über den Inhalt von Fernsehnachrichtensendungen in der BRD, in: E. STRASSNER (Hrsg.), Nachrichten, München 1975, S. 51-65, hier S. 57 f.; W. SCHULZ, Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg/München 1976, S. 125.

23) Vgl. B. WEMBER, a.a.O., München 1976.

24) Vgl. St.-P. BALLSTAEDT, Eine Inhaltsanalyse zum Filmjournalismus bei "heute" und "Tagesschau", in: Publizistik 22/1977, S. 443-449, und derselbe, Grenzen und Möglichkeiten des Filmjournalismus in der aktuellen Berichterstattung, Tübingen Juli 1977 (Hektogramm I).

25) Vgl. z.B. R. S. FRANK, Message Dimensions of Television News, Lexington 1973.

26) Vgl. J. PAECH (Hrsg.), Film- und Fernsehsprache 1, Frankfurt/Main 1975, S. 9-27.

27) St.-P. BALLSTAEDT (Publizistik), a.a.O., S. 444.

28) Vgl. J. PAECH, a.a.O., S. 28-57.

29) Vgl. St.-P. BALLSTAEDT (Hektogramm I), a.a.O., S. 12 und Glasgow University Media Group, Bad News, Vol. 1, London 1976, S. 29 f.

30) Vgl. Ch. METZ, Semiologie des Films, München 1972, S. 160 f.

31) Vgl. Ch. METZ, Sprache und Film, Frankfurt/Main 1973, S. 255 f.

32) H. BESSLER, a.a.O., S. 17.

33) Vgl. Hypothese 14, S. 17.

34) Vgl. H. BESSLER, a.a.O., S. 19.

35) Vgl. zu diesem Abschnitt generell K. LANGE, Inhaltsanalyse von Fernsehnachrichtensendungen. Entwicklung und Erprobung eines Instrumentariums zur Inhaltsanalyse von Fernsehnachrichten unter besonderer Berücksichtigung der Filmformen, Diplomarbeit: Ruhr-Universität Bochum, Abteilung für Sozialwissenschaften, Oktober 1977.

36) Vgl. Hypothese 10, S. 16.

37) Vgl. S. 13.

38) Vgl. die Ergebnisse auf S. 48 ff.

39) Vgl. M. KOPS, Auswahlverfahren in der Inhaltsanalyse, Meisenheim am Glan 1977, hier S. 7.

40) Vgl. S 2.

41) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 26 ff.

42) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 196 ff.

43) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 241 ff.

44) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 58.

45) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 244 ff.

46) Vgl. M. KOPS, a.a.O., S. 247 ff.

47) Es wurde die Prozedur "SAMPLE" des statistischen Programmpaketes SPSS verwendet.

48) Unter der Annahme, daß einzelne Wochentage spezifische Merkmalsausprägungen aufweisen (Samstage z.B. hohen Sportanteil) und der Absicht, Klumpungseffekte (durch zusammenhängende Woche) zu vermeiden, wurde aus verschiedenen Wochentagen aus einem größeren Zeitraum (per Zufallsauswahl) eine "künstliche Woche" zusammengestellt.

49) Vgl. zur Logik von Signifikanztests R.WAGENFÜHR/M. TIEDE/W. VOSS, Statistik leicht gemacht, Band II. Einführung in die induktive Statistik, Köln 1971, S. 243 ff.

50) Vgl. hierzu H. BENNINGHAUS, Destriptive Statistik, Stuttgart 1974,S.94 ff.

51) Diese Unterscheidung wird bei vielen Inhaltsanalysen von audio-visuellen Medien kaum problematisiert.

52) Vgl. D. A. GRABER, Approaches to Content Analysis of Television News Programms, o.O., Paper for the AAPOR-WAPOR 1974, Annual Meeting.

53) Vgl. D. A. GRABER, a.a.O., S. 2.

54) Vgl. hierzu St.-P. BALLSTAEDT (Hektogramm I), a.a.O., S. 5 ff.

55) Vgl. B. WEMBER, a.a.O., S. 57 ff.

56) Vgl. R. S. FRANK, a.a.O., S. 25 f.

57) Vgl. hierzu W. SCHULZ/R. V. LESSEN/C. SCHLEDE/N. WALDEMANN, Die Bedeutung audio-visueller Gestaltungsmittel für die Vermittlung politischer Einstellungen, in: AV-Forschung 15/1976, S. 49-210; hier S. 57, wo eine ähnliche Verfahrensweise wie die im folgenden vorgeschlagene angewandt wurde.

58) Vgl. B. WEMBER, a.a.O., S. 108 ff.

59) Vgl. hierzu generell den Anhang S. 123 ff.

60) Siehe Muster des Protokollbogens auf S. 122.

61) Vgl. Abschnitt 3.2 dieses Kapitels.

62) Die nicht-identischen Abgrenzungen der Untersuchungseinheiten (zwischen den Vercodern) gingen als zusätzliche Fehler bei der Berechnung der Reliabilitätskoeffizienten ein. Vgl. Fußnote 44) zum Problem "quasi-natürlicher" Untersuchungseinheiten.

63) Vgl. J. RITSERT, a.a.O., S. 65 ff.

64) Vgl. Abschnitt 3.1.3.2.

65) Vgl. S. 33 f.

66) Vgl. S. 14 ff.

67) Vgl. Abschnitt 3.1.3.2.

68) Genauer betrachtet stellt diese Liste eine Mischform aus konkreten, zeitgebundenen Einzelthemen und globalen Politiken dar.

69) Vgl. S. 14 ff.

70) Vgl. M. SCHATZ-BERGFELD, a.a.O., S. 21.

71) In der Film-Detailanalyse sollten nur Filme mit bundesdeutschen Handlungsträgern untersucht werden.

72) Die Recodierungen wurden mit Hilfe der Datenmodifikationsprozeduren des statistischen Programmpaketes vorgenommen.

73) Vgl. S. 17.

74) Mit dieser Unterscheidung werden die Artikulationsmöglichkeiten (von Politikern, Interessengruppen) in den Filmformen berücksichtigt.

75) Vgl. B. WEMBER, a.a.O., S. 15 ff.

76) Vgl. Abschnitt 3.1.3.2.

77) Vgl. zur Auswahlproblematik Abschnitt 3.1.1.1.

78) Vgl. zur Definition der Untersuchungseinheit H. M. KEPPLINGER, Optische Kommentierung in der Fernsehberichterstattung über den Bundestagswahlkampf 1976, in: T. ELLWEIN (Hrsg.), Politikfeld-Analysen 1979. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW, 1.-5. Oktober 1979 in der Universität Augsburg, Tagungsbericht, Opladen 1980, S. 163-179, welcher eine ähnliche Definition vornimmt (S. 166).

79) Vgl. S. 17.

80) Vgl. Fußnote 34).

81) Vgl. hierzu u.a. K. HICKETHIER, Lexikon der Grundbegriffe der Film- und Fernsehsprache, in: J. PAECH, a.a.O., S. 45-57.

82) Vgl. K. HICKETHIER, a.a.O., S. 49.

83) Hierbei handelt es sich eher um eine interpretierende Bildbeschreibung.

84) Vgl. Abschnitt 3.1.3.2.

85) Zum methodischen Problem, Wort-Bild-Identität zu bestimmen, vgl. D. ROSS, Aktualität zwischen Wort und Bild, in: Rundfunk und Fernsehen, 13/1965, S. 241-247.

86) Vgl. zur Auswahlproblematik Abschnitt 3.1.1.1.

87) Vgl. die Ergebnisse zur "Themenkarriere" auf S. 65 ff.

88) Zur näheren theoretischen Fundierung vgl. K. ADAMCZWESKI/F. NÜSSEN, Analyse politischer Aussagen in den Fernsehnachrichten, unveröffentlichte Staatsarbeit, Bochum 1979.
"Die dieser Analyse zugrundeliegende Theorie versteht sich in dem Sinne als materialistisch, als sie Erzeugnisse der Literatur als Resultate eines streng determinierten, rational simulierbaren, von bestimmten Positionen in bestimmten Sozialstrukturen überdeterminierten, kollektiven Produktionsprozesses auffaßt; sie ist nur insofern 'strukturalistisch' orientiert, als sie wesentliche analytische und deskriptive Theorien hauptsächlich der französischen semiologischen Schulen für tauglich hält, diesen Produktionsprozeß wissenschaftlich abbildbar zu machen; sie ist schließlich 'ideologiekritisch' nicht im Sinne einer 'progressiven Hermeneutik', die in Sorge um die 'Freiheit' ihrer eigenen 'kritischen Negativität' wissenschaftliche Exaktheit in den Kulturwissenschaften global als 'positivistisch' und 'technokratisch' verteufeln möchte, vielmehr gerade dadurch, daß sie die sozial determinierten und überdeterminierten Produktionsmechanismen der Kultur vom Standpunkt der exakten Wissenschaft aus anvisiert."; J. LINK, a.a.O., S. 16.

89) Vgl. A. J. GREIMAS, Strukturelle Semantik, Braunschweig 1971.

90) Vgl. als Beispiel bei J. LINK, a.a.O., S. 56.

91) Vgl. als Beispiel bei J. LINK, a.a.O., S. 54.

92) Vgl. als Beispiel bei J. LINK, a.a.O., S. 56.

93) Vgl. u.a. R. HERWEG, Pronomina und Textkonstruktion, München 1968, S. 10 und W. DRESSLER, Einführung in die Textlinguistik, Tübingen 1972.

94) Vgl. als Beispiel J. LINK, a.a.O., S. 67:
"Nehmen wir etwa folgenden Text: "Hulstkamp ist ein Klarer aus Korn; er ist sehr mild, sehr bekömmlich - und mit großer Umsicht gebrannt. Sie sollten ihn wirklich mal probieren" Die Einheit dieses Textes ist dadurch gewährleistet, daß das Semen 'Hulstkamp' danach durch die anaphorischen Pronomina 'er' bzw. 'ihn' substituiert wird."

95) Vgl. R. HERWEG, a.a.O., S. 10.

96) Vgl. J. LINK, a.a.O., S. 73; vgl. auch TEUN a van DIJK, Neuere Entwicklungen in der literarischen Semantik, in: J. IHWE (Hrsg.), Literaturwissenschaft und Linguistik, Band III, München 1973, S. 158; und A. J. GREIMAS, Zur Interpretationstheorie der mythischen Erzählung, in: Alternative, Zeitschrift für Literatur und Diskussion, 1968, S. 214.

97) Vgl. J. LINK, a.a.O., S. 75 f.

98) Vgl. J. LINK, a.a.O., S. 20.

99) Vgl. J. LINK, a.a.O., S. 20.

zu Kapitel IV:

1) Zur Definition dieser Untersuchungseinheit siehe Kapitel III, S.30.

2) Zur Definition siehe Kapitel III, S. 30.

3) Ohne Terrorismus.

4) Vgl. M. SCHATZ-BERGFELD, Inhaltsanalyse ... (s. Anm. I.12).

5) Nur dominantes Sachgebiet.

6) Vgl. Abschnitt 1.6., S. 89.

7) Zur Definition der Kategorien siehe S. 30 f.

8) Vgl. hierzu auch die Variable "BRD-Bezug", Tabelle 21 S. 74.

9) Diese Zahl wurde seinerzeit als überhöht kritisiert (vgl. dazu M. ABEND, Verständliche Fernseh-Nachrichten, in: E. STRASSNER (Hrsg.), Nachrichten München 1975, S. 186), wohl weil nicht beachtet wurde, daß es sich nicht nur um Auslandsmeldungen, sondern auch um Meldungen über deutsche Außen- und Sicherheitspolitik handelte.

10) Auf die Unterschiede zwischen ARD und ZDF wird noch eingegangen, vgl. dazu S.91 ff.;im übrigen sind die Themenkataloge der beiden Untersuchungen schwer vergleichbar, da der von 1966/67 fast doppelt soviele Einzelthemen auswies wie der unserer jetzigen Untersuchung, was natürlich die Feldersetzung beeinflußt.

11) Bei 1598 der 4676 Beiträge traten entweder nur ausländische Akteure auf oder es konnte kein eindeutiger Akteur festgestellt werden. Meistens handelte es sich dabei um Berichte aus den Sachbereichen Katastrophen/ Unglücksfälle, Wissenschaft und Forschung und Kunst/Kultur. Vgl. Tabelle A 5 im Anhang S. 16. Zum Anteil ausländischer Ereignisse vgl. Tabelle 19 S. 72 sowie Tabelle 20,S. 73.

12) Zur genaueren Abgrenzung der 13 Kategorien s. Kapitel III. S.33 ff.

13) 1966/67 entfielen auf die Kategorie "Bundesregierung" 15,6% der Nennungen.

14) Als Einzelpersonen erfaßt wurden der Bundespräsident, der Bundeskanzler, alle Bundesminister, die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat, die Ministerpräsidenten und Minister der Länder, von der SPD der Parteivorsitzende, der Bundesgeschäftsführer, der Bundesvorstand der Jungsozialisten sowie der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion, von der CDU der Parteivorsitzende, der Generalsekretär, der Vorsitzende der Junge Union, die Vorsitzenden der CDU-Frauen- sowie CDU-Sozialausschüsse, bei der CSU der Parteivorsitzende sowie der Landesgruppenl. der CSU. Von der FDP der Parteivorsitzende, der Bundesgeschäftsführer und der Leiter der FDP-Bundestagsfraktion, von NPD und DKP die Vorstandsvorsitzenden, die Chefs des DGB, der IGM und der ÖTV, der Chef der DAG, dazu die Vorsitzenden der wichtigsten Verbände, soweit sie nach den Ergebnissen von Pre-Tests in nennenswerter Häufigkeit als Person genannt wurden bzw. bildlich in Erscheinung traten.

15) KEIM setzt die Schwelle bei 200 Berichten in vier Jahren, also etwa bei 2 pro Sitzungswoche, an; vgl. dazu W. KEIM, Gewählte und Auserwählte, in: Medium, Heft 11, 1978, S. 13 ff.

16) Recht anschaulich zu diesen sich selbst stabilisierenden Selektionsprozessen U. DÖBBER, Neunzig Prozent ohne Resonanz, in: Das Parlament, 32/33, 11./18. 08. 79, S. 17 ff.

17) S. S. 75 ff.

18) S. S. 33 f. 33 f.

19) Zusammenfassung der 4 Kategorien aktiv-ausschließlich, -dominant, -gleichrangig, -zweitrangig.

20) Zusammenfassung der 4 Kategorien passiv-ausschließlich, -dominant, -gleichrangig, -zweitrangig.

21) Die Variable "Regierungsbeteiligung" umfaßt Regierungen (Regierungs-Chefs, Minister, Spitzenbürokraten usw.) generell, also nicht nur die Regierung der BRD.

22) Vgl. dazu M. und S. GREIFFENHAGEN, a.a.O., S. 65 ff.

23) Dazu kommen 0,2% Reporter-/Korrespondentenfilme.

24) Vgl. dazu Tabelle 25, S. 80.

25) Vgl. dazu u.a. B. WEMBER, a.a.O., S. 15 ff.

26)
27) entfallen.
28)

29) Vgl. zum konkreten Auswahlverfahren Kapitel III, Abschnitt 3.2.1. und zur generellen Auswahlproblematik Abschnitt 3.1.1.1.

30) Vgl. S. 22 f.

31) Vgl. Einstellungs-Definition in Kapitel III, Abschnitt 3.2.2.

32) Vgl. B. WEMBER, a.a.O., S. 15 ff.

33) Vgl. zu den Begrifflichkeiten im folgenden K. HICKETHIER, a.a.O., S. 45 ff.

34) Vgl. H.M. KEPPLINGER, a.a.O., S. 164 f.

35) Vgl. hierzu S. 96.

36) Vgl. S. 17.

37) Vgl. S. 17.

38) Vgl. H.M. KEPPLINGER, a.a.O., S. 165 f.

39) Vgl. hierzu W. SCHULZ et al., a.a.O., S. 123 ff.

40) Vgl. H.M. KEPPLINGER, a.a.O., S. 168 f.

41) Vgl. S. 48 ff.

42) Vgl. W. DONNER, Die öffentlich-rechtliche Huldigung, in: Die ZEIT, Nr. 25 vom 16.08.1971, S. 13.

43) Vgl. K. HICKETHIER, a.a.O., S. 51 ff.

44) Vgl. auch K. ADAMCZEWSKI und F. NÜSSEN, a.a.O., passim.

45) Vgl. dazu die ganz ähnlich lautenden Befunde bei K. SCHÖNBACH, Trennung von Nachricht und Meinung, Freiburg/München 1976.

46) Zitiert bei J. LINK, a.a.O., S. 86.

47) Vgl. H. SCHATZ, "Tagesschau" und "heute"-Politisierung des Unpolitischen?, in: R. ZOLL (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Opladen 1971, S. 120 f.

48) Vgl. W. SCHULZ, Das Fernsehen, eine bedrohte Spezies, in: Das Parlament, 17. Mai 1980, S. 14.

Literaturverzeichnis

1) ADORNO, Th. W.: Protokolle und Referate des Seminars "Probleme der quantitativen Inhaltsanalyse", Institut für Sozialforschung an der J.W. Goethe-Universität Frankfurt, Sommersemester 1971, in: Ritsert, J.: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik, Frankfurt/Main 1972.

2) ADAMCZEWSKI, K. und NÜSSEN, F.: Analyse von Nachrichtentexten, unveröffentlichte Staatsarbeit, Bochum, 1978.

3) ALMOND, G.A. und VERBA, S.: The Civic Culture, Princeton/N. Y., 1963.

4) ARNIM von, H.H.: Gemeinwohl und Gruppeninteressen, Frankfurt/Main 1977.

5) BACHRACH, P.: The Theory of Democratic Elitism, Boston 1967.

6) BALLSTAEDT, St.-P.: Eine Inhaltsanalyse zum Filmjournalismus bei "heute" und "Tagesschau", in: Publizistik, Heft 22, Konstanz, 1977,S.443 ff.

7) BALLSTAEDT, St.-P.: Grenzen und Möglichkeiten des Filmjournalismus in aktueller Berichterstattung, Tübingen Juli 1977.

8) BALLSTAEDT, St.-P.: Nachrichtensprache und Verstehen, Tübingen September 1978.

9) BENNINGHAUS, H.: Deskriptive Statistik, Stuttgart 1974.

10) BERELSON, B.: Content Analysis in Communication Research, New York 1952.

11) BESSLER, H.: Aussagenanalyse, Düsseldorf 1972^2.

12) BLUMLER, J.G.: The Role of Theory in Uses and Gratification Studies, Arbeitspapier für die Jahreskonferenz der ICS, Berlin Juni 1977.

13) BLUMLER, J.G. und KATZ, E.: The Uses of Mass Communications, Beverly Hills/London 1974.

14) DONNER, W.: Die öffentlich-rechtliche Huldigung, in: Die Zeit, Nr. 25, Hamburg 1971, S. 13.

15) DEICHSEL, A.: Elektronische Inhaltsanalyse. Zur quantitativen Beobachtung sprachlichen Handelns, Berlin 1975.

16) DRESSLER, W.: Einführung in die Textlinguistik, Tübingen 1972.

17) EDELMAN, M.: Politik als Ritual, Frankfurt/New York 1976.

18) EKMAN, P./FRIESEN, W.V./TAUSSIG, Th.G.: VID-R and SCAN: Tools and Methods for the Automated Analysis of Visual Records, in: GERBNER et al. (Hrsg.), S. 297 - 313.

19) FRANK, R.S.: Message Dimensions of Television News, Lexington 1973.

20) GEHRMANN, W.: Disparate Kommunikation, Bochum 1977.

21) GERBNER, G./HOLSTI, O.R./KRIPPENDORF, K./PAISLEY, W.J./STONE, P.J. (Hrsg.): The Anylysis of Communication Content. Developements in Scientifice Theories and Computer Technics, New York 1969.

22) GRABER, D.A.: Approaches to Content Analysis of Television News Programm, o.O., Paper for the AAPOR-WAPOR, 1974, Annual Meeting.

23) GREIFFENHAGEN,M. und S.: Ein schwieriges Vaterland, München 1979.

24) GREIMAS, A.J.: Strukturelle Semantik, Braunschweig, 1971.

25) HERWEG, R.: Pronomina und Textkonstitution, München 1968.

26) HICKETHIER, K.: Lexikon der Grundbegriffe der Film- und Fernsehsprache, in: Paech, J. (Hrsg.), S. 45 - 57.

27) HOLSTI, O.R.: Content Analysis for the Social Sciences and Humanities, London 1969.

28) HOLZER, H.: Kommunikationssoziologie, Reinbek 1973.

29) HOLZER, H.: Theorie des Fernsehens, Hamburg 1975.

30) HOVLAND, C.J. et al.: Communications and Persuasion, New Haven/London 1961.

31) HUTH, L.: Ereignis, Objektivität und Präsentation in Fernsehnachrichten, in: Akademie für Politische Bildung (Hrsg.), Politische Medienkunde Bd. 3, Kommunikationsprobleme in Fernsehnachrichten, Tutzing 1977, S. 103 ff.

32) Jahrbücher von ARD und ZDF.

33) JANK, K.P.: Die Rundfunkanstalten der Länder und des Bundes, Berlin 1967.

34) KEPPLINGER, H.M. (Hrsg.): Angepaßte Außenseiter, Freiburg/München 1979.

35) KEPPLINGER, H.M.: Optische Kommentierung in der Fernsehberichterstattung über den Bundestagswahlkampf 1976, in: Ellwein, T. (Hrsg.): Politikfeld-Analysen 1979. Wissenschaftlicher Kongreß der DVPW 01.-05. Oktober 1979 in der Universität Augsburg - Tagungsbericht, Opladen 1980.

36) KOPS, M.: Auswahlverfahren in der Inhaltsanalyse, Meisenheim 1977.

37) KRACAUER, S.: The Challenge of Qualitative Content Analysis, in: Public Opinion Quaterly 16/1952, S. 631 - 642.

38) LANGE, K.: Inhaltsanalyse von Fernsehnachrichtensendungen. Entwicklung und Erprobung eines Instrumentariums zur Inhaltsanalyse von Fernsehnachrichten unter besonderer Berücksichtigung der Filmformen, Diplomarbeit: Ruhr-Universität Bochum, Abteilung für Sozialwissenschaften, Oktober 1977.

39) LANGENBUCHER, W.R.: Zur Notwendigkeit einer Neukonzeption der Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik, in: Berg, K. und Kiefer, M.L. (Hrsg.): Massenkommunikation, Mainz 1978.

40) LEHNER, F.: Grenzen des Regierens, Königstein/Ts. 1979.

41) LERNER, D.: Toward a Communication Theory of Modernization, in: Pye, L.W. (Hrsg.): Communications and Social Developement, Princeton 1963.

42) LINK, J.: Literaturwissenschaftliche Grundbegriffe, München 1974.

43) LISCH, R./KRIZ, J.: Grundlagen und Modelle der Inhaltsanalyse, Reinbek 1978.

44) LUHMANN, N.: Legitimation durch Verfahren, Neuwied/Berlin 1969.

45) LUHMANN, N.: Öffentliche Meinung, in: ders., Politische Planung, Opladen 1971, S. 9 ff.

46) MARKOFF, J./SHAPIRO, G./WEITMAN, S.R.: Toward the Integration of Content Analysis and General Methodology, in: Heise, D.R. (Hrsg.): Sociological Methodology, 1975, San Francisco/Washington/London 1974.

47) METZ, Ch.: Semiologie des Films, München 1972.

48) METZ, Ch.: Sprache und Film, Frankfurt/Main 1973.

49) NARR, W.D. und NASCHOLD, F.: Theorie der Demokratie, Stuttgart 1971.

50) O'CONNOR, J.: Die Finanzkrise des Staates, Frankfurt/Main 1974.

51) OFFE, C.: Berufsbildungsreform, Frankfurt/Main 1975.

52) OFFE, C.: Krisen des Krisenmanagements, in: Jaenicke, M. (Hrsg.): Herrschaft und Krise, Opladen 1973.

53) OFFE, C.: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen, in: Kress, G. und Senghaas, D. (Hrsg.): Politikwissenschaft, Frankfurt 1979.

54) PAECH, J. (Hrsg.): Film- und Fernsehsprache 1, Frankfurt/Main 1975.

55) PARSONS, T.: Zur Theorie sozialer Systeme, in: Jensen, S. (Hrsg.), Wiesbaden 1976.

56) PETERSON, T. und JENSEN, J.W. und RIVERS, W.L.: The Mass Media and Modern Society, New York 1965.

57) RENCKSTORF, K.: Tagesablaufstudien und die Gewinnung neuer Datenqualitäten in der Massenkommunikationsforschung, in: K. Berg u. M.L. Kiefer (Hrsg.): Massenkommunikation, Mainz 1978.

58) RITSERT, J.: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung, Frankfurt/Main 1972.

59) ROSS, D.: Aktualität zwischen Wort und Bild, in: Rundfunk und Fernsehen, 13/1965, S. 241 - 247.

60) RÖHL, M.: Vom Gegenstand der Inhaltsanalyse, in: Rundfunk und Fernsehen, Hamburg, 24/1976, S. 367 - 378.

61) SAUSSURE de, F.: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft, Berlin/Leipzig 1931.

62) SAXER, U. (Hrsg.): Fernsehen: Stichwort "Objektivität", Bern 1974.

63) SCHARPF, F.W.: Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung, Konstanz 1970.

64) SCHARPF, F.W. et al.: Politikverflechtung, Kronberg/Ts. 1976.

65) SCHATZ-BERGFELD, M.: Inhaltsanalyse der Nachrichtensendungen der beiden deutschen Fernsehprogramme, unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim 1969.

66) SCHATZ-BERGFELD, M.: Massenkommunikation und Herrschaft, Meisenheim 1974.

67) SCHATZ, H.: Auf der Suche nach neuen Problemlösungsstrategien..., in: Mayntz, R. und Scharpf, F.W. (Hrsg.): Planungsorganisation, München 1973

68) SCHATZ, H.: "Tagesschau" und "heute" - Politisierung des Unpolitischen?, in: Zoll, R. (Hrsg.), Manipulation der Meinungsbildung, Opladen 1971, S. 109 ff.

69) SCHATZ, H., Zum Stand der politikwissenschaftlich relevanten Massenkommunikationsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: PVS, S. 434 ff.

70) SCHÖNBACH, K.: Trennung von Nachricht und Meinung, Freiburg/München 1976.

71) SCHULZ, W./LESSEN, R.V./SCHLEDE, C./WALDMANN, N.: Die Bedeutung audiovisueller Gestaltungsmittel für die Vermittlung politischer Einstellungen, in: AV-Forschung, 15/1976, S. 49 - 216.

72) SCHULZ, W.: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, Freiburg/München 1976.

73) SEARS, D. und WITHNEY, R.: Political persuasion, in: Schramm, W. et al.: Handbook of Communication, Chicago 1973.

74) SOLA POOL de, I. (Hrsg.): Trends in Content Analysis, Urbana 1959.

75) STRASSNER, E. (Hrsg.): Nachrichten, München 1975.

76) WAGENFÜHR, R./TIEDE, M./VOSS, W.: Statistik leicht gemacht. Band II. Einführung in die induktive Statistik, Köln 1971.

77) WEMBER, B.: Wie informiert das Fernsehen?, München 1976.

78) WILDENMANN, R. und KALTEFLEITER, W.: Funktionen der Massenmedien, Frankfurt/Main, Bonn 1965.

Anlage 1:

Protokollbogen (auf 55 % verkleinert)

Zeit		Bild								Ton					
t_1	t_2	KB	Bildbeschreibung	BI		E	A	P	B	G			Wort		
				V	H						L	S		L	S
00															
02															
04															
06															
08															
10															
12															
14															
16															
18															
20															
22															
24															
26															
28															
30															
32															
34															
36															
38															
40															
42															
44															
46															
48															
50															
52															
54															
56															
58															

Anlage 2:

Anweisungen zur Benutzung des Protokollbogens (überarbeitete Fassung)

Studio- und Film-Formen werden unterschiedlich erfaßt.

Unter "Studio-Formen" werden alle Präsentationsformen zusammengefaßt, in denen keine "bewegten Bilder" verwendet werden. Bei der Erfassung des Inhalts der Studioformen werden Eintragungen in den Spalten t_2, Bildbeschreibung und Wort notwendig; eventuelle Kamerabewegungen im Studio müssen in der Spalte KB notiert werden.

Bei der Erfassung des Inhalts der Film-Formen müssen - wenn notwendig - in allen Spalten Eintragungen erfolgen. Eintragungen gelten so lange, bis durch Veränderungen des erfaßten Merkmals Neueintragungen notwendig geworden sind, dies gilt nicht für die Spalten B, G und Wort.

Spalte t_1

In dem herausgehobenen Kästchen am Spaltenkopf wird die vergangene Minutenzahl eingetragen, so daß die Kombination dieser Zahl und der darunterstehenden Sekundenzahl die laufende Zeit ergibt.

Spalte t_2

In dieser Spalte wird die Zeitdauer des Beitrags erfaßt. Als Ausprägungen der Zeitdauer der Beiträge und anderer Merkmale werden aus arbeitsökonomischen Überlegungen heraus nur Sekundenzahlen angegeben, die durch zwei teilbar sind; also alle exakt gestoppten Zeiten werden auf volle zwei Sekunden auf- bzw. abgerundet. Die einzige Ausnahme von dieser Regel tritt dann ein, wenn bei Film-Formen ein Bildinhalt weniger als eine Sekunde erscheint; dies soll vermerkt werden durch die exakte Zeitangabe in Klammern hinter der Einstellung. Der Wechsel der Präsentationsform innerhalb eines Beitrags wird durch erneute Angabe der vergangenen Zeit in diesem Beitrag gekennzeichnet.

Spalte KB

In dieser Spalte sollen die Kamerabewegungen festgehalten werden. Es sollen folgende Kürzel gelten:

St	Stand
Sw	Schwenk
FF	Fahrt/Fluß
FK	Fahrt/"Kran"
FW	Fahrt/ Wagen
ZD	Zoom zur Detailaufnahme
ZT	Zoom zur Totalen
W	starkes Kamerawackeln

Um die Kamerabewegung in ihrer Richtung und Intensität zu erfassen, sollen folgende Kürzel verwendet werden:

l links
r rechts
o oben
u unten
rw rückwärts
vw vorwärts
p parallel
+ schnelle Kamerabewegung
- langsame Kamerabewegung

Es sollen nur Kamerabewegungen erfaßt werden, wenn sich daraus eine deutliche Veränderung des Bildinhalts ergibt. Falls zwei verschiedene Kamerabewegungen kombiniert werden, so sind diese durch ein "u" zu verbinden.

Spalte Bildbeschreibung (Studioform)

Für die Präsentationselemente innerhalb der Studio-Formen sind folgende Kürzel zu verwenden:

A Standardanfang, bis der Sprecher zu reden ansetzt;
E/W Standardende ab Überleitung zum Wetterbericht;
S Sprecher, Moderator, Kommentator, Fachredakteur
SI Sprecher in Standardposition
SII Sprecher -ZDF- "amerikanisch"
SIII Sprecher -ZDF- "halbtotal"
P Photo
VP verfremdetes Photo
K Karte
Sy Symbol
Z Zitat
T Tabelle
G Grafik
TG Trickgrafik.

Weiter gelten folgende Festlegungen:

0 Präsentationselement nimmt den gesamten Bildschirm ein;
1 Pe. nimmt fast den gesamten Bildschirm ein;
2 Pe. nimmt ca. 1/5 bis 1/2 des Bildschirms ein;
3 Pe., relativ klein, in anderes Pe. eingebettet.

Die Wiederholung eines Kürzels für ein Präsentationselement zeigt an, daß dieses im Bild gleichzeitig mehrmals vorkommt. Zur Positionsangabe der Präsentationselemente werden folgende Kürzel verwendet:

l Pe. ist überwiegend links angeordnet;
r ... rechts ...;
o ... oben ...;
u ... unten ...

Für Schrifteinblendungen gelten folgende Kürzel:

I Insert
U Unter- bzw. Überschrift
W Stichwort/Merksatz.

Für die Kombination oben beschriebener Präsentationselemente werden folgende Zeichen verwendet:

v vor
u und
→ in.

Hinter den obigen Kürzeln wird - falls notwendig - der Inhalt der spezifischen Präsentationselemente in Stichworten wiedergegeben; bei längeren Zitaten und Tabellen braucht dies nicht zu geschehen, wenn in der Spalte Wort deren Wortlaut steht, dieser muß dann in eckige Klammern gesetzt werden. Grundsätzlich erfolgt die Beschreibung des Inhalts der Präsentationselemente in eckigen Klammern, in denen unterschiedliche Angaben durch Schrägstriche getrennt werden. Bei Angaben zu

S muß Position und Einstellungsgröße,
P muß Objekt und Einstellungsgröße,
K Gebiet und Hervorhebungen
(p - Gebiet nur partiell,
k - Gebiet im Kontext,
H - Hauptstadt,
E - Ereignisort,
H=E - Hauptstadt=Ereignisort)
Sy muß Position und Inhalt

zumindest angegeben werden.

Spalte Bildbeschreibung (Filmform)

Hier sollen die das Bild dominierenden Objekte (handelnde Personen oder Gegenstände) bzw. die im Text genannten, angesprochenen Objekte beschrieben werden. Am Anfang der Zeile wird das Objekt genannt, welches durch seine Bewegungen bzw. deren Intensität und Richtung näher beschrieben wird; des weiteren soll der Vorder- bzw. Hintergrund kurz umrissen werden, falls dieser im weitesten Sinne eine funktionale Beziehung zum zentralen Objekt besitzen könnte.
Handende Personen bzw. Gegenstände, soweit nicht exakt mit Namen bzw. Bezeichnung identifizierbar, werden in ihren wahrscheinlichen Funktionen genannt. Können Personen bzw. Gegenstände auch unter Berücksichtigung des Textes und des situativen Kontextes nicht exakt erfaßt werden, so sind die Benennungen in doppelte Anführungszeichen zu setzen. Folgende Besonderheiten sind ebenfalls zu notieren:

- wahrnehmbare Anwesenheit von Journalisten und ihren Werkzeugen;
- auffallende Eigenschaften der Objekte sollen in runden Klammern angeführt werden;
- hervorstechende Farbkontraste;
- wenn handelnde Personen in die Kamera blicken, soll dies durch (BK) angezeigt werden, Reaktionen, bedingt durch das Erkennen, werden ebenfalls erfaßt und mit (BRK) notiert werden, dies erfolgt nicht, wenn es sich um Journalisten handelt;
- erscheint ein Objekt im Vorder- bzw. Hintergrund deutlich unscharf, so ist dies durch (US) hinter dem betreffenden Objekt anzugeben.

Spalte BI

In dieser Spalte soll die Bewegungsintensität, wenn notwendig unterteilt in Vorder- (V) und Hintergrund (H) kategorisiert werden. Folgende Intensitätsstufen werden unterschieden:

0 keine Bewegung, kaum wahrnehmbar
1 Beispiel: Mimik in "Nah", ruhige Gestik in "Amerikanisch"
2 Gestik in "Nah", heftige Gestik in "Amerikanisch"
3 Bewegung des gesamten Körpers in "Amerikanisch", rasche Bewegung in "Halbnah"
4 rasche Bewegung in "Amerikanisch"
5 rasende Bewegung.

Wenn die Intensität der Bewegungen von Personen und Gegenständen mit großer Distanz zur Kamera eingeordnet werden soll, so muß die Distanz als verkleinernder Faktor der Bewegungsintensität berücksichtigt werden.

Spalte E

In dieser Spalte werden die Einstellungsgrößen erfaßt. Die folgende Einteilung orientiert sich an Einstellungen mit handelnen Personen; bei Einstellungen ohne diese Bezugspersonen soll versucht werden, zur Erfassung der Einstellungsgröße diese ins Bild zu projizieren. Es wird unterschieden in:

D Detailaufnahme: Teile des Kopfs, Hände
G Groß: Mensch inclus. Schultern aufwärts
N Nah: Brustbild, Hintergrund schon erkennbar
A Amerikanisch: Mensch ab Hüfte, Hintergrund deutlich erkennbar
HN Halbnah: Mensch ab Knie, situationsbezogen, räumlicher Eindruck
HT Halbtotal: Distanz zum Geschehen, Menschengruppe im räumlichen Kontext
T Total: Überblick vom Ganzen, räumlicher Plan vom Geschehen
W Weit: Landschaft, Personen und Handlung kaum noch zu erkennen.

In der Spalte Bildbeschreibung wird das Bezugsobjekt für die Einstellungsgröße unterstrichen.

Spalte A

In dieser Spalte erfolgt die Bestimmung der Achsenverhältnisse, d.h. des Winkels zwischen Kameraachse und Handlungsachse.

0 nicht feststellbar
1 nicht angebbar, da keine dominante Handlung
2 Handlungsachse und Kameraachse stehen (fast) senkrecht aufeinander
3 Handlungsachse und Kameraachse bilden einen Winkel von (fast) 180^{0}
4 bilden einen Winkel von $\leq 30^{0}$
5 bilden einen Winkel von $> 30^{0} < 90^{0}$.

Spalte P

Hier soll die Kameraperspektive festgehalten werden. Grundsätzlich wird zwischen Frosch- und Vogelperspektive unterschieden; die normale Perspektive wird nicht zusätzlich notiert. Folgende Abstufungen werden vorgenommen:

-3 extreme Froschperspektive
-2 starke Fp.
-1 leichte Fp.
+1 leichte Vogelperspektive
+2 starke Vp.
+3 extreme Vp.

Spalte B

Hier sollen folgende Besonderheiten notiert werden:

TB Trickblende
FF Farbfehler
SW Film schwarz-weiß.

Spalte G

In dieser Spalte sollen Geräusche (auch ausländische Sprachpartikel) identifiziert werden.

Spalte S

In dieser Spalte wird, wenn der/die Geräuscherzeuger bzw. Sprecher nicht im Bild erscheint, dies durch ein X markiert.

Spalte L

Hier wird unterschieden zwischen:

+ sehr lautem Geräusch
- sehr leisem Geräusch

Spalte Wort

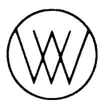
Hier wird der maschinegeschriebene Text eingeklebt. Schnittstellen bzw. Anfangs- und Endpunkte der Kamerabewegungen werden durch Schrägstriche markiert.

FORSCHUNGSBERICHTE
des Landes Nordrhein-Westfalen

Herausgegeben
vom Minister für Wissenschaft und Forschung

Die ,,Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen" sind in zwölf Fachgruppen gegliedert:

Geisteswissenschaften
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Mathematik / Informatik
Physik / Chemie / Biologie
Medizin
Umwelt / Verkehr
Bau / Steine / Erden
Bergbau / Energie
Elektrotechnik / Optik
Maschinenbau / Verfahrenstechnik
Hüttenwesen / Werkstoffkunde
Textilforschung



WESTDEUTSCHER VERLAG
5090 Leverkusen 3 · Postfach 30 06 20